

Karl-Heinz Ohlig

## Wo bleibt die Nähe zu den Menschen?

### Die bewusst herbeigeführte Selbstschädigung

Nach dem 2. Weltkrieg waren die Priesterseminare überfüllt, und es sah darum zunächst mal so aus, als könnten die tradierten Formen der Seelsorge in den bisherigen Bahnen weitergeführt werden.

Das hat sich jedoch im Laufe der letzten Jahrzehnte grundlegend geändert. Immer weniger junge Männer sind bereit, Priester zu werden. Nicht wenige Priester heiraten und werden gezwungen, ihr Amt aufzugeben.

Über die Gründe mag man spekulieren. Verliert das Studium der Theologie an Faszination? Das mag angesichts der strikten römischen Einschränkungen bei der Besetzung von Lehrstühlen und auch bei manchen Problemfeldern der Theologie durchaus in vielen Fällen so sein. Aber dagegen spricht die nach wie vor große Zahl von sog. Laientheologen an den Universitäten. Liegt es an den Zwängen, in Predigt und Liturgie die traditionellen Formen nicht zu verletzen, Mythisches verkünden zu müssen und in der Liturgie zu praktizieren? Oder liegt es am Zölibat, dessen theologische und praktische Berechtigung nicht mehr zu vermitteln ist?

Eine von der Deutschen Bischofskonferenz in Auftrag gegebene Seelsorgsstudie, die am 16. April 2015 in Bonn vorgestellt wurde, bestätigt letzteren Gesichtspunkt. Nur etwa die Hälfte der Priester, deren jetziges Durchschnittsalter recht hoch ist, würde sich noch einmal für das Priesteramt und den Zölibat entscheiden. Es ist kaum anzunehmen, dass sie mit dieser Einstellung junge Leute motivieren, diesen Weg zu gehen. Sie beklagen den Verzicht auf praktizierte Sexualität, Partnerschaft und Kinder, weswegen sich viele vereinsamt fühlen.

Wie auch das Motivationsgeflecht sein mag: ein neuer Boom der Zahlen von Priester-

amtskandidaten scheint nicht mehr zu erwarten zu sein. Die Zahlen gehen weltweit zurück (außer in Schwarzafrika).

Wie reagiert die Kirchenleitung, die sich doch um die Zukunft der Seelsorge kümmern müsste? Mit Flickschusterei. Grundlage für ihr Vorgehen ist die für sie nicht in Frage stehende Alleinkompetenz von geweihten Priestern (mit Zölibat) für die Gemeindeseelsorge; nur diese kommen für das Pfarramt in Frage. Zwar wurden schon viele Bereiche abgesondert, die vorher von Priestern betreut wurden und jetzt von „Laien“ wahrgenommen werden: der Religionsunterricht in den Schulen, die Kommunion- und Firmungsvorbereitung, oft auch Beerdigungen, soziale Aktivitäten, Bildungsarbeit usw. Diese Entlastungen aber führten dazu, dass die meisten noch vorhandenen Priester Pfarrer sein müssen, mit dann vor allem auf sakrale und kulturelle Aufgaben fokussierter Beschäftigung. Das sehen auch junge Männer, die vielleicht mit dem Gedanken gespielt haben, Priester zu werden – und verlieren das Interesse.

Weil allein geweihte Priester Pfarrer ein können, wird die Situation, trotz sonstiger Entlastung, schwieriger. Die Zahl der noch arbeitsfähigen Priester sinkt, ein Wandel ist nicht in Sicht. So kam es in allen Bistümern zu einer Notmaßnahme: Die meist seit Jahrhunderten gewachsenen, manche aber auch erst durch Bevölkerungsverchiebungen, vor allem seit dem letzten Krieg (in neuen Wohngebieten, Siedlungen usw.) neu gegründeten Pfarreien können nicht mehr alle von Priestern betreut werden. Man ging nun hin und passte die Zahl der Pfarrgemeinden der schrumpfenden Zahl von Priestern an. Die fälschlich mit schönen Titeln versehenen Strukturreformen wirken sich dann so aus, dass z.B. im Saarland die Zahl der Pfarreien von 91 auf 56 reduziert wurde; Koblenz hat noch je einen Pfarrer links und rechts des Rheins, Saarbrücken ebenfalls je einen für die Katholiken links und rechts der Saar. Im Bistum Speyer soll die Zahl der Pfarreien von 346 auf 70 schrumpfen – und ähnlich verhält es sich in allen Bistümern.

Es mag durchaus so sein, dass nicht jede Pfarrei selbständig bleiben muss. Aber prinzipiell wird hierbei eine gewachsene und für die Lebendigkeit der Kirche vor Ort

bewährte Struktur geopfert, um rechnerisch mit den noch amtierenden Priestern hinzukommen.

Aber auch das sind Operationen, die zum Scheitern verurteilt sind; denn das Durchschnittsalter der Priester ist sehr hoch, so dass schon in naher Zukunft noch weniger ihren Dienst wahrnehmen können. Bis zu welchem Punkt will man die Zahl der Pfarreien noch reduzieren?

Das scheint auch den Bischöfen nicht verborgen geblieben zu sein. So hört man, dass z.B. das Bistum Trier die Zahlen durch die Rekrutierung (soll man sagen: durch den Einkauf?) von 50 indischen Priestern aufbessern möchte. Warum Inder, die weder angemessen deutsch sprechen noch eine halbwegs verantwortbare Theologie studiert haben und ihr neues Umfeld vielleicht erst nach Jahrzehnten verstehen? Nur aus einem Grund: es sind geweihte Priester, und so braucht man noch nicht so schnell an dem vorgegebenen dogmatischen Grundsatz zu rütteln.

Dabei wäre es gar nicht nötig gewesen, die gewachsenen und auch effektiven Pfarrstrukturen zu zerschlagen. Wahrscheinlich gibt es „Laien“, Männer und Frauen, in genügender Zahl, die ein beeindruckendes christliches Engagement zeigen und der seelsorgliche Mittelpunkt und Ansprechpartner der Gemeinden sein könnten, je nach Pfarrei haupt- oder nebenamtlich. Aber das darf aus dogmatischen Aprioris heraus nicht sein. Zu vermuten ist, dass es in nicht zu ferner Zeit ohnehin so kommen wird, weil es gar nicht anders geht. Aber wenn es dann soweit ist, sind die traditionellen Pfarreien aufgelöst, Katholiken haben ihre Bindung an die Gemeinden verloren – dann wird man von einem niedrigen Level aus wieder neu beginnen und missionieren müssen.

Die Kirchenleitungen scheinen ihre Aufgabe nicht wahrzunehmen und sehenden Auges den Niedergang hinnehmen zu wollen, mit dem sich dann ihre Nachfolger beschäftigen müssen.

-----  
Im Folgenden informieren wir über einen Offenen Brief an den Papst, der ebendiese Problematik anspricht:

**„Papst Franziskus, Sie brauchen lebendige Gemeinden und die Gemeinden brauchen Sie!“**

*Mit diesem dringlichen Appell haben sich 23 katholische Kirchenreformbewegungen aus 10 Ländern sowie Persönlichkeiten des kirchlichen Lebens in einem Offenen Brief an den Papst gewandt. In dem Schreiben verleihen sie ihrer Sorge über die „massiv bedrohte“ Zukunft der Pfarrgemeinden Ausdruck und rufen den Papst dazu auf, dem Fusionieren lebendiger Gemeinden durch die Bischöfe Einhalt zu gebieten. „Wir, besorgte Priester und Diakone, Seelsorgerinnen und engagierte Kirchenbürgerinnen und Kirchenbürger in den Gemeinden dieser Welt, sind nicht länger bereit, diesen Weg mitzugehen. Gemeinsam suchen wir nach neuen Wegen für eine Zukunft unserer Kirche mit lebendigen Gemeinden; mit Gemeinden, die jeden einladen – ohne Ausnahme. Und solche Wege gibt es! Längst wird in vielen Gemeinden vorgelebt, wie es anders gehen kann.“ Die Gemeinden seien Voraussetzung, damit die päpstliche Vision einer Kirche „in der Spur und im Geist Jesu nahe bei den Menschen“ leben könne: „Hier, im Alltag der Menschen, findet Kirche statt – wird sie lebendig oder auch nicht. Hier und nur hier erfährt Kirche tagtäglich ihren Daseinsgrund“, begründen die Unterzeichnenden die Dringlichkeit ihres Anliegens. Um den Dienst der Gemeinden an den Menschen auch in Zukunft lebendig zu erhalten, brauche es neue Strukturen und Leitungsmodelle, die Kirchenbürgerinnen und Kirchenbürger „entsprechend ihrer Charismen beteiligen“. „Öffnen wir das priesterliche Leitungsamt für alle, die dazu begabt sind! Etablieren wir eine neue Kultur der Mitverantwortung und Mitentscheidung in allen Strukturen unserer Kirche! Erinnern wir uns daran, wie Jesus Gemeinde verstanden und gelebt hat! ... Packen wir es mutig miteinander an!“, so der Aufruf der Kirchenreformer. Ein besonderes Anliegen ist es den Reformern, die Verantwortung nicht nach oben hin abzuwälzen. Stattdessen strecken sie Papst Franziskus und den Bischöfen bewusst die Hand zur Unterstützung aus: „Wir stehen bereit, unsere Erfahrungen und Ideen einzubringen und Sie und die Bischöfe bei der Verwirklichung Ihrer Vision an der Basis tatkräftig zu unterstützen.“ (Quelle: [presse@wir-sind-kirche.de](mailto:presse@wir-sind-kirche.de))*

\*\*\*

*Die Aufklärung stellte den christlichen Glauben in Frage: vereinfacht gesagt ging es um die Frage, wie weit der Glaube an Gott und seine Implikationen vor dem Forum der Vernunft bestehen können, da doch metaphysische Erkenntnisse unmöglich seien, zum anderen, wie weit das Christentum als auf Historie beruhend und sich in Geschichte entfaltend vernunftgemäß sei, zum Dritten, ob nicht die christliche Moral, die ihre Grundsätze auf Offenbarung zurückführt, damit dem sich als autonom verstehenden Menschen heteronome Regelungen auferlege.*

*Immanuel Kant ist der bedeutendste Philosoph dieser Zeit, seine Anstöße bedeuten bis heute die wichtigste Zäsur für unser Denken. Im Folgenden legt Robert Theis dar, wie Kant über dieses Beziehungsgeflecht denkt.*

Robert Theis

## Perspektiven der „Religionsphilosophie“ bei Kant

Bei Kant lassen sich zwei Ebenen der Beschäftigung mit dem Thema Religion unterscheiden. Die erste ist die Ebene dessen, was man unter dem Stichwort „Religion der Vernunft“ zusammenfassen könnte und die im Rahmen der Moralphilosophie zu verorten ist; die zweite diejenige, die der Philosoph in der 1793 erschienenen *Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft* präsentiert und die als philosophische Deutung von zentralen Inhalten derjenigen Religion, die in Kants Augen der Vernunftreligion am nächsten steht, nämlich der christlichen<sup>1</sup>, verstanden werden kann.

<sup>1</sup> Siehe *Die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft*, in: Kant's gesammelte Schriften, hg. von der Königlich Preussischen Akademie der Wissenschaften und Nachfolger Bd. VI, Berlin 1914, S. 157 ff. (im Folgenden für Kants Schriften: Ak. unter Angabe des Bandes in römischer, der Seite in arabischer Ziffer); siehe Paul Ricoeur, *Une herméneutique philosophique de la religion: Kant* (1992), in: *Lectures 3. Aux frontières de la philosophie*, Paris 1994, S. 19 ff.

## 1. Die Religion der Vernunft

a. Kants Behandlung des Themas „Religion“ begegnet uns zuerst im Rahmen seiner Vorlesungen über *Ethik*, die er seit der zweiten Hälfte der 1750er Jahre an der Universität Königsberg hielt. Diesen legte er, wie damals generell üblich, Kompendien zugrunde, nämlich die vom sehr selbständigen Wolffianer A.G. Baumgarten (1717-1762)<sup>2</sup> verfasste *Ethica philosophica* (1740)<sup>3</sup>, eine Art Grundlegungstheorie der Ethik, sowie – später dann auch dessen *Initia Philosophiae practicae universalis* (1760), die die Pflichtenlehre enthält. Diese fließen aus dem moralischen Imperativ, der besagt: „perfice te“, vervollkomme dich. Nach Baumgarten – in der Folge von Wolff<sup>4</sup> – gibt es drei Arten von Pflichten: gegen Gott, gegen sich selbst sowie solche gegen andere<sup>5</sup>. In ersten Kapitel der *Ethica* behandelt Baumgarten unter dem Titel „Religio“ die Pflichten gegen (*erga*) Gott; diese sind Pflichten zur *Religion*, insofern der Ruhm Gottes und seine Verherrlichung das bilden, was man nach Baumgarten unter Religion versteht<sup>6</sup>.

Von Kants frühen Ausführungen über Religion erfahren wir aus einer Vorlesungsmitschrift von Herder, der zwischen 1762 und 1764 Kants Hörer in Königsberg war<sup>7</sup>. Wir wollen aus dieser frühen Mitschrift exemplarisch die Bemerkungen zum Religionsbegriff erwähnen, weil sich diesbezüglich bereits hier eine Grundüberzeugung abzuzeichnen beginnt, die in der Folge im Prinzip nicht mehr abgeändert, sondern lediglich verfeinert wird. In Anknüpfung an Baumgartens Argumente lautet Kants Definition der Religion: „*Religio est cognitio practica relationis moralis entis creati ad voluntatem Dei*“ (*Religion* ist die praktische

<sup>2</sup> Alexander Gottlieb Baumgarten war ein Aufklärungphilosoph in der Tradition von Leibniz und Christian Wolff.

<sup>3</sup> Wahrscheinlich seit 1759/60 in ihrer 2. Auflage (siehe E. Arnoldt, *Möglichst vollständiges Verzeichnis aller von Kant gehaltenen oder auch nur angekündigten Kollegia*, in: Ders., *Gesammelte Werke*, Bd. V, Teil 2, Berlin 1909, S. 191.

<sup>4</sup> Christian Wolff (1679-1754) war der wichtigste Philosoph sog. Hochaufklärung.

<sup>5</sup> Siehe Wolffs Gliederung in seiner sog. *Deutschen Ethik* (1720).

<sup>6</sup> Siehe A.G. Baumgarten, *Metaphysica*, (1739), ND Hildesheim 1982, § 947.

<sup>7</sup> Siehe *Praktische Philosophie Herder*, Ak. XXVII 1, S. 1 ff.

Erkenntnis der moralischen Beziehung des geschaffenen Wesens zum Willen Gottes)<sup>8</sup>. Im Zentrum dieses Religionsbegriffs, der späterhin sogenannten „natürlichen Religion“, steht das *moralische Verhältnis des Menschen zu Gott*. Die „cognitio practica“ ist von der „cognitio theoretica“, der Theologie, zu unterscheiden. Eine praktische Erkenntnis zeichnet sich dadurch aus, dass sie sich auf den Willen bezieht, „so fern sie nur irgend einen Einfluß auf den Willen hat“<sup>9</sup>.

In diesem Zusammenhang stellt Kant die für seine weitere Beschäftigung mit dem Thema „Religion“ zentrale Frage nach der *Priorität* im Kontext des sittlichen Beweggrundes: Ist dies der Wille Gottes oder ist es die moralische Grundregel der Vervollkommnung? Zwar gilt, dass alle „moralisch gute [...] Handlungen in ihrer Höchsten Stufe Religionshandlungen [sind]“<sup>10</sup>, aber „dies ist [...] nicht die erste Stufe“<sup>11</sup>:

„Fangt [...] mit der Moralischen Schönheit an; mit der Moralischen Schuldigkeit. diese sind Gründe der Moralität – die sinnlich und lebhaft sind: - alsdenn schwingt euch auf den höchsten Grad, den zeigt ihm, als das höchste Instrument (??) Gottes – fängt man von diesem an: so entspringt eine heuchlerische Religion daraus und unseres Autors [Baumgarten] Methode ist also unrichtig, da sie von der Religion anfängt, da sie von der Moralität anfangen sollte, die immer mehr geläutert würde - -“<sup>12</sup>.

Hier findet sich bereits *in nucleo* die Richtung, die dem Leser späterhin in den Ausführungen zur Religion begegnet und die zur systematischen Verortung der *Religion der Vernunft* gehört.

In einer späteren Vorlesung, der *Moralphilosophie Collins* (vermutlich von 1775 bis 1785 gelesen) heißt es dann unmissverständlich: „Die natürliche Religion sollte billig in der Moral den Schluß machen, und das Siegel in der Moralität seyn“<sup>13</sup>. Das bedeutet, dass die „natürliche Religion [...] keine Regel der Moralität [ist]“<sup>14</sup>, sondern die Moral *voraussetzt*; sie ist die Vollen- dung unserer Sittlichkeit in Ansehung ih-

res Gegenstandes, des höchsten Guts. In dieser Vorlesung finden sich die Grundthesen, die dann in der *Kritik der praktischen Vernunft* näherhin entwickelt werden. In dieser Vorlesung treffen wir auch auf eine Protoformel der späteren programmatischen Definition der Religion: „Die Religion ist die Moralität auf Gott angewandt“<sup>15</sup>.

b. Bezüglich des Verhältnisses von Moral und Religion und damit in eins auch der Bestimmung des Inhalts der Religion der Vernunft wollen wir uns im Folgenden vornehmlich auf die 1788 erschienene *Kritik der praktischen Vernunft* konzentrieren.

Was versteht Kant unter „Religion“? Religion, so die kanonische Definition, die er hier formuliert, ist „*die Erkenntniß aller Pflichten als göttlicher Gebote*“<sup>16</sup>. Diese Definition von der Religion findet sich dann später in der Religionsschrift von 1793<sup>17</sup> sowie in der 1798 erschienenen *Kritik der Urteilskraft*<sup>18</sup>.

Religion wird mit *Pflichten* in Zusammenhang gebracht, also mit dem, wovon in der Moral die Rede ist. Wir müssen demnach einen kurzen Halt machen bei Kants grundlegenden moralphilosophischen Thesen.

In seiner ersten moralphilosophischen Schrift, der 1785 erschienenen *Grundlegung zur Metaphysik der Sitten*, geht es Kant um die Herausarbeitung eines „*obersten Princips der Moralität*“<sup>19</sup>. Ein solches ist nur in der Form eines unbedingten „du sollst“ denkbar, dessen Formel der kategorische Imperativ ist, der besagt, dass das Handeln nach Maximen, also Prinzipien „mittlerer“ Größe, zu geschehen habe, von denen man zugleich wollen kann, dass sie allgemeines Gesetz werden<sup>20</sup>. Sittlich zu nennen ist aber das Handeln nicht einzig und allein, wenn sich die entsprechende Maxime gemäß diesem Imperativ verallgemeinern lässt, sondern wenn unser Handeln *aus Achtung* vor dem Gesetz erfolgt, anders gewendet, wenn und insofern das

<sup>8</sup> *Praktische Philosophie Herder*, a.a.O., S. 17.

<sup>9</sup> *Ebd.*

<sup>10</sup> *Ebd.*, S. 17.

<sup>11</sup> *Ebd.*

<sup>12</sup> *Praktische Philosophie Herder*, a.a.O., S. 18.

<sup>13</sup> *Moralphilosophie Collins*, in: Ak. XXVII 1, S. 305.

<sup>14</sup> *Ebd.*

<sup>15</sup> *Ebd.*

<sup>16</sup> *Kritik der praktischen Vernunft*, Ak. VI 129 (zitiert: *KpV*).

<sup>17</sup> Siehe *Die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft*, Ak. VI 153.

<sup>18</sup> Siehe *Kritik der Urteilskraft*, Ak. V 481.

<sup>19</sup> *Grundlegung der Metaphysik der Sitten*, Ak. IV 392.

<sup>20</sup> Siehe *Grundlegung zur Metaphysik der Sitten*, Ak. IV 421.

Gesetz selber (und nicht irgendein Zweck) der Beweggrund des Handelns zu sein hat. Diese Bestimmung des Sittlichen abstrahiert, wie man sieht, von jeglicher Materie, auf die sich das Handeln bezieht.

Nun ist aber, phänomenologisch gesehen, das Handeln immer auch auf Ziele, Zwecke hin ausgerichtet: man handelt, um dies oder jenes zu erreichen, zustände zu bringen ... In der *Religionsschrift* schreibt Kant: „[...] ohne alle Zweckbestimmung kann gar keine Willensbestimmung im Menschen statt finden“.<sup>21</sup> Denken wir den Begriff der *praktischen Vernunft* in ihrer ganzen Reinheit in Beziehung auf diesen letzteren Punkt, dann stellt sich die Frage, welches der ultimative „Gegenstand“ eines aus Pflicht erfolgenden Handelns sein kann. So wie unser Handeln unbedingt gut zu nennen ist, wenn und insofern ihm ein guter Wille zugrunde liegt, d.h. ein Wille, der sich ausschließlich durch das Gesetz zum Handeln bestimmt, so entspricht dem, sozusagen auf der Seite des Zwecks, ebenfalls ein Unbedingtes, das Kant als Glückseligkeit bezeichnet. Tugend und Glückseligkeit machen die beiden Seiten dessen aus, was Kant als die „unbedingte Totalität des Gegenstandes der reinen praktischen Vernunft“ oder das höchste (abgeleitete) Gut<sup>22</sup>, das er auch als die beste Welt bezeichnet<sup>23</sup>. Dennoch muss gesehen werden, dass sich die Glückseligkeit *nicht analytisch* aus ersterer herleiten lässt. Demnach auch lautet die kruziale Frage: „Wie ist das höchste Gut praktisch möglich?“<sup>24</sup>

Einerseits gilt, dass tugendhaftes Verhalten nicht notwendigerweise Glückseligkeit hervorbringt (die Beziehung ist, wie gesagt, nicht analytischer Natur), andererseits gilt, dass die „Bewirkung des höchsten Gutes in der Welt [...] das nothwendige Object eines durchs moralische Gesetz bestimmbaren Willens [ist]“<sup>25</sup>.

Kurz gefasst: tugendhaftes Handeln steht nicht in einem kausalen Verhältnis zur Glückseligkeit; dennoch ist es gleichsam offen für sie, insofern das tugendhafte Handeln auf das höchste Gut als *ganzer* Gegen-

stand der praktischen Vernunft aus ist. Diese „Offenheit“ des tugendhaften Handelns besteht nach Kant in der *Würdigkeit*: Durch tugendhaftes Handeln werde ich der Glückseligkeit *würdig* (womit im übrigen auch die Hoffnung verbunden ist, ihrer habhaft zu werden). Wie aber werde ich ihrer „teilhaftig“?

An dieser Stelle setzt Kants sog. Postulatenlehre an, die zum Kern der Religion der Vernunft führt. Deren erstes betrifft die *Unsterblichkeit der Seele*. Wenn einerseits die Bewirkung des höchsten Gutes, wie oben angeführt, das notwendige Objekt des moralisch bestimmten Willens ist, wenn andererseits die völlige Angemessenheit des Willens an das Gesetz (Heiligkeit) für ein endliches Wesen in diesem (endlichen) Leben nicht möglich ist, dennoch aber in der Forderung des Sittengesetzes beschlossen ist (dies entspricht der moralischen Bestimmung unserer Natur), dann ist eine Fortdauer der Existenz ins Unendliche, in der der Fortschritt hin zu solcher Angemessenheit erfolgt, erforderlich.

Mit der Angemessenheit an das Gesetz (und der Unsterblichkeit als Bedingung des höchsten Gutes) ist indes nur die eine Seite des höchsten Gutes (die Würdigkeit zur Glückseligkeit) gegeben. Wie aber erlange ich die Glückseligkeit? Die Beantwortung dieser Frage führt auf das zweite Postulat, nämlich das Dasein Gottes<sup>26</sup>.

Der Zustand der Glückseligkeit besteht in der Übereinstimmung der Natur zum Gesamtzweck des Menschen und zum „wesentlichen Bestimmungsgrund seines Willens“<sup>27</sup>. Eine derartige Übereinstimmung kann aber nicht vom Menschen selbst hervorgebracht werden, außer man nimmt an, er sei (auch) der Urheber der Natur. Wenn nun gilt, dass wir das höchste Gut befördern sollen, dies aber *von uns aus* nur auf der alleinigen Grundlage der Sittlichkeit möglich ist, dann muss ein Urheber postuliert werden, der die Glückseligkeit in proportionierter Weise in Übereinstimmung mit der Sittlichkeit bringt. Dies muss ein Wesen sein, das Verstand und Willen hat, also ein als Person gedachter Gott ist. Von diesen Ideen von Gott und der Un-

<sup>21</sup> *Die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft*, Ak. VI 4.

<sup>22</sup> *KpV*, Ak. V 108.

<sup>23</sup> Siehe *ebd.* 125; siehe *Reflexion* 6113, Ak. XVIII 459.

<sup>24</sup> *Ebd.* 112.

<sup>25</sup> *Ebd.* 122.

<sup>26</sup> Siehe F. Ricken, *Die Postulate der reinen praktischen Vernunft*, in: *Kants Metaphysik und Religionsphilosophie*, hg. v. N. Fischer, Hamburg 2004, S. 161-177.

<sup>27</sup> *KpV*, Ak. V 125.

sterblichkeit heißt es gleich in der Vorrede der *Kritik der praktischen Vernunft*, sie „seien nicht Bedingungen des moralischen Gesetzes, sondern nur Bedingungen des nothwendigen Objects eines durch dieses Gesetz bestimmten Willens“<sup>28</sup>.

Soweit in aller Kürze und unter Ausklammerung mancher textimmanenter Schwierigkeiten bzw. begrifflicher Präzisierungen, die Argumentationsrichtung, die zu etwas führt, was Kant als *moralischen Glauben* an Gott und an ein zukünftiges Leben bezeichnet<sup>29</sup>. Diese moralische Gewissheit wird in der *ersten* Person behauptet: „ich bin moralisch gewiss, dass...“ „Das heißt: der Glaube an einen Gott und eine andere Welt ist mit meiner moralischen Gesinnung so verwebt, daß so wenig ich Gefahr laufe, die letztere einzubüßen, eben so wenig besorge ich, daß mir der erste jemals entrisen werden könne“<sup>30</sup>.

In der *Kritik der praktischen Vernunft* behauptet Kant lapidar, das moralische Gesetz führe „durch den Begriff des höchsten Guts, als das Objekt und den Endzweck der reinen praktischen Vernunft, zur Religion“<sup>31</sup>. Ähnlich heißt es in der Religionschrift von 1793: „Wenn nun aber die strengste Beobachtung der moralischen Gesetze als Ursache der Herbeiführung des höchsten Guts (als Zwecks) gedacht werden soll: so muß, weil das Menschenvermögen dazu nicht hinreicht, die Glückseligkeit in der Welt einstimmig mit der Würdigkeit glücklich zu sein zu bewirken, ein allvermögendes moralisches Wesen als Weltherrscher angenommen werden, unter dessen Vorsorge dieses geschieht, d.i. die Moral führt unausbleiblich zur Religion“<sup>32</sup>.

Die so identifizierte Religion ist im strengen Sinn des Wortes als „Religion der Vernunft“ zu bezeichnen; als solche ist sie eine Religion der *Hoffnung* der Vernunft, insofern derjenige, der sich aufgrund seiner Sittlichkeit der Glückseligkeit würdig erwiesen hat, auch *hoffen* darf, ihrer teilhaftig zu werden, was nur unter der Voraussetzung der Postulate des Daseins Gottes und der Unsterblichkeit der Seele möglich ist.

<sup>28</sup> *Ebd.*, 4.

<sup>29</sup> Siehe *Kritik der reinen Vernunft* B 856.

<sup>30</sup> *Ebd.* B 857.

<sup>31</sup> *KpV* Ak V 129.

<sup>32</sup> *Die Religion*, Ak. VI 7 f.

c. Der Behauptung, das moralische Gesetz führe zur Religion, geht in der *Kritik der praktischen Vernunft* eine längere Bemerkung über die Lehre des *Christentums* voraus. Kant erachtet, dass dieses, unter dem Begriff des Reiches Gottes, eine Auffassung vom höchsten Gut enthält, die „der strengsten Forderung der praktischen Vernunft ein Gnüge thut“<sup>33</sup>. Trotz unterschiedlicher Akzentsetzungen gilt, dass das „christliche Princip der *Moral* selbst doch nicht theologisch (mithin Heteronomie), sondern Autonomie der reinen praktischen Vernunft für sich selbst [ist], weil sie die Erkenntniß Gottes und seines Willens nicht zum Grunde dieser Gesetze, sondern nur zur Gelangung zum höchsten Gute unter der Bedingung der Befolgung derselben macht“<sup>34</sup>; die Triebfeder (oder besser: der Beweggrund) liegt auch nicht in den erhofften Folgen, der Erlangung der ewigen Seligkeit, sondern „in der Vorstellung der Pflicht allein“<sup>35</sup>. Diese Bemerkungen bilden den unmittelbaren Argumentationskontext der vorhin zitierten Behauptung, das moralische Gesetz führe durch den Begriff des höchsten Gutes zur *Religion*.

Dieser Einschub im Argumentationsgang in der *Kritik der praktischen Vernunft* scheint uns von der größten Bedeutung zu sein, da wo es um das nähere Verständnis der Religion geht, nämlich wenn er diese *definiert* Erkenntnis all unserer Pflichten *als* göttlicher Gebote.

Dass die Postulatenreligion mit Pflichten bzw. mit dem Endzweck des Handelns zu tun hat, bildet *zunächst* kein Problem. Was aber ist gemeint mit der Rede von den „Pflichten *als* göttlichen Geboten“?<sup>36</sup> Wieso führt das moralische Gesetz zur Erkenntnis aller Pflichten *als* göttlicher Gebote? Ist diese Bestimmung analytischer Natur oder nicht? Wenn nicht, wo liegt dann ihre Begründung? Wie ist sie insbesondere in Einklang zu bringen mit dem vorhin bezüglich

<sup>33</sup> *Ebd.*, 128.

<sup>34</sup> *Ebd.*, 129

<sup>35</sup> *Ebd.*

<sup>36</sup> Siehe die Diskussion dieser „schwierigen Frage, wie man die in der Religionsformel auftretende Partikel ‘als’ zu verstehen hat“ bei U. Barth, *Kants Religionsformel*, in: *Kritische und absolute Transzendenz. Religionsphilosophie und philosophische Theologie bei Kant und Schelling*, hg. von Christian Danz und Rudolf Langthaler, Freiburg/München 2006, S. 37 ff.

der Pflichten und ihrer Verankerung im unbedingten Sollen Eruierten?

Zunächst ist hier ein Missverständnis auszuschließen: Die so definierte Religion ist *nicht* als Lehre von den Pflichten *gegen* (erga) Gott zu verstehen. Als philosophisch deduzierte ist die Religion nicht gleichzusetzen mit einer Pflichtenlehre gegen Gott. Eine solche Lehre gehört nach Kant eben nicht zur Moral. In diesem Punkt grenzt er sich klar von C. Wolff und A.G. Baumgarten ab, die, wie bereits oben angedeutet, in ihren jeweiligen Praktischen Philosophien der Lehre von den Pflichten gegen Gott einen breiten Raum gewidmet haben. In der *Metaphysik der Sitten* heißt es unmissverständlich: „Die Religionslehre als Lehre der Pflichten gegen Gott liegt ausserhalb der Grenzen der reinen Moralphilosophie“<sup>37</sup>.

Die Schwierigkeit in der Formulierung „Erkenntnis aller Pflichten *als* göttlicher Gebote“ scheint Kant selber gesehen zu haben. In der *Kritik der praktischen Vernunft* sieht er sich genötigt, dies so zu erklären: Die Pflichten als göttliche Gebote sind nicht als „*Sanctionen, d.i. willkürliche, für sich selbst zufällige Verordnungen eines fremden Willens*“ anzusehen, „sondern als wesentliche Gesetze eines jeden freien Willens für sich selbst, die aber dennoch als Gebote des höchsten Wesens angesehen werden müssen, weil wir nur von einem moralisch vollkommenen (heiligen und gütigen), zugleich auch allgewaltigen Willen das höchste Gut, welches zum Gegenstande unserer Bestrebung zu setzen uns das moralische Gesetz zur Pflicht macht, und also durch Übereinstimmung mit diesem Willen dazu zu gelangen hoffen können“<sup>38</sup>.

Einerseits betont Kant den autonomen Ursprung der Pflichten, andererseits behauptet er die *Notwendigkeit*, diese als Gebote des höchsten Wesens anzusehen, weil nur unter der Bedingung der Übereinstimmung mit dem göttlichen heiligen Willen die Hoffnung besteht, das höchste Gut zu erlangen. Diesem Argument wäre entgegen zu halten, dass das Handeln aus Achtung vor dem Gesetz (das „aus Pflicht“-Handeln) mit der Forderung eines heiligen Willens übereinstimmt und demnach bereits von sich aus die Bedingung erfüllt, auf das höchste Gut berechtigt hoffen zu dürfen. Der Religionsbegriff *qua* Erkenntnis der Pflichten *als*

göttlicher Gebote, zu der die Moral hin-führt, ergibt sich, strenggenommen, *nicht* aufgrund der Grundlage der *Kritik der praktischen Vernunft*. Er beinhaltet eine *Erweiterung* der Religion der Vernunft<sup>39</sup>. Wir werden in den Schlussbetrachtungen auf diesen Punkt zurückkommen.

Die Religion der Vernunft als eine reine (moralische) Vernunftreligion kann auch nur *eine* sein. Von ihr zu unterscheiden sind die „vielerlei Arten des Glaubens“<sup>40</sup>. Kant ist der Auffassung, dass den vielen Glaubensarten ein Kern von wahrer Vernunftreligion innewohnt – in diesem Punkt etwa mit Lessing eins und gegen H.S. Reimarus' These, gemäß der die verschiedenen Arten des Glaubens Depravationen der *einen* Religion sind.

## 2. Die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft. Einige Anmerkungen zu Kants Deutung der christlichen Religion.

a. Im Jahre 1793 veröffentlicht Kant *Die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft*. Ein kurzer Hinweis auf die Entstehungsgeschichte dieser Schrift mag hier nützlich sein. Deren ersten Teil *Über das radikale Böse in der menschlichen Natur* hatte Kant im Februar 1792 dem Herausgeber der *Berlinischen Monatsschrift*, J. E. Biester, zur Veröffentlichung zugeschickt. Der Text passierte ohne weitere Einwände die Zensur und erschien im Aprilheft des gleichen Jahres. Das sollte indes beim zweiten Teil, *Von dem Kampf des guten Principis mit dem bösen um die Herrschaft über den Menschen*, nicht der Fall sein. Biester berichtet am 18. Juni 1792, dem Aufsatz sei das *Imprimatur* verweigert worden „da [er] ganz in die bib[lische] Theologie einschläge“<sup>41</sup>. Kant erbat sich den Aufsatz zurück. Zusammen mit dem dritten Stück (*Von dem Sieg des guten Principis über das böse und die Gründung eines Reichs Gottes auf Erden*) und dem vierten (*Vom Dienst und Afterdienst unter der Herrschaft des*

<sup>39</sup> Herman Cohen (*Die Religion der Vernunft*, S. 236) behauptet, dass es nur einen methodischen Unterschied bildet, dass die Religion der Vernunft den Willen der Vernunft *als* das Gebot Gottes zu denken lehrt.

<sup>40</sup> *Die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft*, Ak. VI 107.

<sup>41</sup> *Brief von J.E. Biester an Kant*, Ak. XI 343.

<sup>37</sup> *Metaphysik der Sitten*, Ak. VI 486.

<sup>38</sup> *KpV*, Ak. V 129.

*guten Principis oder Von Religion und Pfaffen*) erschien das Werk unter dem Titel *Die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft* zur Ostermesse 1793.

Diese Schrift hat für viel Unverständnis gesorgt, gerade was den ersten Teil betrifft, in dem Kant eine These vertritt, die auf den ersten Blick in völligem Gegensatz zu seinen moralphilosophischen Ansichten zu stehen scheint, nämlich dass der Mensch von Natur aus radikal böse sei. Die wohl bekannteste Bemerkung ist die von Goethe in einem Brief an Herder, Kant habe mit dieser Lehre „seinen Philosophenmantel, nachdem er ein langes Menschenleben gebraucht, ihn von mancherlei sudelhaften Vorurteilen zu reinigen, freventlich mit dem Schandfleck des radikalen Bösen beschlabbert, damit doch auch Christen herbeigelockt werden, den Saum zu küssen“<sup>42</sup>. Die Schrift hat Kant aber auch den Unmut des Königs Friedrich Wilhelm II. eingebracht. Am 1. Oktober 1794 ereilt ihn eine königliche Kabinetts-Order, in der ihm vorgeworfen wird, seine Philosophie schon lange „zur Entstellung und Herabwürdigung mancher Haupt- und Grundlehren der Heiligen Schrift und des Christentums missbraucht zu haben“, und ihm befahl, bei Vermeidung der königlichen Ungnade, sich „künftighin Nichts dergleichen zu Schulden kommen zu lassen“<sup>43</sup>. In seinem Rechtfertigungsschreiben betont Kant, dass sein Buch über die Religion gar keine *Würdigung* des Christentums enthalte, er sich also auch keine Abwürdigung habe zu Schulden kommen lassen: „denn eigentlich enthält es nur die Würdigung der natürlichen Religion“<sup>44</sup>. Auch habe er die Offenbarungslehre keineswegs als überflüssig bezeichnet, sondern nur außerwesentlich, „weil sie den theoretischen Mangel des reinen Vernunftglaubens, in dieser nicht ableugnet, z. B. in den Fragen über den Ursprung des Bösen, den Übergang von diesem zum Guten, die Gewissheit des Menschen, im letzteren zu Stande zu sein und dgl. zu ergänzen dienlich ... ist“<sup>45</sup>.

Was Kant hier behauptet, ist nur zur Hälfte wahr. Freilich enthält die Religionsschrift

keine *Würdigung* der christlichen Religion, aber sie ist letztlich nichts Geringeres als deren philosophische Interpretation, eben der Versuch einer Religion *innerhalb der Grenzen der Vernunft*. O. Höffe schreibt, in dieser Schrift gehe Kant auf „Grundbausteine des Christentums ein“ und „methodisch [setze] er sich mit dem Gedanken einer übernatürlichen Offenbarung auseinander, womit eine heilige Schrift, mithin ein autoritativ vorgegebener Text ins Spiel komme“<sup>46</sup>.

Kant unterscheidet im Grunddokument des Christentums, der Bibel, zwei ungleichartige Stücke<sup>47</sup>, einen reinen Religionsglauben und einen Kirchenglauben. Dieser Unterscheidung entspricht bis zu einem gewissen Grad das in der Vorrede zur 2. Auflage dieser Schrift (1794) berühmt gewordene Bild, um das Verhältnis von Offenbarungsreligion und Vernunftreligion zu beschreiben. Beide werden als konzentrische Kreise angesehen, deren größerer die Offenbarungsreligion ist, der engere hingegen die Vernunftreligion darstellt. Dies besagt, dass Offenbarungsreligion in sich reine Vernunftreligion enthalten kann; Vernunftreligion hingegen nur soviel an Offenbarungsreligion, wie es in solcher vernünftig zugeht. Das heißt: das Historische der Offenbarungsreligion<sup>48</sup> gehört in die weitere Sphäre, die der philosophischen Betrachtung unzugänglich bleibt. Diese These, die nahe an derjenigen von Lessing steht, bil-

<sup>46</sup> O. Höffe, *Einführung in Kants Religionsschrift*, in: *Immanuel Kant. Die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft*, hg. von O. Höffe, Berlin 2011 (Klassiker auslegen 41), S. 7.

<sup>47</sup> Ebd.

<sup>48</sup> Mit dem von Kant verwendeten Begriff des Historischen ist wohl zweierlei gemeint: einmal das, was er das „sinnliche Vehikel“ (Streit der Fakultäten, W IX 302) nennt sowie die zeitbedingte Lehrmethode der Apostel, dann aber auch in einem weiteren Sinn das Statutarische der Religion, also das, was man als Kirchenglauben im engeren Sinn ansehen kann, der in dogmatischen Lehren sowie in sittlichen Vorschriften seinen Niederschlag findet. Kant ist in seinen Ausführungen nicht immer ganz eindeutig hinsichtlich der Frage, wieweit der Begriff des „Statutarischen“ zu verstehen ist. Manchmal sind darunter die zeitbedingten Vorschriften, die sich in der Bibel befinden, gemeint, manchmal scheint es aber auch so, als seien die sog. symbolischen Bücher der evangelischen Christen gemeint, also der sog. doktrinale Glaube. Hier aber ist es insbesondere der praktisch-moralische Aspekt, auf den die theologischen Lehren zurückgeführt werden müssen, der im Vordergrund steht.

<sup>42</sup> Goethe an Herder (7. Juni 1793), zitiert in: Karl Barth, *Die protestantische Theologie im 19. Jahrhundert*, Zürich 1960, S. 262.

<sup>43</sup> *Der Streit der Fakultäten*, Ak. VII 6

<sup>44</sup> *Ebd.*, Ak. VII 8.

<sup>45</sup> *Ebd.*, Ak. VII 9.



det den Hintergrund für die Deutung und Verortung der christlichen Religion.

„Da *Offenbarung* doch auch reine *Vernunftreligion* in sich wenigstens begreifen kann, aber nicht umgekehrt diese das Historische der ersteren, so werde ich jene als eine *weitere* Sphäre des Glaubens, welche die letztere als eine *engere* in sich beschließt (nicht als zwei außereinander befindliche, sondern als concentrische Kreise) betrachten können, innerhalb deren letzterem der Philosoph sich als reiner Vernunftlehrer (aus bloßen Principien *a priori*) halten, hiebei also von aller Erfahrung abstrahiren muß“<sup>49</sup>. Und gleich im Anschluss an diese Bemerkung gibt Kant dann seinen methodischen Ansatz kund, der sich aus dem Vorigen ergibt: „Aus diesem Standpunkte kann ich nun auch den [...] Versuch machen, von irgendeiner dafür gehaltenen Offenbarung auszugehen, und, indem ich von der reinen Vernunftreligion [...] abstrahire, die Offenbarung als *historisches System* an moralische Begriffe bloß fragmentarisch halten und sehen, ob dieses nicht zu demselben reinen *Vernunftsystem* der Religion zurück führe, welches [...] in moralisch-praktischer Absicht selbstständig und für eigentlich Religion, die als Vernunftbegriff *a priori* [...] nur in dieser Beziehung statt findet, hinreichend sei“<sup>50</sup>. Trifft solches zu, dann herrscht zwischen Vernunft und Offenbarung nicht nur „Verträglichkeit, sondern auch Einigkeit“<sup>51</sup>.

Kant ist nun der Auffassung, dass die *Lehre* des Christentums, so wie sie Jesus verkündet hat, der philosophischen Moral am genauesten entspricht. In den *Vorarbeiten* zum *Streit der Fakultäten* heißt es, „die wahre Religion sofern sie zugleich als Offenbarung ist, heißt Christenthum“<sup>52</sup>. Im *Streit der Fakultäten* wird Kant noch deutlicher, wenn er schreibt: „Das Christentum ist die Idee von der Religion, die überhaupt auf Vernunft gründet, und so fern natürlich sein muß“<sup>53</sup>. Das christliche Prinzip der Moral, nämlich die *Gottesliebe* in der Form der Pflichterfüllung rein um ihrer

selbst willen, als „allgemeine Regel“<sup>54</sup>, sowie die *Nächstenliebe*, als „besondere Regel“<sup>55</sup>, lassen sich nahtlos mit den Grundaussagen der philosophischen Moral parallelisieren.

Es ist in diesem Rahmen nicht möglich, auf Einzelheiten von Kants Deutung des Christentums einzugehen, etwa was die Person Jesus als Ideal des tugendhaften Menschen betrifft, so wie sie im zweiten Teil der *Religion* entwickelt wird, oder was die wahre Kirche als ethisches Gemeinwesen (dritter Teil) angeht. Sichtbar sollte werden, wie wir es hier mit einer Position zu tun haben, die, im Gegensatz zu den rationalistischen, auf eine irenisch geläuterte Beziehung (also Kompatibilität bei gleichzeitiger Kritik – man denke hier an die herbe Kritik dessen, was er nennt den „Afterdienst“ Gottes – äußere kultische Handlungen etc. – im vierten Teil) hinausläuft.

b. Es sei schließlich noch auf einen Punkt hingewiesen, der gerade auch von den Theologen kritisiert worden ist. Er betrifft die moralische Schriftauslegung, die Kants Behandlung der biblischen Religion als Leitfaden dient. Von Seiten der neu entstandenen historisch-kritischen Exegese, wurde Kant der sog. *Akkomodation* bezichtigt, und dies wurde als ein Rückfall in eine mystisch-allegorische Schriftdeutung gewertet, die längst überwunden sei<sup>56</sup>.

Für den rationalen Theologen bildet im Prinzip die *reine Vernunftreligion* den *Leitfaden jeglicher Auslegung*. Der Grund hierfür ergibt sich aus dem Vernunftbegriff selber als dem Vermögen, autonom zu urteilen<sup>57</sup> und über Wahrheit zu entscheiden<sup>58</sup>. Wenn als oberstes Prinzip einer rationalen Theologie die Autonomie der Vernunft gilt, dann bedeutet dies für die Auslegung der Schrift (und in noch stärkerem Maße für die des doktrinalen Glaubens), dass diese in nichts anderem bestehen kann denn in einem *Hineinlegen* dessen, was sich aus apriorischen praktischen

<sup>49</sup> *Die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft*, Ak. VI 12.

<sup>50</sup> *Ebd.*

<sup>51</sup> *Ebd.*, 13.

<sup>52</sup> Ak. XXIII 440.

<sup>53</sup> *Der Streit der Fakultäten*, Ak. VII 45.

<sup>54</sup> *Die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft*, Ak. VI 160.

<sup>55</sup> *Ebd.*

<sup>56</sup> Vgl. Robert Theis, Vorwort zu: R.B. Jachmann, Prüfung der Kantischen Religionsphilosophie, Hildesheim 1999.

<sup>57</sup> Vgl. *Der Streit der Fakultäten*, Ak. VII 27

<sup>58</sup> Vgl. *ebd.* 45

Grundsätzen der Vernunft ergibt<sup>59</sup>. Im *Streit der Facultäten* schreibt Kant diesbezüglich: „Der biblische Theologe sagt: suchet in der Schrift, wo ihr meint das ewige Leben zu finden. Dieses aber, weil die Bedingung desselben keine andere als die moralische Besserung des Menschen ist, kann kein Mensch in irgend einer Schrift finden, als wenn er sie hineinlegt, weil die dazu erforderlichen Begriffe und Grundsätze eigentlich nicht von irgend einem andern gelernt, sondern nur bei Veranlassung eines Vortrages aus der eigenen Vernunft des Lehrer entwickelt werden müssen“<sup>60</sup>. In einer *Reflexion* aus dem Handschriftlichen Nachlass heißt es: „Wir werden seinen [Gottes] Willen nicht aus seiner Offenbarung (sic) so wohl in seinen Werken als in der Schrift zuerst lernen; denn diese können auf mancherley Art ausgelegt werden, und nur derjenige Sinn, den wir vermöge unserer *sittlichen Bestimmung* hineinlegen, ist unzweifelhaft moralisch der richtige“<sup>61</sup>, also „norma normans“.

Kant ist sich durchaus des Konflikts bewusst, der auf diese Weise zwischen der Schriftgelehrsamkeit und der rationalen Theologie entstehen kann: Die biblischen Theologen sind bei solchem Hineinlegen besorgt, dass die eigentlichen Offenbarungslehren wegphilosophiert werden und an ihre Stelle Beliebigkeit tritt; die rationalen Theologen, die mehr auf das „Praktische, d.h. mehr auf Religion als auf den Kirchenglauben“<sup>62</sup> schauen, halten dem entgegen, dass durch das Festhalten am „buchstäblichen“ Sinn der Endzweck, die Moralität, die auf der Vernunft beruht, verloren geht.

Im Fall eines Widerstreits zwischen der Vernunft und einer Schriftstelle ist die Vernunft berechtigt, die Schrift „so auszulegen, wie sie es ihren Grundsätzen gemäß findet“<sup>63</sup>. Als Beispiel führt Kant diesbezüglich die Lehre von der Gnadenwahl an, die der Apostel Paulus nach Kant im Sinn einer Prädestination versteht, was mit den Lehren der autonomen Moral unvereinbar ist.

<sup>59</sup> Vgl. *ebd.* 46. Hier spricht Kant davon, dass die Philosophie den Schriftstellen einen moralischen Sinn aufdrängt.

<sup>60</sup> *Ebd.* 37.

<sup>61</sup> *Reflexion* 6314. Ak. XVIII, 617.

<sup>62</sup> *Der Streit der Facultäten*, Ak. VII 38.

<sup>63</sup> *Ebd.* 41.

Im *Streit der Facultäten* entwickelt Kant mehrere philosophische Grundsätze der Schriftauslegung bzw. der sich aufgrund der Schrift herleitenden dogmatischen Aussagen betr. die Trinität, die Inkarnation, die Auferstehung und die Himmelfahrt. Der für unser Thema zentrale Grundsatz lautet: „Schriftstellen, welche gewisse *theoretische* für heilig angekündigte, aber allen (selbst den moralischen) Vernunftbegriff *übersteigende* Lehren enthalten, *dürfen*, diejenige aber, welche der praktischen Vernunft widersprechende Sätze enthalten, *müssen* zum Vorteil der letzteren ausgelegt werden“<sup>64</sup>.

Was die Lehre von der Dreieinigkeit betrifft, so enthält sie nichts fürs Praktische und interessiert insofern den rationalen Theologen nicht. Was die Lehre von der Inkarnation angeht, so ist es etwa nicht das metaphysische Problem der zwei Naturen in Christus, das den rationalen Theologen interessiert, sondern die Deutung des Gottmenschen als Idee der Menschheit in ihrer moralischen Vollkommenheit. Geht es hingegen um das vorhin genannte metaphysische Problem, „so ist aus diesem Geheimnisse gar nichts Praktisches für uns zu machen“<sup>65</sup> und es kann uns gleichgültig sein. Kant ist indes auch der Auffassung, dass selbst die biblischen Theologen manche Schriftstellen so auslegen, dass sie dadurch die Vorherrschaft der Vernunft als oberste Auslegerin der Schrift anerkennen<sup>66</sup>. Das ist dann der Fall, wenn der *sensus literalis* dem Vernunftbegriff, etwa der göttlichen Natur, widerstreitet, also bei den sog. Anthropomorphismen.

Kant erörtert ebenfalls die Frage nach dem Status sog. „statuarischer“ Dogmen. Ihnen gesteht er lediglich eine pädagogische Funktion zu; letztlich haben sie im Dienste des moralischen Religionsglaubens zu stehen. Als solche sind sie veränderlich und entwicklungsfähig – Kant spricht diesbezüglich von „Reinigung“<sup>67</sup> bis hin zur Kongruenz mit dem Religionsglauben.

Die eingangs dieser Ausführungen aufgestellte Behauptung von zwei verschiedenen Ebenen in der Behandlung der Religionsproblematik bei Kant sollte unterschiedliche *Blickwinkel* auf das Thema „Religion“

<sup>64</sup> *Ebd.* 38.

<sup>65</sup> *Ebd.*, 39.

<sup>66</sup> Vgl. *ebd.*, 41.

<sup>67</sup> *Ebd.*, 42.

deutlich machen. Dabei sollte zunächst die Verankerung der zwei grundlegenden Glaubenssätze der „Religion der Vernunft“ im systematischen Gedankengang der Ethik aufgewiesen werden, die ihrerseits den weiteren Rahmen der Hermeneutik der christlichen Religion, so wie es die Religionschrift von 1793 und auch die nachfolgenden Ausführungen Kants zum Christentum bildet.

Wenngleich nun zutrifft, dass Kant, auf der Linie des Geistes der Zeit und insbesondere seiner ersten Gewährsmänner, vor allem A.G. Baumgartens, Religion als Teil der *Ethik* versteht, worin zunächst eine *Grenze* seines Religionsverständnisses liegt – Magnus Striet spricht gar von einer „massiven Einschränkung des Wesens von Religion“<sup>68</sup> –, so ist dennoch zu fragen, auf welche Frage diese These antwortet, gemäß der die Ethik zur Religion *führe*. Ulrich Barth vermutet, dass diese These und das darin enthaltene Potenzial „endliche Vernunftwesen zu einer religiösen Selbstdeutung ihrer ethischen Einstellung“<sup>69</sup> veranlasse. Diese Interpretation mag berechtigt sein, bleibt aber als solche zunächst vage und unbestimmt. Zu untersuchen ist, dem Duktus von Kants Denken folgend, welcher Vernunftanspruch (ob argumentationslogisch geglückt oder nicht) seiner These zugrunde liegt. Dieser ist, wie mir scheint, zunächst in den Zusammenhang eines der Ergebnisse der *Kritik der reinen Vernunft* zu sehen. Die dort durchgeführte Analyse des Vernunftvermögens gelangt zu einem auf den ersten Blick negativen Ergebnis hinsichtlich der Möglichkeit von *Wissen*, das die Grenzen der Erfahrung überschreitet. Für die theoretische Vernunft sind demzufolge die metaphysischen Fragen: Ist ein Gott? Ist ein künftiges Leben? unbeantwortbar. Dennoch wird, wie Kant nicht müde wird zu betonen, die „Vernunft durch einen Hang ihrer Natur getrieben, über den Erfahrungsgebrauch hinaus zu gehen“<sup>70</sup>. Er fragt sich nun, ob eine solche Bestrebung „bloß auf

ihr [der Vernunft] speculatives oder vielmehr einzig und allein auf ihr praktisches Interesse gegründet [ist]“<sup>71</sup>. In Ansehung der Spekulation, so seine These, ist dieses Interesse gering; zum Wissen haben wir die Kardinalsätze der Metaphysik (betr. Gottes Dasein, die Unsterblichkeit der Seele und die Freiheit des Willens) nicht nötig<sup>72</sup>, eine Behauptung, die freilich differenziert werden müsste mit Blick auf den Gedanken einer systematischen Einheit des Wissens, das diese Ideen notwendig voraussetzt. Kant schließt daraus, dass „ihre Wichtigkeit eigentlich nur das *Praktische* [wird] angehen müssen“<sup>73</sup>. Das bedeutet, dass die genannten „Probleme“ in Beziehung auf eine „entferntere Absicht“ betrachtet werden müssen, nämlich, „*was zu thun sei*, wenn der Wille frei, wenn ein Gott und eine künftige Welt ist“<sup>74</sup>.

Dies ist zunächst das Konstrukt, in dem auch die Themen der Religion der Vernunft auftauchen. Freilich wird sich der Fragehorizont im Laufe der weiteren Ausführungen verlagern: Im Anschluss an die drei Fragen, in denen sich das Interesse der Vernunft kundtut: (was kann ich wissen? was soll ich tun? was darf ich hoffen?) wird nicht mehr im Mittelpunkt die Frage stehen, was zu *tun* sei, wenn der Wille frei etc. ist, sondern was zu *hoffen* sei, wenn der freie Wille sich aus Achtung vor dem Sittengesetz zum Handeln bestimmt: „Wenn ich nun thue, was ich soll, was darf ich alsdenn hoffen?“<sup>75</sup>

Die Religion – in den später so genannten Postulaten – ist systematisch, wie gesehen, in diesem praktischen Vernunftanspruch verankert und kann demnach nicht anders als moralisch konnotiert sein. Das ist der Preis ihrer „Vernunftangemessenheit“, sprich ihrer philosophischen Deduktion. Vollendung der Moral<sup>76</sup> ist sie dann in dem Sinn, dass sie die Bedingungen enthält, unter denen das ganze Objekt der praktischen Vernunft möglich ist. Mehr ist, auf der Grundlage *dieses* Vernunftbegriffs für den Religionsbegriff nicht zu haben.

<sup>68</sup> Magnus Striet, *«Erkenntnis aller unserer Pflichten als göttlicher Gebote»*. *Bleibende Relevanz und Grenzen von Kants Religionsphilosophie*, in: *Kant und die Theologie*, hg. v. Georg Essen und Magnus Striet, Darmstadt 2005, S. 166.

<sup>69</sup> Ulrich Barth, *Kants Religionsformel* in: *Kritische und absolute Transzendenz. Religionsphilosophie und philosophische Theologie bei Kant und Schelling*, a.a.O., S. 42.

<sup>70</sup> *Ebd.* B 825.

<sup>71</sup> *Ebd.*

<sup>72</sup> Siehe *ebd.* B 827.

<sup>73</sup> *Ebd.* B 828.

<sup>74</sup> *Ebd.* B 829.

<sup>75</sup> *Ebd.* B 833.

<sup>76</sup> Siehe *Brief von Kant an Mendelssohn* vom 16. August 1783, Ak. X 743.

Allerdings ist damit nur die *eine* Seite der Problematik in den Blick geraten. Zu fragen bleibt, wie auf dieser Grundlage die Religion (philosophisch) als Erkenntnis aller Pflichten *als* göttlicher Gebote zu begründen ist. Wir haben darauf hingewiesen, dass mit dieser Perspektive (das „als“ im Sinn von „ad instar“ = ganz so wie) ein *neuer* Aspekt in die philosophische Betrachtung über Religion *hinzutritt*, der sich aus dem Vorhergehenden nicht deduzieren lässt. Ein Indiz diesbezüglich ist der – ohne weitere Vorankündigung – in der *Kritik der praktischen Vernunft* eingefügte Abschnitt über die christliche Moral. Es geht Kant hier ganz offensichtlich um einen *Kompatibilisierungsversuch* der philosophischen Religion mit der Lehre des Christentums. Dazu ist nun erforderlich, die christliche Moral, in ihrem begründungslogischen Aspekt, als autonome aufzuweisen, was soviel bedeutet wie: 1. dass auch in ihr das Pendant zum Sittengesetz als Beweggrund des Handelns herausgearbeitet werden muss. Darüberhinaus muss 2. noch ein *weiterer* Aspekt beachtet werden, und zwar die in der christlichen Botschaft zugesagte *Verheißung des Reiches Gottes*. Genau dies ist *mehr* als die „bloße“ Hoffnung auf Glückseligkeit. Dadurch wird nun in das autonome Gesetz eine - für die philosophische Sicht - nicht mehr begründbare Dimension hinzugefügt, die aber die Grundlage dafür bildet, dass dieses *als göttliches Gebot* gelesen werden kann. So gesehen bekommt das Gesetz einen *Reichtum* zugesprochen, den es aus sich heraus nicht zu gebären vermag. Die Religionsschrift von 1793, die sich zentralen Topoi der christlichen Lehre zuwendet – Richard Schaeffler bemerkt zu recht, Kant habe, wie die meisten seiner Zeitgenossen, kaum eine andere Religion gekannt als den christlichen Glauben<sup>77</sup> –, siedelt sich nicht unabhängig von dem vorhin Skizzierten an, nämlich als Kompatibilisierungsversuch einer über sich selbst aufgeklärten Vernunft mit einem Diskurs, dem es in höchstem Maße um das *Heil* des Menschen in der Welt geht<sup>78</sup>. Die aus dieser Perspektive angesetzte Hermeneutik – die zugrunde gelegte moralische Schriftausle-

<sup>77</sup> Richard Schaeffler, *Ist dem Verstand jeder Weg zu Gott verschlossen? – Religionsphilosophie nach Kant* -, in: *Nach Kant. Erbe und Kritik*, hg. von Ian Kaplow, Münster 2005, S. 163.

<sup>78</sup> Siehe *Die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft*, Ak. VI 13.

gung – mag problematisch sein, insofern sie nicht frei von reduktionistischen Strategien ist (und es auch nicht sein kann), aber ihr geht es darum, die Religion in ihrem authentischen Kern, in dem, was ihr Wesentliches ausmacht<sup>79</sup> zu rekonstruieren und gleichzeitig, sozusagen „religionskritisch“, mögliche Depravationen freizulegen, um sie in ihrer heilsökonomischen Dimension (dem, philosophisch gesprochen, die moralische Bestimmung des Menschen<sup>80</sup> entspricht) innerhalb des Vernunftprojekts zu verorten.

*Robert Theis war (seit 2010 emeritiert) Professor für Philosophie an der Université du Luxembourg, zugleich apl-Professor an der Universität des Saarlandes. Er ist Vizepräsident der französischsprachigen Kantgesellschaft (Société d'Etudes Kantiennes de Langue Française) und Herausgeber der Reihen "Europaea Memoria" und "Wolff Werke" im Georg Olms Verlag (Hildesheim). Zuletzt erschien von ihm De Wolff à Kant/Von Wolff zu Kant. Etudes/Studien, Hildesheim 2013.*

\*\*\*

Maria Hollering-Hamers

## Männer- oder Familiensynode?

2014 fand in Saudi-Arabien eine Frauenkonferenz statt. Im Konferenzraum war keine einzige Frau ... Männer konferierten über Frauen und regelten deren Angelegenheiten für die Zukunft ... Zu Recht finden wir das absurd!

2014 gab es in Rom eine Familiensynode ohne Familien! 191 zölibatäre Männer setzten sich zusammen und konferierten über Familie und Sexualität, über Verheiratet- und Geschiedensein und präsentierten sich der Welt als Experten zu diesen Themen... Die Welt, die Medien, die „Laien und Laiinnen“ hörten zu, kommentierten, aber sie empörten sich nicht! Warum messen wir

<sup>79</sup> *Ebd.*, 110.

<sup>80</sup> *Ebd.*, 112; siehe *Streit der Fakultäten*, Ak. VII 52; *Reflexion* 6314, Ak. XVIII 617.

mit so unterschiedlichem Maß, wenn es um die katholische Kirche geht?

Wir staunen schon und sind positiv überrascht, wenn „Kirche“ ein Mal in 2000 Jahren nach unserer Meinung fragt. Meinungen dürfen wir äußern, aber um den „großen Tisch“ sitzen 191 Männer, die die Entscheidungen treffen. Wichtig, am wichtigsten ist ihnen dabei, dass das „Volk Gottes“ auf Linie gehalten wird. Achtung: nicht auf Gottes Linie, sondern auf der ihrigen! Und das „Linien-Paket“ ist ein rein-männliches Konstrukt aus längst verflogener Zeit, womit kaum noch ein Katholik, eine Katholikin etwas anfangen kann! Rückwärtsgewandt, antimodern, nicht jesuanisch kommen sie daher, unsere Kirchenmänner, und sind unglaublich, manchmal sogar richtig lächerlich!

Welches Thema haben die Herren der Kirche denn diesmal wieder vergessen oder sehr bewusst ausgeklammert? Die Frauen - immerhin die andere Hälfte des Volkes Gottes! Familien bestehen aus Männern, Frauen und Kindern. Frauen sind sehr oft diejenigen Familienmitglieder, die „der Kitt“ der Familie sind, die Familien zusammenhalten, Kinder erziehen zu starken Persönlichkeiten und ... die den Glauben weitergeben. Ohne diese Frauen gäbe es keine Familien. Trotzdem aber werden sie von den Kirchenmännern ausgegrenzt, ihre Würde wird nicht geachtet, Männer bestimmen, welche Rolle Frauen in der Kirche zu spielen haben: Nebenrollen, die Hauptrollen spielen sie selber. Wenn man sie danach fragt, bekommt man die Antwort, dass es so und nicht anders „gottgewollt“ ist. NEIN, rufe ich, es ist Männerwille, nicht Gottes Wille.

Die Synode wird auf das Thema „Wiederverheiratete-Geschiedene“ verengt. Diese Gruppe von Menschen schließt man (MANN) seit Jahrzehnten von der Kommunion aus, und man nennt das „Nachfolge Christi“! Ich habe aber in der Bibel noch nie irgendwo gelesen, dass Jesus Menschen ausschloss oder bestrafte. Er berührte sie zärtlich und ließ sich berühren, er heilte sie, er aß mit ihnen und fragte nicht danach, ob sie geschieden und vielleicht auch noch wiederverheiratet sind. Was kann also an dieser ausgrenzenden Praxis „Nachfolge“ sein?

Gelingen und scheitern: zwei Seiten der einen Lebensmedaille! Hat Jesus nicht etwas übers Scheitern gesagt? Nicht die Gesunden (diejenigen, deren Leben gelingt) bedürfen des Arztes, sondern die Kranken, die Gescheiterten. Sollten wir, sollte MANN, sich nicht freuen, dass gerade diese Menschen das Bedürfnis haben, die Gemeinschaft mit Jesus zu schmecken, leibhaftig zu erfahren? Wer kann sich das Recht anmaßen, Menschen vom Mahl auszuschließen, zu dem der „Herr der Gemeinde“ ausdrücklich einlädt?

Auch gleichgeschlechtliche Partnerschaften sind im Fokus der Familiensynode, die ja eigentlich eine (Kirchen-)Männersynode ist. Sie werden (notgedrungen) respektiert, aber nicht als gleichwertig angesehen, denn man „darf“ schon homosexuell veranlagt sein, aber man „darf es nicht tun“, wie ein Prälat mir mal deutlich zu machen versuchte. So eine Homo-Partnerschaft segnen...? Das kommt schon gar nicht in Frage. Tiere segnen sie, Brücken und Fahrräder, Menschen, die sich lieben und die gegenseitig Verantwortung füreinander übernehmen, nicht! Wo ist da die Barmherzigkeit, zu der Papst Franziskus aufruft? Barmherzigkeit, das Wort hat im Hebräischen den gleichen Wortstamm wie „Rachim“, Gottes Mutterschoß; sie trägt und birgt Menschen, die lieben, die leiden, die Probleme haben in ihrem Mutterschoß: ein wunderschönes weibliches Gottesbild, das helfen kann, Gott mit neuen Augen zu sehen, mit neuem Herzen zu begreifen.

Wo ist zum Beispiel das Thema Ökumene bei der Familiensynode? Unendlich viele Familien leben mit zwei Konfessionen. Sie sind „sichtbare Einheit“ der Kirchen, werden aber nicht eingeladen, diese Einheit auch kirchlich zu leben.

Die Ökumene war schon vor über 50 Jahren beim II. Vatikanischen Konzil ein „Zeichen der Zeit“. Unser Auftrag wäre es, diese „Zeichen der Zeit“ zu erkennen, sie im Lichte Gottes zu betrachten und dann entsprechend zu handeln.

Wie viel Leid wird Männern, Frauen und Kindern in den konfessionsverbindenden Familien zugefügt, weil nur Männer ohne solche Erfahrungen und ohne Empathie Regeln und Gesetze aufstellen, die mit Jesus nichts zu tun haben.

Der Zölibat, ein Thema, über das nun schon viele Jahre diskutiert und gerungen wird. Auch eine Quelle von Leid und Schmerz für Männer, Frauen, Kinder...! Eigentlich sollte der Glaube, sollte die Kirche doch eine frohmachende Botschaft bringen. Sie sollte Menschen helfen, ihr Leben gut und im Sinne Jesu zu bewältigen. Wie aber kann das gehen, wenn Gesetze wichtiger sind als die Liebe und das Glück des einzelnen? Wenn Regeln, die mal aufgestellt wurden, zementiert werden, auch wenn sie schon lange ihren Sinn und ihre Gültigkeit verloren haben. Gott vertraute unsere Erde den Menschen an, die Männer aber haben die Macht ergriffen und führen, wie wir es jeden Abend im Fernsehen beobachten können, diese Erde an den Rand des Abgrundes. Genau so ist es mit der Kirche.

**Nur** Männer können keine gute Welt zu Stande bringen.

**Nur** Männer schaffen keine gute Kirche, es fehlt die Hälfte, es fehlt der weibliche Blickwinkel und alles gerät in eine gefährliche Schiefelage.

Das sah 1962 schon der belgische Kardinal Suenens und fragte beim Konzil nach den Frauen! Papst Franziskus hat im Kontext dieser Synode zum freien, zum angstfreien Reden aufgerufen. Alle Themen dürfen angesprochen werden, jede und jeder kann seine Meinung äußern. Eigentlich ganz normal, oder? Nicht so in der katholischen Kirche, die absolutistische Strukturen aufweist, die mit Angst und bestimmten Formen von Gewalt verbunden sind.

Ich mache mal kurz die Augen zu und stelle mir vor, Jesus säße im Synodenraum. Würden sie auf ihn hören, die Herren Bischöfe und Kardinäle? Wahrscheinlich nicht, sie würden ihn nicht erkennen, denn seine Gewänder wären nicht mit Gold und Purpur durchwirkt. So einer passt ja nicht in die „edle“ Runde von „heiligen Männern“. Sie würden ihn bitten zu gehen und die Versammlung nicht mit unmöglichen Vorschlägen und Ideen zu stören. Ja, sie reden viel von „Umkehr“, die Kirchenmänner, aber wirklich umkehren – das tun sie nicht, weil das halt doch nicht so leicht ist!

*Unsere Autorin ist gebürtige Niederländerin, ist seit 42 Jahren mit einem evangelischen Oberfranken aus der Korbmacher-Stadt Lichtenfels verheiratet, ist Mutter von*

*zwei erwachsenen Söhnen und war u.a. fünfzehn Jahre Vorsitzende der „Kommission Glaube und Kirche“ des Bayerischen Landesverbandes des Katholischen Deutschen Frauenbundes. Im Anschluss an eine Studententagung, die vor drei Jahren in München stattfand, erklärte Maria Hollering-Hamers: „Eine Kirche ohne Frauen ist eine Kirche ohne Familien, ist eine Kirche ohne Kinder, ist eine Kirche ohne Zukunft“.*

\*\*\*

Johannes Schmitt

## Gott der Gewalt?

### Zur Monotheismus-Debatte

Ende der 90er Jahre (1997/98) – also noch vor dem 11. September 2001 – veröffentlichte der Heidelberger Ägyptologe Jan Assmann seine über die Fachwelt hinaus Furore machende, zuerst in Englisch erschienene Monographie: „Mose der Ägypter. Entzifferung einer Gedächtnisspur“. Darin artikulierte er, wenn auch nur als Teilaspekt, zuerst seine später kritisch rezipierte so genannte „Monotheismusthese“. Im Jahre 2003 konnte er diese – inzwischen schienen durch „Nine Eleven“ die in der These implizierte religiöse Gewalt manifest und der islamische, religiös begründete Terror weltweite Realität – in der Schrift: „Die Mosaische Unterscheidung oder der Preis des Monotheismus“ ausbauen und präzisieren. Diese „Mosaische Unterscheidung“ meint, hier einleitend sehr verkürzt, die von Mose in weltgeschichtlicher Relevanz erfundene und dem Volk Israel propagierte einzige, wahre Religion, den Glauben an JHWH, damit die Unterscheidung von „Wissen und Unwissen“, von „Glaube und Unglaube“, von „wahr“ und „falsch“ im von Gott geoffenbarten Gesetz, in erster Linie in dem am Berg Sinai verkündeten Dekalog. Die von Gott gesetzten Normen, fundiert gewissermaßen in einer „Gegenreligion“ in einem polytheistischen Umfeld, implizierten und legitimierten auch Gewalt im Namen Gottes: Diese – so die provokative Zuspitzung der These – sei den monothe-

istischen Religionen, dem Judentum, dem Christentum und dem Islam, „inhärent“. Der Philosoph Peter Sloterdijk in: „Gottes Eifer. Vom Kampf der drei Monotheismen“ (2007) und der Soziologe Ulrich Beck in: „Der eigene Gott. Von der Friedensfähigkeit und dem Gewaltpotenzial der Religionen“ (2008) griffen Jan Assmanns These auf, verallgemeinerten und verschärften sie gewissermaßen ins Politische, zumal angesichts der zum „Heiligen Krieg“ erklärten Terrormaßnahmen von Al Quaida im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts. Diese Terrororganisation verfolgt bis heute das Ziel, einen muslimischen „Gottesstaat“ zu errichten und die Ungläubigen zu vernichten.

P. Sloterdijk, U. Beck und vor allem J. Assmann fanden 2008 in der nun schon als „Monotheismustreit“ bzw. „Monotheismus-Debatte“ bezeichneten, zum Teil schon sehr polemisch geführten Auseinandersetzung einen Kritiker in dem evangelischen Theologen Rolf Schieder, der seine kritischen Ausführungen in die rhetorische Frage kleidete: „Sind Religionen gefährlich?“

Aber bevor Rolf Schieder dann den hier in weiten Teilen analysierten Band: *Rolf Schieder (Hg.), Die Gewalt des einen Gottes. Die Monotheismus-Debatte zwischen Jan Assmann, Micha Brumlik, Rolf Schieder, Peter Sloterdijk und anderen, Berlin (University Press) 2014 (künftig Zitate mit Seitenzahl)* veröffentlichte, zeigte sich, dass die Debatte sich schon gewissermaßen multimedial verzweigt hatte und sich damit auch zu verlieren schien: Tagungen und Tagungsbände, Zeitschriftensonderbände widmeten sich dem Thema. In dem Internetportal „perlentaucher.de“ ist ein Diskussionsforum eingerichtet, in dem Interessierte ihre Meinungen und Beiträge einbringen können (Einzelnachweise S. 53, Anm. 2). Die Filmplattform „YouTube“ im Internet bringt sogar Filme von Debattenbeiträgen und Vorträgen von Jan Assmann.

## Kritik Schieders an Assmann und Sloterdijk

Die Kritik Schieders beginnt quasi mit dem Paukenschlag, dass die These: „Die so genannten monotheistischen Religionen sind intrinsisch gewalttätig“, falsch sei (S. 15). Über eine knappe begriffsgeschichtliche Diskussion, die die Problematik des Be-

griffs: Monotheismus hervorhebt, geht er sehr kurz auf die realhistorische Situation im syro-palästinensischen Raum ein, in dem sich nach 900 v. Chr. die beiden Königreiche Israel und Juda herausbildeten und in JHWH, ursprünglich ein Wettergott, einen einzigen Gott verehrten, der die beiden Königreiche repräsentierte und legitimierte. Aber im Jahre 722 wurde Israel zerstört und 587 Juda erobert und nach dem Zusammenbruch, „also in der persisch-hellenistischen Zeit“ erfolgte, wie in der Thora bzw. im Alten Testament im 5. Jahrhundert dargestellt, „die Erfindung des Gottesvolkes“ (S. 18 f.): „Da gelingt die sensationelle Transformation des ehemaligen Königskults in eine Volksreligion, in deren Zentrum der Bundschluss zwischen Gott und seinem Volk steht (...) Die Moseerzählung ist ‚eine gewaltige Rückprojektion eines Idealbildes für das jüdische Gemeinwesen nach dem Exil‘. Die Wirkung der nachexilischen Exodusgeschichte auf die politische Ideengeschichte der westlichen Welt kann gar nicht überschätzt werden“ (S. 19 f.).

Diese historischen Zusammenhänge münzt Schieder nun um zu den konkreten Vorwürfen an die Adresse Assmanns: Dieser ignoriere „den präzisen politischen Sinn der Exoduserzählung“, er drücke sich um eine historisch-kritisch belastbare Datierung der von ihm so genannten ‚Mosaïschen Unterscheidung‘“ und er trage schließlich „ganz und gar fremde Kategoriensysteme an die Texte heran“ (S. 20 f.). Ausführlich widmet er sich der immer wieder im Zusammenhang mit religiös legitimerter Gewalt angeführten Belegstelle (2. Mose 32,26-28), nach der Mose und die Leviten nach dem Tanz des Volkes um das Goldene Kalb 3.000 Mann getötet hätten. Den Gestus „aufklärerischer Anklage“ findet er auch bei Assmann und Sloterdijk und bezeichnet diesen als „hermeneutischen Trugschluss“ (S. 22): „Jan Assmann interessiert sich für literarkritische Unterscheidungen ebenso wenig wie Peter Sloterdijk, der die Historizität der Textstelle mit Pathos behauptet“ (S. 23) und einen „geschichtsphilosophischen Gewaltakt“ ausübe, der „angesichts des fiktionalen Charakters der Exoduserzählung völlig unverständlich“ sei (S. 24). Den „missionarischen Aufruf“ Sloterdijks am Ende seines Buches, „eine ‚Renaissance im Zeichen

Ägyptens' sei nun an der Zeit und die gewaltbereiten Monotheismen seien durch einen „Kosmotheismus“ zu ersetzen, ironisiert Rolf Schieder als pure „religiöse Romantik“ (S. 27).

Die beiden folgenden Zitate können daher als Resümee des die Monotheismusthese ablehnenden aufgeklärt-liberalen Theologen Rolf Schieder gelesen werden:

„Von Gewalt ist in der Hebräischen Bibel in der Tat die Rede. Gewalt wird aber nicht verherrlicht, vielmehr wird vor ihr gewarnt und versucht, Gewalt durch legitimierte Gewalt in die Schranken zu weisen“ (?) (S. 31).

„Gott ist im Himmel – du bist auf Erden! Das ist eine elementare Differenz, die jeden wahrhaft Gläubigen davor warnt, sich selbst zum Sprachrohr oder zum Schwert Gottes zu machen. Diese Differenz verhindert jede Anmaßung, in seinem Namen handeln zu können. Heilsgewissheiten und Wahrheitsansprüche sind nichts als Glaubensaussagen, deren Richtigkeit sich erst am Ende der Zeiten erweisen wird“ (S. 33).

### Replik Jan Assmanns auf Rolf Schieder und dessen Replik

Ziel seiner Replik auf Rolf Schieder, so Jan Assmann einleitend, sei es, die „wichtigsten Punkte der Kontroverse zusammenzustellen“ und dabei seine „Position in diesen Punkten so klar wie möglich darzustellen“ (S. 37).

Zunächst definiert er den Begriff der „Gewalt“, da „mit den monotheistischen Religionen eine bestimmte Form der Gewalt zuallererst in die Welt gekommen ist: *die Gewalt im Namen Gottes*“ [Hervorhebungen in der Folge durch die Autoren] (S. 37). „Das ist“ – so stellt Jan Assmann den Gegenwartsbezug her – „die Gewalt, mit der die Welt“ „heute konfrontiert ist und die uns, besonders nach den Ereignissen des 11.9.2001, beschäftigt“ (S. 37). Diese Gewalt sei den Monotheismen „inhärent“, allerdings – und diese Differenzierung scheint zentral – „nur im Sinne“ „einer angelegten *Möglichkeit*“, „*nicht im Sinne einer logischen Konsequenz*, die früher oder später mit Notwendigkeit eintreten muss“ (S. 38). „Die Quelle dieser *potentiellen Gewalt*“ sieht Jan Assmann in der „mosaischen Unterscheidung“, also der „Unterscheidung zwischen wahr und falsch im Bereich der Religion“. In dieser „entfaltet

sich eine Orthodoxie, die für die eigene Gruppe das Falsche festlegt und ausmerzt“ (S. 38).

Eine weitere definitorische Festlegung vollzieht Assmann, indem er in dem Begriffs-paar: Monotheismus/Polytheismus den Teil Polytheismus durch Kosmotheismus ersetzt haben möchte.

„Mose“ – und diese nun apodiktisch formulierte Feststellung wird nicht weiter in ihren Konsequenzen ausgeführt – „ist eine reine Figur der Erinnerung“, „der uns als Figur der Erinnerung erst in den im 7. und 6. Jh. entstehenden Büchern der Tora und einigen Psalmen entgegentritt“ (S. 41). Damit ist auch der Zeithorizont für die „mosaische Unterscheidung“ in diese beiden Jahrhunderte gelegt, und hier wären dann nach den Kriterien der „Gedächtnisgeschichte“ die Antworten darauf zu finden: „Wie, wann, warum, von wem, und in welcher Form wird die Geschichte erzählt“ (S. 40).

Aber auch Jan Assmann sieht wie Rolf Schieder eine Perspektive, um Religion gewissermaßen von Gewalt zu befreien: Religion „scheint“ ihm „das einzige Mittel zu sein, das dem Menschen gegeben wurde, Gewalt – soziale und politische – einzudämmen und sich gegen sie zur Wehr zu setzen“ (S. 52).

In seiner Replik auf Jan Assmanns Ausführungen bekennt sich Rolf Schieder zu einem deutlichen Plädoyer für eine „historisch-kritische Erinnerungsgeschichte“, die nicht nur die Frage danach stellt, was bis heute „die Leser und Hörer aus Mose gemacht haben“ (S. 151), also eine Rezeptionsgeschichte intendiert, sondern kritisch aufarbeitet, welcher Erzähler, aus welchen Motiven und Intentionen heraus die Moses-Geschichte („Sinaierzählung“) in welcher Erzählzeit literarisch erinnert. Dazu sein Resümee: Die Moseerzählung ist die „gewaltige Rückprojektion eines Idealbildes für das jüdische Gemeinwesen nach dem Exil“ (S. 154). Ihre „Wirkung“ „auf die politische Ideengeschichte der westlichen Welt ist kaum zu überschätzen“ (S. 154).

Auch der Vorschlag Jan Assmanns im Sinne der Aufklärung eine „Religio duplex“ zu differenzieren, in der seit der Aufklärung eine „Vernunftreligion“ einer „Offenbarungsreligion“ gegenübergestellt wird, findet seine Zustimmung. Allerdings möchte er diesen beiden noch eine „Zivilreligion“



hinzufügen, die auf das „Volk als Staatsvolk“ ziele und in der „die Erinnerung an Mose als Vorbild für die politische Theorie von der frühen Neuzeit bis in die Gegenwart“ relevant geworden sei, etwa im „Bundesgedanke“ bei Thomas Hobbes, in der Geschichte der USA, zuletzt bei Martin Luther King und Barack Obama „als modernen Mosesfiguren“ (S. 160 ff.).

## Bernhard Lang: „Biblische Rückbindung“ (S. 56)

Auch der Alttestamentler Bernhard Lang beginnt seine Ausführungen mit der lapidaren, apodiktischen Feststellung: „Mose ist keine historische Gestalt“, sondern eine „Gestalt der althebräischen Sage“, die sich mit der Ethnogenese (Volkswerdung) des Volkes Israel verknüpfen und als „Gemisch aus Überlieferungen unterschiedlicher Herkunft“, vor allem ägyptischer und babylonischer, „entschlüsseln“ lässt (S. 59). Aber „die Alleinverehrung des einen Gottes stammt nicht aus einer fremden, sondern aus der israelitischen Religion; ihre Durchsetzung wurde im 6. bis 4. Jahrhundert v. Chr. durch die monotheistische Religion Persiens begünstigt“ (S. 59 f.). Damals „wurde der Mythos der Sinai-Offenbarung geschaffen“ und die biblische Darstellung ist als Offenbarungsdichtung zu beurteilen“ (S. 61).

„Die mit der Gestalt des Mose verbundene biblische Überlieferung“ – so sein resümierendes Ergebnis – „bildet einen innerlich zusammenhängenden, bis heute in Judentum, Christentum und Islam nachwirkenden Komplex. Man mag von der mosaischen Religion sprechen, ohne damit diese auf eine historisch fassbare Gründergestalt zurückzuführen. Die mosaische Religion ist die Religion eines Volkes, das sich von anderen abgrenzt, ihre Gesetze als von Gott geoffenbarte Lebensordnung begreift, religiösen Konformismus fordert und zwischen ‚wahr‘ und ‚falsch‘, zwischen orthodox und häretisch unterscheidet“ (S. 77). Allerdings – und diese Einschränkung kann kaum überschätzt werden – „die mosaische Überlieferung“ „kann nicht beanspruchen, die einzige Religion zu sein, die sich in den Schriften der hebräischen Bibel spiegelt. Ihr stehen andere Religionskonzepte gegenüber, denen das Unterscheidungskonzept fremd ist“, etwa „die universalistische Jawereligion der Propheten Jesaja und

Amos“ und die Religion der Josefserzählung, in der „Gott als Helfer“ erscheint (S. 77).

## Markus Wette, „Ausgestaltung des Monotheismus“ (S. 79) und Replik Jan Assmanns

Noch ausführlicher als Bernhard Lang, aber im Ergebnis übereinstimmend, behandelt der Alttestamentler Markus Wette die „Ausgestaltung des Monotheismus im Alten Testament“, wobei er auch zusätzlich „die Einheit und Einzigartigkeit Gottes in den alttestamentlichen Weisheitsschriften“ reflektiert und darstellt (S. 79).

Als „Fazit“ kann er festhalten, dass „die Figur des Mose und die alttestamentliche Moseüberlieferung“ „angesichts ihrer relativ späten literarischen Entstehung“ „eher wenig“ über die „innerbiblische *theologische* Entfaltung des Glaubens an den einen Gott“ aussagen (S. 109). Der „Jahwe-Monotheismus“ verdanke „seine wesentlichen theoretischen Impulse erst dem Zusammenbruch des auf Jahwe konzentrierten jüdischen Staatskults 587 v. Ch., der Begegnung jüdischer Eliten in der Diaspora mit dem babylonischen Marduk-Kult, und dem persischen Zoroastrismus“, daneben auch hellenistischen Einflüssen (S. 109). „Für die *theologische* Ausgestaltung des Jahwe-Monotheismus kommt den alttestamentlichen Weisheitsschriften eine besondere Bedeutung zu“ (S. 109).

## Peter Sloterdijk: „Ursprünge und Wandlungen totaler Mitgliedschaft“ (S. 124) und Replik von Rolf Schieder

Der Philosoph Peter Sloterdijk möchte in seinem Beitrag die „Sinai-Episode“ – in gewisser Weise nun abrückend von dem „Konstrukt namens ‚Monotheismus‘“ (S. 125) – „als Urszene der altjüdischen Antivermischungspolitik charakterisieren“ (S. 124), die erst in der Zeit nach dem 6. Jahrhundert v. Chr. rückprojizierend erzählt worden sei und im Kern die „Funktion des bundesförmigen Singularisierungsprojektes“ besessen habe (S. 126). Sloterdijk meint mit „Sinai-Erzählung den „Dreischritt“ von „Bundesschluss“, „Bundesbruch“ und „Wiederherstellung des Bundes“, wobei insbesondere der „Mittelteil“

eine „exorbitante Brutalität“ zeige (S. 128). Er nennt das „obsessiv wiederkehrende Bundesbruchmotiv“ der hebräischen Bibel „das Sinai-Schema“ (S. 129), das „die kultisch explizit gemachte Pflicht zur Grausamkeit“ also auch Gewaltanwendung nach innen und außen einschlieÙe und legitimierte (S. 131).

Die „sinaitische Singularisierungsstrategie“ (S. 134) – und das scheint eine gewichtige Pointe von Sloterdijks Argumentation – besitze Bezüge bis in die Gegenwart, denn „Grundstrukturen der „sinaitischen Konstitution“ seien „in einigen wesentlichen Teilen auf die Nachfolgereligionen des Judentums, namentlich das Christentum und den Islam, übergegangen“ (S. 136). „In diesen erst kam es zu den bekannten massiven Gewaltfreisetzungen nach innen und nach außen, die die Religionsgeschichte verdüstern“ (S. 136). Zudem hätten diese drei „Programmvolker mit prophetischen Skripten“, die „drei theogenen Kollektive“, wie er sie auch nennt, einen „Zugriff auf das Leben ihrer Angehörigen im Modus der totalen Mitgliedschaft“ ausgeformt, der sich zumindest in Bezug auf Judentum und Christentum erst in der Moderne allmählich zu lockern und aufzulösen scheint (S. 137 ff.).

Rolf Schieder, so in seiner Replik, stimmt „mit Sloterdijk darin überein, dass die Erzählung vom Bund am Sinai eine religions-, kultur- und politikgeschichtliche Sensation war. Zum ersten Mal in der Weltgeschichte stimmt ein Volk über seine Verfassung ab und verpflichtet sich auf ein Gesetz. Zum ersten Mal kommuniziert ein Volk ohne königliche Vermittlung mit Gott“ (S. 169). Der „Mord der Leviten“, ein „Gewaltakt“, habe indes keine „prototypische Bedeutung“ besessen (S. 170). Er kritisiert auch, dass Sloterdijk „den positiven Beitrag der Exoduserzählung für die Entstehung der modernen Welt nicht würdigen“ kann, an deren „Hervorbringung“ die Religionen „aktiv“ beteiligt waren (S. 172).

## Micha Brumlik, „Respektabel, aber falsch“ (S. 196) und Replik von Jan Assmann

Als „A.S.-Hypothese“ – und diese will er „falsifizieren“ – bezeichnet der jüdische Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik den Jan Assmann und Peter Sloterdijk

„gemeinsamen Gedanken“ „der Neuartigkeit des (israelitischen) Monotheismus und der ihm eigenen, entweder nach Außen – so Assmann – oder nach innen – so Sloterdijk – eigenen physischen und psychischen Gewalttätigkeit im Unterschied zu den umgebenden altorientalischen Religionen“ (S. 198).

In einem ersten „Zwischenergebnis“ konstatiert er, dass die „Verbindung von Religion und Wahrheit einschließlich zu der Ermächtigung zur Ausübung von Gewalt“ „auch in anderen Kulturen“ „beim Übergang zu voll entwickelten Hochkulturen“ stattfand (S. 201). Als „Ergebnis“ seiner Darstellung insgesamt, nach seiner Ansicht belegt durch „instruktive Beispiele aus der Religionsgeschichte“, postuliert er, dass „polytheistische Kulturen allemal so grausam (und intolerant) auch gegen Angehörige der eigenen Gemeinschaft (...) waren, wie die phantasierten Akteure des nur textuell vorhandenen mosaischen Narrativs“ (S. 214).

## Jan Assmann, „Monotheismus der Treue“ (S. 249). Zugleich ein Resümee

Seit der ersten Formulierung der „mosaischen Unterscheidung“ bzw. der Monotheismusthese durch Jan Assmann vor über 15 Jahren hat der Ägyptologe in der seitherigen kontroversen Debatte seine Konzeption geschmeidig differenziert und stellt nun neben den „Monotheismus der Treue“, wie er im Exodus-, Sinai- bzw. Mose-Narrativ erst nach der Zeit des babylonischen Exils ausgestaltet worden sei, den Monotheismus der „Einsicht und Wahrheit“, der sich in der Hebräischen Bibel erst bei den späten Propheten finde (S. 252 f.). „Der partikulare Monotheismus der Treue und der universale Monotheismus der Wahrheit existierten in dem komplexen, vielstimmigen Kanon der biblischen Schriften nebeneinander“ (S. 254). „Beim Monotheismus der Treue“ handele es sich „um die stärkste religiöse Idee“, „die die Religionsgeschichte“ kenne: Es gehe um „Befreiung, Bindung (Bundesschluss) und Vereinigung mit Gott“, nach dem Bundeschluss insbesondere um den Gegensatz von „Freund und Feind“ (S. 255). Gott selbst – so Assmanns Folgerung – sei gegen seine Feinde „intolerant“, und „diese göttliche Intoleranz bildet die Legitimation, ja

geradezu die Verpflichtung zu menschlicher Intoleranz“ – damit auch zur Anwendung von „Gewalt“, wie man folgernd hinzufügen muss (S. 255). Die Gewalt richtet sich gegen die „Feinde“ im inneren (z. B. Tanz ums Goldene Kalb) und als heiliger Krieg bei der Eroberung des Gelobten Landes gegen die von Gott zur Vernichtung – in genozidalem Ausmaß – gewissermaßen vorgesehenen, „geweihten“, Städte und Völker.

„Das Institut des heiligen Krieges stellt keine israelitische bzw. monotheistische Besonderheit dar, sondern war im ganzen Vordern Orient verbreitet“ (S. 256). Das „mosaische Narrativ“ – und dieser Aspekt bedürfte einer genaueren Untersuchung – hat in der Folge „Argumente geliefert, Gewalt und Grausamkeit zu legitimieren“ (S. 256), wie Jan Assmann mit Beispielen aus dem Mittelalter und der Frühen Neuzeit belegt. „Verantwortlich“ dafür sei vor allem „ein fundamentalistischer Umgang mit der ‚Schrift‘, der Theologisierung und Kanonisierung des Rechts, das zur Kodifizierung des göttlichen Willens hochstilisiert wird“ (S. 257).

Dies, so eine weitere wichtige Folgerung, sei in Israel selbst schon in der Phase des II. Tempels erfolgt, wo nun die eigentlich literarische Fiktion der Exodusgeschichte zunächst als Erinnerungsgeschichte kanonisiert und als Exempel und Vorbild für „reale Gewalttaten“ herangezogen wurde (S. 263).

Ein wenig erstaunt, dass eine Diskussion über die literarische Eigenart der Gewalttexte, z.B. im Deuteronomium, unterbleibt. Erfreulicherweise hat sich mittlerweile wohl als Konsens herausgeschält, dass Mose eine fiktive Figur war und erst in exilisch-nachexilischer Zeit zur Projektionsfläche wurde, der Monotheismus also nichts mit Echnaton zu tun hatte, sondern eine viel spätere Entwicklung innerhalb der jüdischen Gruppen im Exil war. Aber nirgendwo erscheint die Frage, welche literarische Funktion die Gewalttexte haben, die zu einer Zeit geschrieben wurden, als reale Gewaltausübung völlig außerhalb der Möglichkeiten des aller Machtmittel beraubten Restbestandes von Jahwegläubigen lag. Wir haben immer noch Mühe, orientalische Literatur, die vor zweieinhalbtausend Jahren geschrieben wurde, in ihrer Aussageabsicht zu begreifen. Dass sie nicht

historische Gewaltpraktiken Israels schildern, ist offensichtlich. Was aber war ihre Funktion, was wollten sie – in aller Irrealität – aussagen? Sollen sie nicht „nur“ mit der Schilderung von in den damaligen Kontexten üblichen Praktiken erschreckend grausamer Art die Unbedingtheit ihres Gottesglaubens ausdrücken? Gewissermaßen „dichterisch“, was aber, da später – oft bis heute – ihre Funktion nicht erkannt wurde, durchaus verhängnisvolle Wirkungen haben konnte, und hatte.

\*\*\*

Karl-Heinz Ohlig

## Das Kuckucksei

Gerhard Ludwig Kardinal Müller will dominieren

Mit der Ernennung des früheren Bischofs von Regensburg und Herausgeber der gesammelten Werke Josef Ratzingers zum Leiter der Glaubenskongregation hat Papst Benedikt XVI. seinem Nachfolger als Papst keinen Gefallen getan. Die Frage ist, ob Papst Franziskus das Problem erkennt; denn laut Presseberichten scheint er sich mit Kardinal Müller zu verstehen, kann er sich doch mit ihm auf Spanisch unterhalten, zudem hat Müller im Unterschied zu Ratzinger eine positive Einstellung zur Befreiungstheologie.

In allen anderen theologischen Fragen aber ist der Kardinal ein reaktionärer Traditionalist, zudem ein Hardliner, der seine Positionen mit aller Schärfe vertritt. Zur Zeit fällt er auf, weil er in immer neuen Interviews seine Linie öffentlich macht, auch und besonders im Hinblick auf ein von ihm befürchtetes Abweichen von der traditionellen katholischen Lehre von Ehe und Sexualität. In diesen Fragen scheint er den Intentionen des Papstes und möglichen Auflockerungen durch die beiden Bischofssynoden zu widersprechen.

Der Vatikankenner Andrea Tornielli zitiert Kardinal Müller – bezogen auf ein Interview in der französischen Zeitschrift „La Croix“ vom 29.03.15 – mit dem Satz: „Dass

ein Theologe wie Benedikt XVI. die Kathedra Petri besteigt, ist vermutlich eine Ausnahme. Johannes XXIII. war kein hauptamtlicher Theologe. Papst Franziskus ist auch mehr ein Pastor. Die Kongregation für die Glaubenslehre hat die Aufgabe, das Pontifikat theologisch zu strukturieren.“

Das hört sich so an, als maße sich Kardinal Müller eine Art Oberaufsicht über die Theologie theologisch zu strukturieren>, hat in der Kirche keinen Platz.“

Warum? Weil Arntz den Papst wohl für unfehlbar hält, und so ähnlich hat auch Papst Franziskus in einer Ansprache zum Ende der letzten Sondersynode im Oktober 2014 erklärt, dass „die Synode cum Petro et sub Petro verläuft, und die Anwesenheit des Papstes ist für alles Garantie ... (er ist) dem Willen Christi gemäß der <oberste Hirte und Lehrer aller Gläubigen> (CIC 749) ...“.

Wenn man auf diese Weise den Papst für unfehlbar hält, wäre die „Müller-Doktrin“ tatsächlich „unkatholisch“. Nun aber gibt es zahlreiche Katholiken und Theologen, die das Unfehlbarkeitsdogma des Ersten Vatikanischen Konzils in Frage stellen, weil es keine Stütze im Neuen Testament oder eine alte Tradition ins Feld führen könnte; als im Armutsstreit des Hoch- und Spätmittelalters diese These erstmals aufkam, wurde sie auch von den Päpsten verworfen. Noch ganz abgesehen von der Frage, wie weit – notwendigerweise immer – zeitgeschichtlich bedingte Definitionen für alle Zeiten „wahr“ sein können.

Nun aber ist die katholische Kirche seit dem Ersten Vatikanischen Konzil, also seit rund 140 Jahren, eine Papstkirche geworden. Der Papst ist, solange man das nicht ein wenig korrigiert, das jurisdiktionelle Oberhaupt der Gläubigen. Insofern kommt seinen Entscheidungen juristisch eine letzte Amtlichkeit zu, was aber etwas anderes ist als eine Unfehlbarkeit. Ein Vergleich: den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts kommt eine „letzte“ Amtlichkeit zu und sie sind im Geltungsbereich des Grundgesetzes verpflichtend. Aber sie sind keineswegs „unfehlbar“, sondern können auch, wie z.B. das Kopftuchurteil, durchaus falsch sein.

Ehe der Papst sich in einer Frage von Glauben und Sittenlehre höchstamtlich festlegt, braucht es Diskussionen und Beratungen. Zumal, wie Kardinal Müller zu

logie des nach seiner Meinung wohl ein wenig unbedarften Papstes an. Entsprechend heftig sind die Reaktionen. So meint Norbert Arntz, Pfarrer in Kleve und schon lange im Sinne der Befreiungstheologie engagiert: „Eine <Müller-Doktrin>, nach der Müller die Aufgabe hätte, <das Pontifikat

Recht ausführt, viele Päpste (besser: fast alle) keine ‚hauptamtlichen Theologen‘ waren – man könnte hinzufügen: zum Glück, weil sie sonst, wie Papst Benedikt XVI., ihre eigene Theologie höchstamtlich verbreiten würden. Und so braucht ein Papst vorausgehende Diskussionen, er braucht Beratung. Eben diesen Weg scheint Papst Franziskus gehen zu wollen: mit einer gesamtkirchlichen Umfrage zu den Themen Ehe und Sexualität, mit zwei Sondersynoden usw. Man darf annehmen, dass er auch bei seinen vatikanischen Behörden Rat sucht.

Insofern ist es kein (ohnehin nur binnenkatholischer) theologischer Fauxpas zu sagen, dass die theologischen Überzeugungen eines Papstes, ‚theologisch strukturiert‘ werden müssen. Aber: es ist völlig stillös und nicht akzeptabel, dass einer der obersten Amtsträger einer päpstlichen Behörde so etwas sagt. Man stelle sich einen Staatssekretär vor, der von seinem Ministerpräsidenten ausführt, er habe wohl nicht immer klare Vorstellungen, deswegen müsse er, der Staatssekretär, dafür sorgen, dass sein Chef das Richtige sagt oder tut. Oder man stelle sich vor, dass ein Assistent von seinem Professor erklärt, dieser sei ein wenig unbedarft, deswegen müsse er, der Assistent, dessen Vorstellungen zunächst einmal wissenschaftlich strukturieren.

In beiden Fällen wäre die Reaktion wohl die Entlassung der Wichtigstuer. Und genau dies wäre auch im Fall von Kardinal Müller zu erwarten. Nicht wegen einer Art von theologischer Ketzerei, sondern wegen Stilllosigkeit und unerträglicher Arroganz.

\*\*\*

Robert Kerr

## Der Islam, die Araber und die Hiğra<sup>1</sup>

Der traditionelle Bericht über das Leben des Propheten Muhammad erzählt uns, dass er im Juni des Jahres 622, als er von einem geplanten Mordanschlag gegen ihn in Mekka erfuhr, mit einigen ihm ergebenen Anhängern die Flucht ergriffen habe, die ihn schließlich nach Yatrib/Medina geführt haben soll. Die Koranstelle, die sich nach traditioneller Auffassung darauf bezieht, ist Sure 9:100, die nach der Übersetzung Parets folgendermaßen lautet:

„Diejenigen, die (den anderen im Glauben) zugekommen und (so mit) die Ersten (geworden) sind, nämlich die Auswanderer (aus Mekka) und die Helfer (aus Medina), und diejenigen, die ihnen auf ordentliche Weise (?) gefolgt sind, – an denen hat Gott (dereinst?) Wohlgefallen, und sie an ihm. Und er hat für sie Gärten bereit, in deren Niederungen (w. unter denen) Bäche fließen, und in denen sie ewig weilen werden. Das ist dann das große Glück.“

Die „Auswanderer (*muhāğirūn*)“ und „Helfer (*anşār*)“ werden von Pickthall im arabischen Original belassen:

“And the first to lead the way, of the Muhajirūn and the Anşār, and those who followed them in goodness – Allah is well pleased with them and they are well pleased with Him, and He hath made ready for them Gardens underneath which rivers flow, wherein they will abide forever. That is the supreme triumph.”

Im Islam wird dieses Ereignis als so bedeutender Wendepunkt angesehen, dass man den Islamischen Kalender mit dem „Jahr der Flucht/ des Exils“ (*sanat* oder *‘am al-hiğra*), beginnen lässt, wobei der Terminus im Koran nicht vorkommt. Wir glauben

nun zu wissen, dass die *Muhāğirūn* (angeblich von der Wurzel *hağara* „emigrieren, ins Exil gehen“) die *Emigranten* sind, die Muhammad auf seiner Flucht begleiteten. Die *Anşār* (angeblich von einer Wurzel *naşara* „helfen, unterstützen“) werden als „Helfer“ verstanden, die den Propheten und seine Gefährten in Medina willkommen hießen. Bisher ist diese Ansicht als unbestreitbare Tatsache angesehen worden. Diese Erzählung ist in mehrfacher Hinsicht problematisch. Zunächst einmal ist das Koranzitat bestenfalls vage. Zweitens, da der Koran nach allgemeiner Auffassung das erste auf Arabisch geschriebene Buch ist, fehlt uns die interne Vergleichsmöglichkeit für Schlüsselbegriffe. Hier kann zwar der Rückgriff auf verwandte Semitische Sprachen etwas helfen, doch beginnen gerade hier oft weitere Probleme. Keine der Wurzelbedeutungen kann durch andere Semitische Sprachen wie Akkadisch, Aramäisch, Altäthiopisch oder Hebräisch erhärtet werden. Die erste Wurzel (*hağara*) ist nur im Südsemitischen mit der Bedeutung „Stadt(-bewohner)“ belegt sowie im Hebräischen und Aramäischen als Name der Nebenfrau Abrahams, *Hagar*. Die zweite Wurzel (*naşara*) ist zwar in Semitischen Sprachen gut belegt, aber nicht mit der Bedeutung „helfen“. Dass solche doch alltägliche Wörter einzig und allein im Arabischen vorkommen sollen und dass die Bedeutung der Begriffe „Auswanderer“ und „Helfer“ nicht in anderen Semitischen Sprachen belegt sein sollen, muss unweigerlich unseren Verdacht bezüglich der Verlässlichkeit des traditionellen Berichts erregen.

Über das „Jahr der *Hiğra* (Flucht)“, mit dem die islamische Zeitrechnung beginnt, wissen wir von zeitgenössischen Belegen auf Arabisch, Syrisch, Griechisch und sogar Chinesisch. Die syrischen und griechischen Quellen berichten jedoch von einem „Jahr der *Araber*“. Weiter wissen wir, dass in spätantiken Literaturen als eines der vielen Synonyme für Araber die Form „Hagarener“ (neben z.B. „Ismaeliten“ und „Sarazenen“) gebraucht wurde, und dass es im Syrischen die Ableitung *mhaggrūyā* gibt, die auch im Griechischen als Lehnwort *magaraioi* übernommen wurde. Eine griechische Inschrift des Kalifen Mu‘āwiya aus Hammat Gader, auf klassische Art datiert, bezeichnet das Jahr der Siedlungsgründung, das byzantinische Steuerjahr (was darauf hin-

<sup>1</sup> Der vorliegende Artikel wurde erstmals in deutscher Sprache publiziert in: Markus Groß/Karl-Heinz Ohlig (Hg.), Die Entstehung einer Weltreligion III, Berlin 2014, 46-51 und auf Englisch in digitaler Form unter dem Titel „Arabs and the Hiğra“ auf folgender Website veröffentlicht: [http://www.tingisredux.com/article/islam\\_arabs\\_and\\_the\\_hiğra.html](http://www.tingisredux.com/article/islam_arabs_and_the_hiğra.html) Islam, 22. Februar 2013.

deutet, dass es noch eine Verbindung mit Konstantinopel gab, entweder fiktiv oder real) und das Jahr des lokalen Metropoliten. Zusätzlich zu all diesen Datierungen ist dann noch hinzugefügt: „Jahr 42 *kata 'Arabas*“, was – gestützt auf die anderen Datierungen – das Jahr 664 bezeichnen muss. Arabische Quellen, wie beispielsweise die Inschrift von Mu'awiya aus Tā'if (im heutigen Saudiarabien) sowie chinesische Quellen erwähnen hier lediglich eine Jahreszahl, ohne Nennung des Bezugssystems. Dabei ist zu bedenken, dass die Inschriften Mu'awiyas überhaupt keinen islamischen Inhalt haben, was selbst zusätzlich den traditionellen Bericht über die Frühzeit des Islam ernstlich in Frage stellt. Vergleicht man die bisher angeführten Belege, dann wird klar, dass der Begriff *Muhājirūn* nicht „Auswanderer“ oder „Flüchtlinge“ bezeichnet, sondern „Araber“.

Die *Anṣār* – also die angeblichen „Helfer“ – stellen uns vor ähnliche Probleme. Wie wir oben gesehen haben, kommt diese Bedeutung unter den Semitischen Sprachen nur im Arabischen vor. Zudem ist die homophone semitische Wurzel *n-ṣ-r* („schauen, betrachten, bewachen“) ausgerechnet im Arabischen in anderer Form, nämlich als *n-ṣ-r* belegt. Das interessanteste dabei ist die Tatsache, dass von der Wurzel *n-ṣ-r* im Arabischen (und anderen Semitischen Sprachen) spezifisch *christliches* Vokabular abgeleitet ist, wie z.B. *naṣrānīya* (Christentum) und *tanṣīr* (Christianisierung, Taufe).

Dieselbe Wurzel kommt auch im Ortsnamen „Nazareth“ vor (Arabisch: *an-nāṣīra*), d.h. in der Verbindung „Jesus von Nazareth“. Jeder, der sich wissenschaftlich mit den Evangelien auseinandersetzt, weiß, dass Jesus darin immer als Mann „aus Galiläa“, nicht aber „aus Nazareth“ dargestellt wird. Bibelfeste Leser mögen hier nun einwenden, dass auf der Holztafel, die Pilatus ans Kreuz anbringen ließ, geschrieben stand „Jesus von Nazareth, der Juden König“ (Joh 19, 19; nach Luther). Das Wort im Original lautet aber hier wie auch sonst: *ναζωραῖος* – *nazōraïos*, an einer weiteren Stelle (Lk 4, 36) im Vokativ „*ναζαρηε* – *nazarēne*“. Diese Begriffe sollte man aber eher als „Nazoräer“ bzw. „Nazarener“ übersetzen, denn sie sind keine Ableitungen des Ortsnamens Nazareth. Was „Nazarener“ bedeutet, ist heftig diskutiert worden, die

beste Antwort scheint man bei Jes 11, 1 zu finden, ein Vers aus dem Alten Testament, der oft an Weihnachten vorgelesen wird:

„Doch aus dem Baumstumpf Isais (hebr.: *Yišay*; in Weihnachtsliedern: *Jesse*), wächst ein Reis hervor, ein junger Trieb (*neṣer*) aus seinen Wurzeln bringt Frucht.“ (Einheitsübersetzung)

In jüdischen Kreisen kann dieser Vers auf eine lange Tradition messianischer Interpretation zurückblicken. *Neṣer* bedeutet hier „Zweig, Trieb“ und bezeichnet die Wurzel, aus der der davidische Messias hervorkommen wird. Nach diesem „Zweig, Trieb“ wurde die amerikanische Sekte „Branch Davidians“ benannt, die 1993 Aufsehen erregte, als während der Erstürmung ihrer Siedlung in Texas durch Bundesbehörden 82 ihrer Mitglieder zu Tode kamen.

Semitische Christen verwendeten Ableitungen dieser Wurzel als Bezeichnung ihrer Religion, wie wir aus den Schriften der Kirchenväter wissen, allen voran Eusebius, Hieronymus und vor allem Epiphanius, der in seiner Sammelbeschreibung der Häresien und Irrlehrer, dem *Panarion*, vermerkt, dass die *Nazarener* und eine Untergruppe, die *Ebioniten*, aus der Sicht griechischer Christen, letzten Endes Juden seien, die an Christus glaubten. Die Ebioniten gingen sogar so weit, an die Jungfrauengeburt zu glauben, wie dies auch der Islam tut. Was sie in den Augen der Griechen zu Häretikern machte, war eine andere Parallele zum Islam: das Einhalten jüdischer Rechtsvorschriften. Während das Paulinische Christentum die Norm im Bereich der griechischen Christen darstellte, hatten Semitische Christen seine Lehre größtenteils verworfen und betrachteten ihn als Häretiker. Im Gegenzug machte die Beachtung jüdischer ritueller Gebote die Nazarener und Ebioniten in den Augen griechisch-paulinischer Christen zu Ketzern, vgl. Gal 5, 3-4:

„Ich versichere noch einmal jedem, der sich beschneiden lässt: Er ist verpflichtet, das ganze Gesetz zu halten. Wenn ihr also durch das Gesetz gerecht werden wollt, dann habt ihr mit Christus nichts mehr zu tun; ihr seid aus der Gnade herausgefallen.“

Dann haben wir eine Gruppe von jüdisch-semitischen Christen, die Nazarener (und als Untersekte die Ebioniten, die genaue Unterscheidung ist schwammig), die bis zu einem gewissen Grade das jüdische Gesetz befolgten und an die Jungfrauengeburt glaubten. Gleichzeitig vertraten sie die Auffassung des *Psilanthropismus*, nach der Jesus „nur ein Mensch“ war, eine Lehre, die vom ersten ökumenischen Konzil von Nizäa im Jahre 325 verworfen wurde. Das Konzil verwarf ausdrücklich die Vorstellung, dass Jesus nicht vollständig göttlich sei und formulierte als klare Aussage zu seiner Göttlichkeit das Nizänische Glaubensbekenntnis. Dass im Islam eine alte vornizänische Christologie erhalten geblieben ist, ist keine neue Entdeckung. Heutzutage wird leicht vergessen, dass es in der Frühzeit des „Christentums“ eine ganze Bandbreite an verschiedenen Ansichten über die Natur Jesu gab: nach einigen hatte er *menschliche*, nach anderen *göttliche* Natur oder eine wie auch immer geartete Kombination von beiden. Vielfalt in der Lehre war die Regel vor und sogar nach der Festlegung dessen, was Christentum ist auf dem Konzil von Chalcedon im Jahre 451, worauf sich bis heute sowohl Katholiken als auch Protestanten berufen. Die Armenische Kirche dagegen, ebenso wie die Syrische, Koptische und Äthiopische Kirche – kollektiv auch Orientalische Orthodoxie genannt – lehnen nach wie vor die Beschlüsse des Konzils von Chalkedon, auf dem die Zwei-Naturen-Lehre offiziell angenommen wurde, ab. Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, dass in der Heimat des Christentums die meisten Gläubigen seine hellenistische Ausprägung ablehnten. Dortige Christen hingen entweder einer der nicht-chalcedonischen Kirchen an oder sind zum Islam konvertiert.

Ein interessanter Punkt bezüglich der „Häresie“ der Nazarener/Ebioniten ist die Tatsache, dass die Kirchenväter vermerken, dass deren Neues Testament nur aus einem einzigen, semitischen (wohl aramäischen) Evangelium bestanden habe, das dem des Matthäus ähnlich gewesen sei (wahrscheinlich eine Logiensammlung aus dem Matthäusevangelium). Dies würde der Auffassung des Koran (Sure 9, 111) entsprechen, der bezüglich früherer Offenbarungen immer nur von einem einzigen Evangelium spricht (*inǧīl*; letztendlich vom griechi-

schen *evangélion*). Dass der Koran das *Alte Testament* der Christen bzw. die *Hebräische Bibel* als Torah (*tawrat*) bezeichnet, ist nicht überraschend. Die Bezeichnung der „fünf Bücher Mose“ wurde und wird oft als *pars pro toto* für die gesamte Schrift verwendet. Der Begriff „Evangelium“ jedoch ist niemals verwendet worden, um das ganze Neue Testament zu bezeichnen (und das Arabische hat einen Plural des entsprechenden Wortes: *ānāǧīl*).

Zusammenfassend können wir also feststellen:

- 1) Wir wissen, dass die Wurzel *n-ṣ-r* im Arabischen als Grundlage der Bezeichnung christlicher Begriffe gut belegt ist.
- 2) Und es gilt als sicher, dass die angebliche Bedeutung „helfen“ durch nichts gestützt wird und
- 3) dass die *Anṣār* eine gut bekannte Gruppe früher semitischer Christen, der Nazarener (und Ebioniten) waren. Und schließlich
- 4) wissen wir, dass diese Gruppen nur *ein* Evangelium (*inǧīl*) besaßen.

Dass sie, zusammen mit den Arabern (*muhāǧirūn*) vermutlich „die ersten“ waren, „die den Weg wiesen“, lässt doch sehr an den Aussagen der traditionellen islamischen Geschichtsdarstellung zweifeln.

Wenn also, wie der Vergleich der vorgestellten Beweisstücke zeigt, mit den *Muhāǧirūn* „Araber“ gemeint sind und mit *Anṣār* Semitische Christen, die einige jüdische Gebote befolgten und die Göttlichkeit Jesu ablehnten, während sie den Glauben an die Jungfrauengeburt bewahrten, was soll dann der Ursprung des Islamischen Jahres (nach der „*hiǧra*“) bedeuten?

Zunächst einmal wissen wir, dass zu Ostern des Jahres 622 der Oströmische Kaiser Heraklius einen „Heiligen Krieg“ gegen die persischen Sassaniden begann. Angeblich geführt von einem Bildnis Christi, das auf wundersame Weise entstanden sei (*acheiropoietā*), d.h. also so, als ob Christus selbst sie anführte, hatte Heraklius es sich zum Ziel gesetzt, die an das Sassanidenreich verlorenen Gebiete in Syrien und Palästina zurückzuerobern und schließlich das Sassanidische Reich zu zerstören. All diese Ereignisse führten zur Bildung des Umayyadischen Kalifats, eines Byzantinisches Vasallenreiches, in dem die Araber – ursprünglich die Verbündeten der

Byzantiner – und nicht mehr die Oströmer selbst die Region beherrschten. Der Sieg des Heraklius im Jahre 622 markierte den Beginn einer Dynastie von *Arabern* – nicht jedoch von *Muslimen!* –, die einen großen Teil des Territoriums des früheren Oströmischen und Sassanidischen Reiches beherrschen sollten.

Der Begriff „Jahr der Araber (also der *mu-hāğir-ün*)“, den wir aus christlichen Quellen kennen, ist also keine alternative Bezeichnung für „das Jahr der *hiğra*“, sondern eine Übersetzung des ursprünglich arabischen Begriffes. Die angebliche *hiğra* von Mekka nach Medina, wie sie in den islamischen Quellen beschrieben ist, hat keine historische Basis.

\*\*\*

Markus Groß

## „Islamophob und rassistisch!“ –

### Ein Plädoyer für differenzierte Sprachverwendung

Tilman Nagel, emeritierter Professor für Arabistik und Islamwissenschaft in Göttingen und ehemaliger Teilnehmer der Deutschen Islamkonferenz hat in seinem kürzlich erschienenen Buch „Angst vor Allah? Auseinandersetzungen mit dem Islam“ (Berlin 2014) ein ganzes Kapitel dem Thema „Islamophobie“ gewidmet (S. 328 ff.). In der Einleitung zitiert er Beispiele der Verwendung des Begriffes, z.B. die Kritik von islamischer Seite, Islamophobie sei die „schlimmste Form des Terrorismus“. Auf S. 330 schreibt er dann:

„Der Begriff ‚Islamophobie‘, dessen Inhalt offenbleibt und der daher beliebig eingesetzt werden kann, ist vorzüglich geeignet, den Wortführern des Islams unangenehme Fragen zu ersparen. ... So wurde im Jahre 2008 vor dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen eine Diskussion über die in der Scharia dekretierte Minderrangigkeit der Frau unterbunden, da die Erörterung des Inhalts religiöser Bestimmungen einen

Mißbrauch der Meinungsfreiheit darstelle, der in einem solchen Fall auf Rassismus und ‚Islamophobie‘ – beides wird gern miteinander vermischt – hinauslaufe.“

Nagel, einer der kenntnisreichsten deutschen Orientalisten, dem man in Bezug auf den Islam bestimmt keine *Vorurteile* unterstellen kann, der in seinen *Urteilen* aber, anders als viele seiner teils euphorischen Zunftkollegen, stets Klartext redet und Konfliktpotentiale nicht beschönigt, hat hier ein vordergründig sprachliches Problem angesprochen, das aber in der Folge massive Auswirkungen auf die Meinungsfreiheit und den Pluralismus in der westlichen Welt hat.

Wer sich in der heutigen Zeit ein Bild über das moderne Verständnis alteingesessener Begriffe machen will, kann immer einiges in Wikipedia finden. Beim Suchbegriff „Islamophobie“ wird man auf einen weiteren Suchbegriff verwiesen: „Islamfeindlichkeit“, der folgendermaßen definiert wird: „Islamfeindlichkeit bezeichnet die Feindseligkeit gegenüber Muslimen sowie deren kategorische Abwertung und Benachteiligung. Daneben existieren die konkurrierenden Bezeichnungen und Konzepte Islamophobie und antimuslimischer Rassismus, die unterschiedliche Schwerpunkte und Wertungen bei der Betrachtung des Phänomens setzen. Umstritten ist, ob Islamfeindlichkeit als Form des Rassismus oder als eine nahe verwandte Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu betrachten sei.“ Eine weitere Seite widmet Wikipedia dem „Jahrbuch für Islamophobieforschung“, wobei ausschließlich wohlwollende Kommentare erwähnt werden: „Das Jahrbuch für Islamophobieforschung ist eine seit 2010 einmal jährlich erscheinende Publikation, die einem peer review-Verfahren unterzogen wird. Herausgeber ist Farid Hafez vom Institut für Orientalistik an der Universität Wien. ... Antisemitismus und Islamfeindlichkeit ist seit einigen Jahrzehnten Gegenstand wissenschaftlicher Analysen und Debatten.“

Man sieht in beiden Fällen ein Problem: Die Feindseligkeit gegen eine *Religion*, in diesem Falle eine Religion mit stark politischem Charakter, wird gleichgesetzt mit unbegründetem und damit ungerechtem Hass auf eine *Gruppe von Menschen*. Man stelle sich einmal vor, jemand kritisiert eine bestimmte Sekte, sagen wir Scientology oder die Moon-Sekte, weil bei beiden gefähr-



liche politische Ambitionen erkennbar sind. Würde man da ebenfalls von Rassismus und „Scientology-Phobie“ sprechen? Wohl kaum. Der Grund ist wohl in erster Linie, dass der Begriff bzw. Wortbildungsbestandteil „Phobie“ eine *rational unbegründete bzw. sich auf Vorurteile stützende Angst* bezeichnet, im Extremfall sogar ein Krankheitsbild (z.B. Klaustrophobie, Agoraphobie etc.)

Das Problem wollen wir am Beispiel eines anderen neuen Begriffes demonstrieren, der in diesem Zusammenhang ebenfalls oft zu hören ist: Homophobie. In meiner Kindheit (ich bin Jahrgang 1962) wurde selten in einem offenen Gespräch, etwa bei einer Familienfeier über das Thema Homosexualität gesprochen. Homosexuelle Männer wurden meist als „175er“ bezeichnet, was auf den §175 des Strafgesetzbuches anspielte, der homosexuelle Handlungen unter Strafe stellte. Das Wort „schwul“ war damals ein Schimpfwort, eine neutrale, nicht-wissenschaftliche Bezeichnung gab es nicht, ebenso wenig wie es „bekennende“ Schwule gab. Wenn es also damals in der Bevölkerung Ängste gab, mit Schwulen alleine in einem Raum zu sein, so war dies in erster Linie auf Unkenntnis zurückzuführen. In dem Moment, als Prominente, allen voran ein Sympathieträger wie Alfred Bielik, sich als schwul outeten bzw. *geoutet* wurden (auch dies ein moderner Begriff, den es vorher nicht gab), verschwanden die Vorurteile relativ schnell. Für das damalige Verhalten des Durchschnittsbürgers wäre der Begriff „*Homophobie*“ durchaus angemessen gewesen, wenn es ihn damals gegeben hätte.

Wenn heute aber ein Café für Schwule und Lesben von Neonazis oder islamischen Fundamentalisten (eine nicht seltene unheilige Allianz) gestürmt und diese verprügelt werden, so hat dies nichts mit *Homophobie* zu tun, d.h. es geht nicht um latente, unbegründete Ängste, sondern um blanken Hass einer gut sichtbaren Bevölkerungsgruppe, obwohl es für diesen Hass keinen Grund gibt. Hier wäre der Begriff „Schwulen- (und in geringerem Maße Lesben-) *feindlichkeit*“ der passendere.

Wie passt das zur Islamophobie? Eigentlich gar nicht! Denn Homosexualität ist für einen Erwachsenen ein Wesenszug (inwiefern angeboren oder in Kindheit und Jugend umweltbedingt erworben ist dabei unerheblich), der nicht einfach abgelegt wer-

den kann. Die Zugehörigkeit zu einer Religion kann dagegen leicht (wenn auch nicht folgenlos) geändert werden. Zudem richtet sich Schwulenfeindlichkeit gegen die Menschen, dagegen kann man sehr wohl viele *Muslime* sympathisch finden, aber die *Religion* Islam oder zumindest seine politischen Aspekte absolut nicht mögen. Und schließlich kann man wohl kaum behaupten, dass es keine rationalen Begründungen für Angst und Feindseligkeit gegen diese Religion gäbe. Zwar wird bei allen Konflikten mit Islambezug, bei den Boko Haram in Nigeria, den al-Shabab-Milizen in Somalia, den Taliban in Afghanistan, der Nusra-Front in Syrien und schließlich dem IS immer wieder gebetsmühlenartig behauptet, das alles habe „nichts mit dem Islam“ zu tun, die Religion werde „politisch missbraucht“ usw. Aber allein schon die Tatsache, dass die Verbrechen dieser Organisationen – Steinigung angeblicher Ehebrecherinnen, Einführung der Vollverschleierung, Hinrichtung von Abtrünnigen etc. – in allen islamischen Staaten der letzten anderthalb Jahrtausende, auch den mit uns verbündeten aktuellen wie Saudi-Arabien, immer zum normalen Leben gehört haben, dann wird schnell klar, dass alle diese Organisationen sehr viel mit der Religion zu tun haben, mit der sie ihre Taten begründen. Hier von einer Phobie zu sprechen wäre in etwa so sinnvoll wie wenn man von einer NPD-Phobie spräche, wenn ein neues Verbotverfahren diskutiert wird.

Doch nun zu dem zweiten, oft damit im Zusammenhang gesehenen Begriff: Rassismus. In Wikipedia finden wir folgende Definition: „Rassismus ist eine Ideologie, die ‚Rasse‘ in der biologistischen Bedeutung als grundsätzlichen bestimmenden Faktor menschlicher Fähigkeiten und Eigenschaften deutet.“ Soweit korrekt, doch passt diese Definition absolut nicht auf die Haltung einer Religion gegenüber, die als Abstraktum auch eine gewisse Existenz hätte, wenn alle Anhänger sie bereits verlassen haben (man könnte sie z.B. wiederbeleben).

Um den Unterschied zwischen Feindseligkeit gegen eine Religion (oder wahlweise eine Ideologie) und gegen eine Gruppe von Menschen aufzuzeigen, betrachten wir einige Zitate aus einer Zeit, die wohl unzweifelhaft von einer menschenverachtenden Ideologie geprägt waren, dem Nationalsozialismus. Sie stammen bewusst nicht aus

einer Hetzschrift, sondern aus der einbändigen Enzyklopädie „Volksbrockhaus“ (1938, 792 Seiten): Zum Stichwort Juden (S. 325) lesen wir folgendes: „Die Juden bilden ein Rassengemisch, ... . Auf diesen rassistischen Grundlagen beruht der jüdische Charakter, dessen negative Wesenszüge sich in Händlergeist, Intellektualismus, Macht- und Geldstreben, Eitelkeit und Empfindlichkeit äußern.“ Weiter unten in dem vergleichsweise sehr langen Artikel geht es weiter: „Die blutsmäßige Vermischung führte zu ernsthaften Störungen der lebensgesetzlichen Grundlagen namentlich in den führenden Schichten des deutschen Volkes. (...) Männer wie Stoecker, Georg von Schönerer, Th. Fritsch traten als Vorkämpfer des **Antisemitismus** (im Orig. fett) diesen Gefahren mutig entgegen.“ Man stelle sich einmal vor, etwas Ähnliches würde heute über irgendeine Bevölkerungsgruppe in unserem Land veröffentlicht und man würde den dahinter stehenden (Un)geist beschreiben wollen. „Rassismus“ wäre wohl der einzige dabei zutreffende Begriff. Wie aber, wenn dieser Begriff schon „verbraten“ wurde zur Beschreibung von Leuten, die eine Religion kritisieren, in deren Namen jeden Tag unsägliche Verbrechen verübt werden.

Um den Unterschied nochmals klar zu machen: In diesem Nazi-Text werden Juden als *Rasse* definiert, aus fadenscheinig begründeten *rassistischen* Gründen gehasst und die dazu führende Haltung als *positive* Einstellung gelobt, und das in einem für den einfachen Mann konzipierten Konversationslexikon. Einem Juden laut Nazidefinition hätte und hat es nichts genutzt, aus seiner Religion auszutreten, sonst wäre Edith Stein nicht ermordet worden. Der Antisemitismus früherer Zeiten, z.B. bei Luther, dagegen war ausschließlich religiös.

Zudem, wenn jemand die negative Meinung über eine Religion als gleichbedeutend mit Rassismus ansieht, dann gibt es nichts Rassistischeres als den Islam. Denn während beispielsweise im 2. Vatikanischen Konzil auch anderen Religionen – nicht nur den monotheistischen, sondern auch dem Buddhismus gegenüber „Hochachtung“ (nicht nur Duldung!) bekundet wurde, gibt es für einen gläubigen Moslem kein größeres Verbrechen als Vielgötterei (*shirk*), vielleicht noch den Abfall vom Glauben (auch Abfall von anderen monotheistischen Religionen). Hinduisten und Atheisten werden also si-

cherlich nicht nur nicht als gleichwertige Menschen geachtet und hätten in einem islamischen Staat um ihr Leben zu fürchten. Dies soll nun aber nicht heißen, dass Muslime (die Menschen, nicht die Religion) nicht auch Ungerechtigkeiten ausgesetzt sind. Wenn ein türkischstämmiger Student trotz guter Noten und höflichen Benehmens (wie einige meiner Studenten) eine Praktikantenstelle nur deshalb nicht bekommt, weil er Ahmed oder Mehmet heißt, so ist dies ein klarer Fall – nicht von Rassismus, Namen kann man ändern – sondern von *Diskriminierung*. Wenn der Student Afrikaner ist, vielleicht ebenfalls Ahmed heißt, das Praktikum aber wegen seiner Hautfarbe nicht bekommt, wäre es *Rassismus*. Wenn er die Stelle nicht bekommt, weil er sich klar als schwul outet, wäre es *Homophobie* (falls der Arbeitgeber noch nie mit Schwulen zu tun hatte) oder ebenfalls *Diskriminierung*.

Wenn er aber zum Vorstellungsgespräch mit langem Bart und in Salafistenkleidung auftaucht und fragt, ob es einen Gebetsraum im Gebäude gibt, so liegt keiner dieser Fälle vor. Es gibt gute Gründe für einen Arbeitgeber, so jemand nicht einzustellen, wie es auch gute Gründe gibt, jemand mit einer Hakenkreuztätowierung abzulehnen. Beispiele für die Neudefinition von Begriffen zwecks Bekämpfung des politischen Gegners finden wir jedoch zu allen Zeiten. In den 60er Jahren wurde die Bundesrepublik von linken Studenten fast schon standardmäßig als *faschist-oid* bezeichnet, ihre konservativen Gegner sprachen einige Jahre später während des Schleyer-Entführung durch die RAF und den verschärften Sicherheitsmaßnahmen von *bürgerkriegsähnlichen* Zuständen, in den Folgejahren wurden geradezu lächerliche Streitigkeiten um Fangquoten in der Fischerei als *Kabeljau-Krieg* bezeichnet und in einem Falle hat jemand auch die Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer als *Folter* bezeichnet. Das Problem ist nicht nur, dass Bewohner eines wirklich *faschistischen* Staates, aktuell Flüchtlinge aus *Bürgerkriegsländern* wie Syrien und wirkliche *Folteropfer* sich hier beleidigt fühlen könnten, sondern auch, dass zur Beschreibung ihrer unerträglichen Erfahrungen das dazu nötige Vokabular abhanden gekommen ist. Der Begriff „Islamophobie“ ist leider mittlerweile ebenso ein Kampfbegriff geworden, mit dem unangenehme, aber dringend nö-

tige Diskussionen abgewürgt und Menschen mit kritischer Einstellung zu den ideologischen Aspekten des Islam als eine Art unmoralische Hetzer (oder auch wörtlich als „Hassprediger“ wie kürzlich der Kabarettist Dieter Nuhr) diffamiert werden. Dies ist weder gerecht, noch langfristig im Interesse der hier lebenden Muslime, schon gar nicht im Interesse unseres Gemeinwesens.

In diesem Sinne soll dieser Beitrag verstanden werden nicht nur als Plädoyer für eine kritische Auseinandersetzung mit der *Religion Islam*, bei gleichzeitig respektvollem und freundlichem Umgang mit Menschen, die – oft nur durch Gruppenzwang und meist ohne tiefere Kenntnisse – sich zu dieser Religion bekennen, sondern auch für einen differenzierten und sorgsamen Umgang mit Begriffen.

\*\*\*

## Diskussion in Luxemburg um die Abschaffung des Religionsunterrichts

*Luxemburg ist landschaftlich eine Augenweide und auch kulturell, wirtschaftlich und finanziell hat sich das Großherzogtum weiß Gott noch nie verstecken müssen. Aber Luxemburg hat Probleme mit seiner „nationalen“ Identität. Der Großteil der Bevölkerung ist deutschsprachig und spricht eine „moselfränkische hochdeutsche Mundart“ (Wikipedia), das Lëtzebuergesch. 70 Prozent geben dies als ihre Muttersprache an, gleichzeitig aber wird Französisch von vielen gesprochen und gewinnt zunehmend an Bedeutung. War es nicht vielleicht doch von Nachteil, dass Luxemburg von 1984 an den eigenen Dialekt – neben dem Französischen und dem (Hoch-)Deutschen – zur Schrift- und Nationalsprache erhob (obwohl ein Luxemburger, der deutsche Kaiser Karl IV., am Anfang der Geschichte des Hochdeutschen stand)?*

*Luxemburg hatte zu Jahresbeginn 562.958 Einwohner, mit einem (immer noch steigenden) Ausländeranteil von 45,9 Prozent. Die sprachliche Vielfalt kompliziert nicht nur das Schulwesen, sondern auch die Gemeinsamkeit in der Bevölkerung. Zur „Identität“ gehörte bisher wohl auch, dass*

*die Bevölkerung mehrheitlich katholisch ist (beinahe 70 Prozent). Daneben gibt es evangelische Christen sowie einen großen Anteil Konfessionsloser (rund 25 Prozent). Die katholische Prägung wird auch durch die starke Einwanderung nicht beeinträchtigt: den größten Anteil an ihr haben, seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts ohnehin die Portugiesen. Hinzu kommen Italiener (die größte Einwanderung nach den zwei letzten Weltkriegen), Belgier, Franzosen und (vor allem saarländische) Deutsche.*

*Konsequent gab es bisher an den Schulen einen katholischen Religionsunterricht, daneben wurde als Alternative auch ein konfessionsfreier Ethikunterricht angeboten, der von einer relativ starken Minderheit (ca. 30% in der Grundschule u. ca. 40% in den technischen u. klassischen Gymnasien) gewählt wurde. Beide Fächer will die neue Regierung, unter Ministerpräsident Bettel und Erziehungsminister Meisch, abschaffen und durch einen für alle verpflichtenden Ethik-/Religionskundlichen Unterricht ersetzen. Nachdem das Erziehungsministerium lange von einem „neutralen Werteunterricht“ sprach, soll das neue Fach nun „Leben und Gesellschaft“ heißen und ab September 2016 in allen Schulen Luxemburgs im Lehrplan die beiden Fächer Religions- und Ethikunterricht ersetzen. Der Bischof hat zugestimmt. Im Folgenden dokumentieren wir die gegenwärtigen Diskussionen in Luxemburg und veröffentlichen den Beitrag eines betroffenen Luxemburger Religionslehrers, der sich sehr engagiert für die Beibehaltung des Religionsunterrichts ausspricht, sowie eine weitere Stellungnahme, die eine reserviert-zustimmende Position einnimmt.*

\*\*\*\*\*

Claude Pantaleoni

## In Luxemburg wird der katholische Religionsunterricht abgeschafft

Wie der Luxemburger Erzbischof dessen Ende in der Bildung beschließt

Die katholische Kirche Luxemburgs hat am 26. Januar 2015, zusammen mit anderen Religionsgemeinschaften, mit den Vertretern der Regierung eine neue Konvention ausgehandelt, in der die Abschaffung des Religionsunterrichtes beschlossen wurde. Der Erzbischof Jean-Claude Hollerich hat den neuen Text, der das Verhältnis der römisch-katholischen Kirche zum Staat neu regelt, unterschrieben und damit einen jahrzehntelangen Dienst an der Bildung der Kinder und Jugendlichen aufgegeben. Dieser war eine geistige Frucht des Zweiten Vatikanischen Konzils.

Damit hat, in der neueren Geschichte Europas, zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg ein Bistum einen von der Mehrheit der Jugendlichen gewählten Religionsunterricht aufgegeben.

Wie ist dies möglich gewesen?

Als ich diese Frage kürzlich einem Priester stellte, wies er auf die Nacht hin, in der Jesus sowohl vom Hohen Rat der jüdischen Priester wie von den Vertretern der römischen und der jüdischen Staatsmacht zum Tode verurteilt wurde. Obwohl ihm keine konkrete Missetat nachgewiesen werden konnte, musste die Verurteilung schnell über die Bühne gehen. So ähnlich ist, dem Priester zufolge, wenn nicht in einer Nacht, so doch in einer Woche, den Religionslehrern und -lehrerinnen, in der Grundschule («Fondamental») und in den weiterführenden Schulen ihre Kompetenz und Wirken gekündigt wurde. Ihr Beitrag zur Bildung und Humanisierung der Schüler in Sachen Glauben und Wissen soll in Zukunft nicht mehr möglich sein. Übergeordnete religionspolitische Interessen haben den Verlauf der Geschichte anders bestimmen wollen. Aber warum diese Eile, und wieso hätte nicht ein Kompromiss gefunden werden können, wenn seit gut vierzig Jahren der Religionsunterricht von den Vertretern des Staates und den Vertretern des Bistums neben dem konfessionsfreien Ethikunterricht bestehen konnte? Dabei fehlen von staatlicher Seite bis heute die inhaltlichen Argumente für dessen Abschaffung. Von kirchlicher Seite ging es wohl um den damit erreichten Verzicht auf eine Thematisierung des Verhältnisses von Staat und Kirche in einer geplanten Volksbefragung. Die Regierungsvertreter und die Vertreter des Erzbistums haben befunden, dass in Luxemburg die Religion zur Privatsache werden soll.

In diesem Artikel soll vor allem die Rolle und die Verantwortung der Vertreter des Bistums hinterfragt werden. Der Religionsunterricht, wie er seit einem Vierteljahrhundert unter der Mitwirkung der staatlichen Instanzen in Luxemburg in den öffentlichen Schulen Eingang gefunden hatte (wobei noch mindestens fünfzehn Jahre lang vorausgehende Überlegungen und ein reger Erfahrungsaustausch stattgefunden hatten), ist der Versuch gewesen, das Angebot der christlichen Botschaft und deren Werte, in ihrer Beziehung zum Leben und zur gelebten Geschichte zu vermitteln und/oder zur Diskussion zu stellen. Auf dem Hintergrund der christlichen Vergangenheit Luxemburgs, die in vielen Familien heute noch einen Sitz im Leben findet (bei den meisten portugiesischen Familien ist dies ebenfalls der Fall), sollte in und durch die (schulische) Bildung im Religionsunterricht dieser Zusammenhang erhalten bleiben.

In Luxemburg hat im 19. und 20. Jahrhundert der Kulturkampf zwischen Vertretern der Kirche und Laizisten stattgefunden. Erst nach den achtundsechziger Jahren einigte man sich in den Schulen auf eine Kompromissformel, was den Religionsunterricht und den Ethikunterricht anbelangte. Damit sollte Schülern und Eltern die Freiheit der Wahl zwischen Religionsunterricht und Ethikunterricht (und bis vor gut fünfzehn Jahren auch mit der Freistellung von beiden) gegeben werden. Damals waren sich die laizistischen Kreise und Parteien sicher, dass der Religionsunterricht von selbst verschwinden würde. Die Schüler würden ihn nicht mehr wählen, da er als lebensfeindlich, überlebt und sinnlos angesehen wurde. Aber die laizistische Prophezeiung hat sich nicht bewahrheitet. Die demokratische Wahl der Eltern und Schüler für das eine oder andere dieser Fächer haben dazu geführt, dass 2015, im Jahr seiner Abschaffung, 58% der Schüler in allen öffentlichen Schulen Luxemburgs diesen Religionsunterricht gewählt haben. Die Prophezeiung der Laizisten traf nicht ein. Darum musste von ihnen ein anderer Weg gefunden werden, um den Religionsunterricht loszuwerden. Dieser Weg konnte nur ein undemokratischer sein, da es demokratisch nicht möglich war. Dies musste im Interesse und mit dem Einverständnis der offiziellen Vertreter des Staates und der Kirche geschehen.

Die Kündigung der bisherigen Konvention zwischen Staat und katholischer Kirche ist für die laizistische Regierung die Gelegenheit gewesen, eine neue Konvention hinter verschlossenen Türen zu schließen. Kein Vertreter der Religionslehrer durfte an den Sitzungen teilnehmen und wissen, was lief. Die Unterschrift der beiden Seiten soll belegen, dass sowohl Kirche wie Staat mit dem Resultat einverstanden sind.

Wer sind nun diese Vertreter auf Seiten des Staates und auf Seiten der Kirche, die dies auf undemokratische Weise und in einer quasi "Nacht- und Nebelaktion" und unter Ausschluss des (Kirchen)volks geschafft haben?

Auf Seiten der drei Regierungsparteien haben wir es mit einem nicht-religiösen Weltbild zu tun, das in der Bildung das allein bestimmende sein soll. Das heißt dann auch, dass die Religion eine reine Privatsache ist; dies legitimiert ihre Verdrängung aus der Öffentlichkeit und ihren Ausschluss von staatlicher Unterstützung. Zu diesem Weltbild gehört auch, dass es außer materieller Wirklichkeit nichts gibt. Da die Religion behauptet, primär eine Angelegenheit des Geistes und der Seele zu sein, gehört sie nicht in dieses Wirklichkeitsverständnis.

Interessant ist zu bemerken, dass zur Zeit der Unterschrift der neuen Konvention Umfragen unter der Bevölkerung aufzeigten, dass die regierenden Parteien sicher keine demokratische Mehrheit der Wähler hinter sich hatten. Auch musste das Referendum zu der Frage, ob der Staat die Religionsgemeinschaften weiter unterstützen soll, verschwinden, denn vielleicht hätte eine knappe Mehrheit der Bevölkerung sich für die weitere Unterstützung der Kirchen und Religionsgemeinschaften ausgesprochen. Viele Luxemburger, auch wenn sie nur entfernt gläubig sind, betrachten die katholische Kirche durchaus als zugehörig zur Luxemburger Kultur, die natürlich erhalten bleiben soll. Eine Abschaffung der Sichtbarkeit dieser Kirche bedeutet für viele auch das Verschwinden eines Teiles der Luxemburger Kultur.

Auf der Seite der katholischen Kirche haben wir es mit einer erst in den letzten Jahren eingesetzten Leitung zu tun: mit dem Erzbischof Jean-Claude Hollerich, dem Generalvikar Erny Gillen und den Bischöfsvikar für Bildung und Forschungsarbeiten Jean Ehret, der auch Regens des Priester-

seminars und des Centre Jean XXIII ist. Alle drei sind nicht in einem demokratischen Wahlprozess vom Kirchenvolk bestimmt worden, und da sie nie Religionslehrer in öffentlichen Schulen Luxemburgs gewesen sind, ist ihnen die Realität der Religionslehrer und der Schüler und Eltern weitgehend fremd. Hinzu kommt, dass Luxemburg vor ein paar Jahren einen Erzbischof bekam, der mehr als zwanzig Jahre außer Landes war und somit die hiesige Realität, in vielen Bereichen, nur ungenügend kennt. Dies trifft sicher zu, was den Religionsunterricht anbelangt, denn kein Bischof berücksichtigt gerade den Teil seines theologisch und religionspädagogisch gebildeten Kirchenvolkes nicht, der die Vermittlung des religiösen Wissens sichert. Die Tatsache, dass Dutzende Religionslehrer und -lehrerinnen ein gutes Vierteljahrhundert am Programm und an der Umsetzung eines modernen Religionsunterrichtes mitgearbeitet haben, ist für die Kirchenvertreter und Unterzeichner nicht wichtig gewesen. Alles soll aufhören und übergeordneten Interessen weichen; auch scheint es nicht nötig zu sein, dem Kirchenvolk ein neues Konzept der religiösen Bildung anzubieten, ebenso wenig zu sagen, wer das Boot eigentlich steuert und wohin die Fahrt jetzt gehen soll.

Kein Vertreter der Religionslehrer durfte bei den Verhandlungen und den Schlussdiskussionen anwesend sein. Eine pastoral-theologisch verheerende Situation; und es rächt sich ein technokratisches und gegenüber den eigenen Gemeinden distanzierendes Vorgehen.

Heute gibt es an allen Schulen Luxemburgs, sowohl in der Grundschule («Fondamental») und in allen weiterführenden Schulen gut ausgebildete ReligionslehrerInnen, die die staatlichen Kriterien für den Unterricht an den Schulen erfüllen. Mit diesem Potenzial müsste und könnte das Bestehende weiter verbessert werden; denn damit wäre das Kirchenvolk einverstanden gewesen und hätte sich dazu bereit erklärt, mit der Regierung zu streiten und öffentlich zu protestieren. Der Marsch von "Fir de Choix" („für die Wahlfreiheit“), der nach Ostern 2014 in der Hauptstadt Luxemburg stattfand, hat dies gezeigt.

Stattdessen haben die drei Bistumsvertreter Hollerich, Gillen und Ehret sich ausschließlich von finanziellen Engpässen leiten lassen und nicht von pastoralen Über-

legungen und vom Geist des Zweiten Vatikanums. Auch hätte unbedingt verlangt werden müssen, dass mehr Zeit für eine Meinungsbildung eingeräumt wird und die betroffenen Menschen vor Ort eingebunden werden. Aber das durfte nicht sein, denn dann wäre der Religionsunterricht in Luxemburg wahrscheinlich nicht „gestorben“. Mir ist bis heute noch kein Religionslehrer begegnet, der mit der neuen Konvention zufrieden ist und sich über deren Beschlüsse freut.

Der Erzbischof Jean-Claude Hollerich, der Generalvikar Erny Gillen und der Bischofsvikar und Seminarregens Jean Ehret werden allerdings nicht müde zu erklären, dass sie, in der gegebenen schwierigen Situation, das Beste herausgeschlagen haben. Ihre Reden überzeugen vielleicht Nichteingeweihte. Die Frage ist nämlich, für wen das gut sein soll, wenn die betroffenen Religionslehrer, die meisten Schüler und deren Eltern unzufrieden sind und sich betrogen fühlen. Und es ist weit und breit kein realistisches pastoraltheologisches Konzept für die zukünftige kirchliche Bildung in Sicht. Oder wollten die Bistumsvertreter gar das Ziel der laizistischen Regierung teilen, das jetzt neben den leeren Kirchenbänken die leeren Schulbänke des Religionsunterrichtes vorzeigt?

Die Katholiken erleben jetzt, in vollem Umfang, wie in Luxemburg das Zweite Vatikanische Konzil in der (schulischen) Bildung außer Kraft gesetzt wird. Der Religionsunterricht ist ganz klar ein Resultat oder eine Frucht jenes Konzils, in dem die Katholiken aufgerufen wurden, an der Verbesserung der Welt, natürlich auch in der Bildung, mitzuwirken. In seinen Beschlüssen zeigt dieses Konzil, dass Religion den Menschen, in unserem Falle vor allem den Kindern und Jugendlichen dienen soll. Dabei soll eine Dialogkultur innerhalb der eigenen Kirche und mit den anderen Religionsgemeinschaften angestrebt werden. Der Religionsunterricht dient diesem Ziel.

Mit der neuen Konvention ist die katholische Kirche in den öffentlichen Schulen nicht mehr präsent. Und es hilft nicht, wenn die Vertreter des Bistums sagen, es sei nicht anders möglich gewesen. Kein intellektuell redlicher Mensch oder Gläubiger glaubt dies.

Der Erzbischof und seine Mitarbeiter haben sich weder die nötige Zeit genommen, noch haben sie sich mit den Betroffenen in einen

Findungsprozess begeben, der eine Verbesserung der jetzigen Situation anstrebt. Damit widersprechen sie dem Geist des Zweiten Vatikanischen Konzils, das die Christen auffordert, im Sinne des gemeinsamen Priestertums zu handeln.

Knapp einen Monat nach der Unterschrift gibt die Geschichte der letzten Wochen und Tage den Vertretern des Bistums jetzt schon nicht recht. Wie konnten sie den Religionsunterricht, ihre einzige Bildungsmöglichkeit beim Kirchenvolk, abschaffen? Und dies ohne zu wissen, wie es weitergehen soll! Und wie sind alle ausgebildeten Theologen und Theologinnen, Religionspädagogen und -pädagoginnen jetzt einzubinden? Außer Rechtfertigungsversuchen, klugen Ausreden und Sprüchen sowie vagen Zukunftsvisionen ist im Moment nichts zu hören und zu sehen.

Sollte der Erzbischof jetzt oder demnächst wirklich eine Synode einberufen wollen, um zu erfahren, wie er seine versprengte Herde wieder einholen kann, wird er vielleicht das Resultat seines schnell abgefertigten Entschlusses zu spüren bekommen. Theologisch muss noch dazu gesagt werden, dass nicht alles Gottes Wille ist, was Menschen beschließen, seien dies Bischöfe oder sonstige Hirten.

Es gibt nämlich einen enormen Vertrauensverlust sowohl bei einem Großteil der Theologen und Theologinnen wie beim Kirchenvolk. Der Erzbischof hatte sich noch am 11. März 2014 auf einer Tagung im Centre Jean XXIII über den Wert des Religionsunterrichtes an den Schulen klar für die Beibehaltung des Religionsunterrichts in den Schulen Luxemburgs ausgesprochen. Dessen Existenz sei mit dem Staat nicht verhandelbar. Jetzt haben wir erfahren, dass er nicht nur verhandelbar war, sondern auch seine Abschaffung vom selben Erzbischof unterschrieben wurde. Wie will er jetzt noch Vertrauen finden?

Der Hauptakteur bei der Ausarbeitung der neuen Konvention, der Generalvikar Erny Gillen, hat dies verstanden und es vorgezogen, am 18. Februar 2015 sein Amt als Generalvikar aufzugeben. Wie kann aber nun das Kirchenvolk verstehen, dass Herr Gillen nicht die pastoralen Folgen seines Handelns mitträgt und sich nicht am Aufbau neuer Modelle in der Katechese und in der Bildung beteiligt? Will Herr Gillen hiermit zeigen, dass der Manager-Priester,

den er versucht zu verkörpern, nichts mit den Folgen seiner Handlung zu tun hat? Es bleibt schließlich die Kernfrage: Wie viel Vertrauen können diese Hirten von ihren Gläubigen noch verlangen?

*Claude Pantaleoni ist Religionslehrer im LGE (Lycée des garçons) in Esch-sur-Alzette*

\* \* \* \* \*

Norbert Campagna

## Moral und Religion als Lernfächer an luxemburgischen Schulen

### Einleitung

Eine Polemik geht um in Luxemburg. Sie dreht sich um die Einführung eines einheitlichen Werteunterrichts, der den katholischen Religionsunterricht und die Moral- und Sozialbildung ersetzen und, hegelianisch gesprochen, „aufheben“ soll. Doch gerade bei dieser aufhebenden Synthese von These und Antithese liegt der Stein des Anstoßes, auf dem sich schwerlich ein zufriedenstellender Unterricht wird aufbauen lassen, solange ideologische Scheuklappen die Blicke einengen werden.

### Ein wenig Geschichte

Am Anfang war der Religionsunterricht – *Doctrine chrétienne* heißt er noch in meinen Zensuren der Grundschule. Ende der sechziger Jahre wurde entschieden, einen konkurrierenden Parallelkurs einzuführen, einen „Laienmoralkurs“ (*Morale laïque*). Die Schüler konnten sich allerdings von beiden Kursen dispensieren lassen, und hatten somit zwei Stunden weniger Unterricht. Ende der achtziger Jahre wurde der Laienmoralkurs dann umgetauft, und es entstand die „Formation morale et sociale“. Sie stand der „Instruction religieuse et morale“ gegenüber. Die Dispensmöglichkeit bestand zwar noch immer, aber die Bedingungen wurden verschärft: wer sich dispensieren lassen wollte, musste bekunden, einer Religionsgemeinschaft anzugehören, die keine religiösen Kurse im Rahmen der öffentlichen Schule anbot. Wer ehrlich war und auf seinen Zettel schrieb, er sei Atheist

oder Buddhist, musste mit einer Dispensweigerung rechnen. Und wer als getaufter Katholik log, erhielt den Dispens. Ich war Anfang der 90er Jahre Mitglied des Entscheidungsgremiums und erlebte das zum Teil absurde Geschehen hautnah mit. Erloöst wurde ich mit der Abschaffung der Dispensmöglichkeit. Fortan musste man sich für einen der beiden Kurse entscheiden, wobei der Atheist im Religionsunterricht und der Katholik im Moralunterricht geduldet wurden. Jeder konnte dorthin gehen, wo er wollte – meistens dort wo er glaubte, am wenigsten arbeiten zu müssen (ein nicht immer seligmachender Glaube). Alles hätte so weitergehen können, bloß dass sich nach den Wahlen von 2009 innerhalb der CSV-LSAP Regierung der Wille offenbarte, etwas zu ändern. Ein *think-tank* wurde eingesetzt, der aber wenig produktiv war. 2013 kam es dann zu vorgezogenen Neuwahlen und eine DP-LSAP-Déi Gréng, also eine, zumindest dem Namen nach, liberal-sozial-demokratisch-grüne Regierung wurde, wie schon vor den Wahlen ausgemacht, gebildet. Da man bestimmte Wahlversprechen leichter einhalten konnte als andere, legte man vorerst das Gewicht auf den „kulturkämpferischen“ Teil der Wahlprogramme. Die Trennung von Kirche und Staat war ein Punkt, und mit ihm einhergehend die Abschaffung des klassischen Religionsunterrichts. Und da war die Frage natürlich, wodurch er ersetzt werden sollte. Die Antwort lag parat: durch einen neutralen Werteunterricht. Und da man in Luxemburg meint, im Ausland sei immer alles besser, inspirierte man sich am schweizerischen Lehrplan 21, und man holte auch gleich einen Schweizer Bildungsexperten mit an Bord, der anlässlich einer öffentlichen Konferenz u.a. sagte, den Franzosen ginge es so schlecht, weil sie keinen Religionsunterricht hätten.

Aussagen dieser Art sind natürlich nicht geeignet, die Sympathie der Morallehrer zu gewinnen. Diese kommen, zusammen mit den Religionslehrern, in Frage, um den neuen Kurs – der „Leben und Gesellschaft“ heißen soll – zu halten. Und da wären wir bei der eingangs erwähnten Polemik. Auf der einen Seite haben wir die Initiative „Fier de Choix“, die *mordicus* („mörderisch“ = *auf Biegen und Brechen*) daran festhält, den klassischen Religionsunterricht wieder einzuführen, um somit gläubi-

gen Eltern die Möglichkeit zu lassen, ihr Kind in einen Religionsunterricht zu schicken. Aus Gerechtigkeitsgründen sollte dies aber nicht nur für katholische Eltern gelten, sondern auch für Eltern, die einer der anderen staatlich anerkannten religiösen Gemeinschaften angehören, so dass man dann mehrere Religionsunterrichte parallel laufen hätte. Auf der anderen Seite sind die sogenannten laizistischen Organisationen, die sich zu einem Bündnis zusammengeschlossen haben, dem sich auch die Vereinigung der Morallehrer (ALPE) angeschlossen hat. Dieses Bündnis befürchtet, dass das neue Fach zu einem Ersatz für den klassischen Religionsunterricht wird, so dass die Regierung, wie manchmal zu hören ist, nicht den Religionsunterricht, sondern den Moralunterricht abgeschafft hätte. Problematisch ist dabei auch die Tatsache, dass ein *Conseil des Cultes*, der aus den vom Staat subventionierten Religionsgemeinschaften besteht, eine Kontrollfunktion über den neu zu schaffenden Kurs ausüben soll. Hier wird m.E. ein ganz gefährlicher Präzedenzfall geschaffen, dem man sich mit aller Entschiedenheit widersetzen sollte.

### Eine Frage von Werten

Bei der ganzen Polemik steht u.a. die Frage nach den zu vermittelnden Werten im Mittelpunkt, wobei oft gesagt wird, dass man sowohl den jüdisch-christlichen als auch den säkular-humanistischen Werten Rechnung tragen soll, da beide für die modernen europäischen Gesellschaften prägend sind.

Dazu Folgendes: Werte sind Werte, und was zählt, ist ihre Interpretation und ihre Begründung. Ein und derselbe Wert kann auf eine religiöse oder auf eine nicht-religiöse Weise begründet werden. „Begründen“ heißt dabei: zeigen, dass der Wert verpflichtend ist. So kann man den Wert der Toleranz dadurch begründen, dass man sagt, dass Gott uns dazu aufgefordert hat, tolerant zu sein, und dass wir deshalb tolerant sein sollen. Oder man kann ihn dadurch begründen, dass man sagt, dass ein friedliches und menschenwürdiges Zusammenleben nur dann möglich ist, wenn wir tolerant sind. Auf der Ebene der Triebfeder, die den Respekt vor den Werten garantieren soll, kann man dieselbe Überlegung anstellen. Der Gläubige wird sagen: „Du sollst to-

lerant sein, denn dadurch gefällst Du Gott“. Und der Nicht-Gläubige wird sagen: „Du sollst tolerant sein, denn dadurch gefällst Du Deinen Mitmenschen“.

Bei der religiösen Begründung hatte ich auf den göttlichen Befehl hingewiesen. Das entspricht einem voluntaristischen Gottesbild, wie man es bei Duns Scotus und zum Teil auch bei Wilhelm von Ockham findet. Die in der heutigen Kirche vorherrschende thomistische Sicht geht von einem rationalistischen Gottesbild aus. Dieses postuliert, dass etwas nicht dadurch zu einem Wert wird, weil Gott es so will, sondern dass Gott von den Menschen will, dass sie etwas als Wert ansehen, weil es ein Wert ist. Und dass es ein Wert ist, so eine Voraussetzung, kann die natürliche Vernunft eines jeden Menschen erkennen. Setzt man ein solches thomistisches Gottesbild voraus, dann kann es eigentlich keine religiöse Begründung von Werten mehr geben, sondern höchstens nur eine religiöse Interpretation von Werten und eine religiöse Motivation, die Werte zu achten. Grotius hat hier den m.E. wichtigsten Beitrag geliefert mit seinem berühmten: „[E]tiam si daremus [...] non esse Deum, aut non curari ab eo negotia humana“ [„Auch wenn wir davon ausgehen [...] dass es keinen Gott gibt oder dass er sich nicht um menschliche Angelegenheiten kümmert“] (Hugo Grotius, *De Iure Belli ac Pacis* [1625], Prolegomena §. XI). Ein Moralunterricht sollte mit dieser Voraussetzung arbeiten – auch wenn er sich dadurch eines schlimmen Verbrechens schuldig macht, wie Grotius anmerken würde („quod sine summo scelere dari nequit“: „was man nicht ohne eine Schandtat zu begehen zugeben kann“ heißt es nämlich in der ausgelassenen Passage).

Zusammenfassend: Der fundamentale Unterschied zwischen religiösen und nicht-religiösen Werten ist unhaltbar. Es gibt eine religiöse und eine nicht-religiöse Begründung von Werten. Eine rein religiöse Begründung von Werten findet man nur dort, wo ein voluntaristisches Gottesbild vorausgesetzt wird. Im Christentum und im Islam gibt es sowohl voluntaristische als auch rationalistische Strömungen. In einem Werteunterricht sollte man von rationalistischen Voraussetzungen ausgehen, da voluntaristische Voraussetzungen ein unüberwindbares Hindernis für die Erkenntnis der Werte darstellen: wie kann man



Werte erkennen, wenn Gott zu jedem Zeitpunkt seinen Willen ändern kann und Werte nur von seinem Willen abhängen? Was die Motivationsfrage betrifft, so sollte jeder frei sein, sich seine Motive für das moralische Handeln selbst auszusuchen. Werte und Normen können zum Gegenstand einer äußerlichen Verbindlichkeit gemacht werden, Motive nicht.

Man sollte dann aber auch nicht mehr von einer monologisch, sondern von einer dialogisch funktionierenden Vernunft ausgehen. Mag auch sein jetziges Evidenzerlebnis dem Einzelnen als das unaufhebbare Kriterium der Erkenntnis der Verbindlichkeit eines als evident erlebten Wertes oder einer als evident erlebten Norm sein, so sollte sich dieses Evidenzerlebnis doch stets in Frage stellen lassen, indem man sich mit möglichen Einwänden befasst. Kein Evidenzerlebnis sollte sich als definitiv ansehen. Man sollte zwar so tun, als ob es keinen Gott gibt, aber man sollte nicht so tun, als ob es keinen möglichen Grund zum Zweifeln mehr geben kann.

### Was tun mit der Religion?

In einem Leserbrief an das *Luxemburger Wort* (Ausgabe vom 8. April) sowie in einem Fernsehinterview an RTL-Luxemburg (Abendnachrichten vom 10. April) hatte ich dafür plädiert, zweigleisig zu fahren und zwei getrennte Programme aufzustellen. Ich hatte auch vorgeschlagen, das eine Fach „Etude du phénomène moral“ und das andere Fach „Etude du phénomène religieux“ zu nennen. Die zwei Fächer wären verpflichtend für alle Schüler. In beiden Fächern würde man eine pluridisziplinäre Herangehensweise an die betreffenden Phänomene anwenden. Wichtig ist, dass man die Vermischung von Religion und Moral verhindert und dass man das religiöse Phänomen nicht auf eine moralische Dimension reduziert. Der große Fehler wurde gemacht, als man einen „Laienmoralkurs“ als Alternative zum Religionsunterricht einführte. Hier entstand der Eindruck eines Kampfes zwischen zwei radikal verschiedenen Moralens.

Im Fach „Etude du phénomène religieux“ sollte ganz von der Wahrheitsfrage einer bestimmten Religion abstrahiert werden, allerdings nicht von der erkenntnistheoretischen und religionsphilosophischen Frage, was es überhaupt bedeutet, einen religi-

ösen Wahrheitsanspruch zu erheben. In diesem Fach sollte man sich auf keinen Fall damit begnügen, über die Sitten und Bräuche der verschiedenen Religionen zu sprechen. Man sollte auch versuchen, den Inhalt des Faches mit dem Inhalt anderer Fächer zu koordinieren. Wenn etwa die Schüler auf Septima in dem Fach Geschichte das Altertum behandeln, sollten im Fach „Etude du phénomène religieux“ die Götterwelt der antiken Völker und der Umgang dieser Völker mit Religion auf dem Programm stehen.

Religion sollte in ihrer individuellen und ihrer sozialen Dimension behandelt werden. Den Schülern sollte beigebracht werden, mit religiösen Fragen umzugehen, wobei es ihnen überlassen bleiben soll, welche Antwort sie geben. Ziel ist es nicht, *die richtige Antwort* zu finden, sondern *auf einem richtigen Weg eine Antwort* zu finden. Den Schülern sollte aber auch gezeigt werden, wie Religionen die soziale, ökonomische, politische, kulturelle, usw. Welt beeinflussen – und von diesen beeinflusst werden. Der Kurs sollte das Wissen *und* den Glauben beiseite schieben, um dem Verstehen Platz zu machen.

### Schluss

In diesem Beitrag habe ich zunächst den Werdegang bis zur heutigen Situation dargestellt. Dann habe ich zwei große Thesen vorgestellt:

*These 1:* Der Moralunterricht sollte von der Prämisse ausgehen, dass die zu vermittelnden moralischen Werte und Normen ihre Verbindlichkeit auch dann noch besitzen, wenn wir die Existenz Gottes nicht voraussetzen.

*These 2:* Der Moralunterricht sollte von der Prämisse ausgehen, dass die Verbindlichkeit bzw. der Verbindlichkeitsanspruch der zu vermittelnden moralischen Werte und Normen sich stets im Rahmen einer dialogisch funktionierenden Vernunft zu bewähren hat.

Schlussendlich habe ich für eine Trennung der Unterrichtsfächer „Moral“ und „Religion“ – oder wie man sie sonst nennen mag – plädiert, gleichzeitig aber behauptet, dass beide Fächer für alle Schüler und Schülerinnen obligatorisch sein sollen.

Der erste Satz dieses Beitrags bringt mich auf folgenden letzten Satz: „Verantwortungsbewusste und verständige Philoso-

phie-, Moral- und Religionslehrer aller Schulgebäude, vereinigt euch!“

*Norbert Campagna, Dr. phil. habil., ist professeur-associé an der Université du Luxembourg und Studienrat für Philosophie am Lycée de Garçons Esch. In seinen zahlreichen Publikationen hat er sich u.a. mit der Frage der Religion in der Staatsphilosophie befasst.*

\*\*\*

traditionellen diesjährigen Kreuzwegs durch die Straßen der Stadt sprach er von der weltweiten Verfolgung der Christen. Sie beginne mit Intoleranz, steigere sich zur Diskriminierung und führe letztendlich zu Hassausbrüchen. Und dies nicht nur im fernen Asien. Auch hierzulande gebe es Attacken gegen Ordensschwwestern, Priester und Bischöfe, würden Marienfiguren geschändet, wie die einer Posener Gemeinde. Und während die Feinde der Kirche die Meinungsfreiheit für sich in Anspruch nähmen, wolle man die Stimme der Kirche nicht hören und sie am liebsten in die Katakomben drängen.<sup>1</sup>

Erzbischof Gądecki steht mit dieser Sicht der Dinge nicht allein. So beklagt der Dominikaner Ludwik Wiśniewski, dass es „seit vielen Monaten in der polnischen Kirche eine Art ‚Festival‘ unter dem Motto ‚suche den Feind‘ gibt. Tausende, ja Millionen Menschen werden davon erfasst [...], viele Bischöfe von diesem Strudel mitgerissen.“ Er spricht von einem „Massenwahn unter dem Namen ‚Erweckung‘. Diese Schein-Erweckung verstößt nicht nur gegen die Rechtsordnung unseres Staates, sie trifft auch die Kirche.“<sup>2</sup>

Diese drastische Situationsbeschreibung ist Ausdruck eines von Polens Kirche geführten Kulturkampfes, in dem kirchlich-konservative und weltlich-liberale Anschauungen aufeinander treffen und in dem die Kirche gegen Parlament, Regierung und Präsident Bronisław Komorowski ihre Vorstellungen, zumal im Bereich von Ehe

<sup>1</sup> Droga krzyżowa 2015 – słowo ks abp Stanisława Gądeckiego (Kreuzweg 2015 – Wort von Erzbischof Stanisław Gądecki). [www.youtube.com/watch?v=U4D61IW30Y4](http://www.youtube.com/watch?v=U4D61IW30Y4).

<sup>2</sup> Ludwik Wiśniewski OP, Gdzie my jesteśmy? (Wo sind wir?), Tygodnik Powszechny 9/2013, S. 3.

Theo Mechtenberg

## Polens Kirche im Kulturkampf

Stanisław Gądecki, Posener Erzbischof und Vorsitzender der Polnischen Bischofskonferenz, sieht die Kirche in seinem Land bedroht. In seiner Predigt zum Abschluss des und Familie, politisch durchzusetzen sucht.

### Die Istanbul Konvention – eine „große Bedrohung“

Nach jahrelangen Auseinandersetzungen und kirchlichem Widerstand hat das polnische Parlament unlängst die Istanbul Konvention zur „Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ ratifiziert. Rechtskräftig wird sie aber erst mit der Unterschrift des Präsidenten. Um sie zu verhindern, richtete Bischof Ignacy Dec einen offenen Brief an das polnische Staatsoberhaupt, in dem er ihn nötigt, als bekennender Katholik die Unterschrift zu verweigern, weil man „Gott mehr gehorchen muss als Menschen“ (Apg 5,21). „Die Ratifizierung dieses Dokuments – heißt es in dem Schreiben – ist eine große Bedrohung natürlicher allgemeinemenschlicher Werte, vor allem verstößt es gegen das Institut von Ehe und Familie.“ Und der zu Pater Rydzyks Medienimperium gehörende „Nasz Dziennik“ titelte in großen Lettern „Die Pilatusversuchung des Präsidenten“. Auch für ihn sei, wie für jeden Katholiken, die Lehre der Kirche bindend. Ganz kulturkämpferisch fordert die Redaktion ihre Leser dazu auf, Unterschriften für eine Petition an den Präsidenten zu sammeln.<sup>3</sup>

Bereits 2013 hatte der damalige Vorsitzende der Polnischen Bischofskonferenz, Erzbischof Józef Michalik, in seiner Weihnachtspredigt die Konvention scharf attackiert. Es sei eine „große Lüge, dass Kultur, Tradition und Religion Gewalt hervorbringen.“ Vielmehr gebühre der Kirche das Verdienst, der Gewalt entgegenzuwirken.

<sup>3</sup> Ludwik Wiśniewski, Sumienie prezydenta (Das Gewissen des Präsidenten), Tygodnik Powszechny 9/2013, S. 35.

Der Erzbischof bezieht sich in seiner Aussage auf Artikel 12 der Konvention, der „Maßnahmen und Veränderungen von sozialen und kulturellen Verhaltensmustern“ fordert, um der Gewalt dienende „Vorurteile, Bräuche, Traditionen und Rollenzuweisungen zu beseitigen.“ In diesem Zusammenhang wird auch die Religion als eine der Möglichkeiten zur Rechtfertigung von Gewalt gegen Frauen erwähnt. Wie kann man darin eine Verfälschung der Wirklichkeit, ja einen Angriff auf die Kirche sehen? Was berechtigt dazu, den Politikern, die für die Ratifizierung der Konvention und ihre Implementierung in das polnische Rechtssystem stimmen, der Verleugnung des Glaubens zu beschuldigen? Böte nicht vielmehr die Konvention Polens Kirche einen willkommenen Anlass, die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen zu ihrem ureigensten Anliegen zu machen? Schließlich ist sie aufgrund des Evangeliums zur Solidarität mit den Opfern verpflichtet. Und dass es, aus welchen Gründen und in welcher Form auch immer, in Polen Gewalt gegen Frauen gibt, ist unbestritten. Die Zahl der statistisch erfassten jährlichen Opfer liegt bei 90 000. Doch angesichts der Tatsache, dass aufgrund von Tradition und Rollenzuweisungen viele Frauen die ihnen zugefügte Gewalt nicht öffentlich machen, schätzt man die Dunkelziffer auf 800 000. Angesichts dieses Befundes besteht dringender Handlungsbedarf, den die Konvention nicht nur einfordert, sondern auch konkretisiert. Etwa durch die Kategorie „ökonomische Gewalt“, die in der geltenden Rechtsordnung bislang unberücksichtigt ist, so dass die betroffenen Frauen ihr schutzlos ausgeliefert sind. Statt auf die Konvention polemisch zu reagieren, hätte man sich gewünscht, dass Polens Bischöfe dem Beispiel ihrer Amtsbrüder in den USA gefolgt wären, die sich bereits 1992 und 2002 in ihren Hirtenbriefen mit der Gewalt, zumal gegen Frauen, befasst, ihre religiöse Rationalisierung verurteilt und sogar die Verpflichtung in Frage gestellt haben, bei anhaltender häuslicher Gewalt in der Ehe zu verbleiben.<sup>4</sup>

<sup>4</sup> Zuzanna Radzik, *Kiedy usłyszysz wołanie o pomoc*. (Wenn du den Hilferuf hörst), *Tygodnik Powszechny* 1/2003, S. 17.

## Gender mainstreaming – eine „gewaltige Gefahr“

Am 29. Dezember 2013, dem Fest der Heiligen Familie, wurde in den polnischen Kirchen ein Hirtenbrief verlesen. Er befasst sich mit der Bedrohung durch die Gender-Ideologie. Polens Bischöfe sehen in ihr den Versuch einer Umdefinition von Ehe und Familie. „Angesichts sich verstärkender, sich gegen die verschiedenen Bereiche des familiären und gesellschaftlichen Lebens gerichteten Attacken dieser Ideologie fühlen wir uns genötigt, uns einerseits entschieden und eindeutig für die Verteidigung der christlichen Familie und der fundamentalen Werte, die sie schützen, einzusetzen, und andererseits vor den Gefahren zu warnen, die aus der Propagierung eines neuen Typs der Familiengestalt resultieren.“ Der Genderismus habe im „Marxismus und Neomarxismus seine Wurzeln“ und finde seine Unterstützung durch manche „feministische Bewegung sowie durch eine sexuelle Revolution.“ Nicht das „biologische“, sondern allein das „kulturelle Geschlecht“ zähle, das „unabhängig von den biologischen Bedingungen“ definiert werden kann. Diese Ideologie werde „ohne Wissen der Gesellschaft und ohne die Polen zu fragen seit vielen Monaten in die gesellschaftlichen Strukturen eingeführt.“<sup>5</sup>

Es soll nicht bestritten werden, dass der Genderismus, wie jede Ideologie, eine Gefahr darstellt. Was man aber bei diesem Hirtenbrief vermisst, ist eine gegenüber der Gender-Ideologie deutliche Abgrenzung der *gender-studies*, auf die lediglich mit einem Halbsatz verwiesen wird. Diese mangelnde Unterscheidung rief denn auch eine Gruppe von Wissenschaftlern auf den Plan, die sich in einem Schreiben an die Bischöfe über das dem Hirtenbrief zugrunde liegende „offenbare Unverständnis“ bezüglich der in Polen seit vielen Jahren betriebenen *gender-studies* „schockiert“ zeigten und die Initiative des Episkopats als einen Eingriff in die Freiheit der Wissenschaft werteten. Der Kampf gegen die sogenannte Gender-Ideologie wurde zu einem beliebten Thema bischöflicher Hirtenbriefe und Predigten. So ermahnte beispielsweise der Bischof von Kielce in seinem Hirtenbrief zum Familien-sonntag in Anspielung auf den Kindermord

<sup>5</sup> <http://epikopat.pl/dokumenty/listy-pasterki/5545>.

von Bethlehem die Väter: „Steht zusammen in Verteidigung der Familie vor dem heutigen „Herodes“, der den Namen Gender-Ideologie trägt.“<sup>6</sup>

Die Auseinandersetzung mit dem Genderismus gewann kulturkämpferische Züge. So hielt Dariusz Oko, Priester und Professor an der Krakauer Päpstlichen Universität Johannes Paul II., am 23. Januar 2014 auf Einladung der Oppositionspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) in einem Saal des polnischen Sejm einen Vortrag über „Gender-Ideologie als Zivilisationsbedrohung“. Ihre Anhänger seien „in ihrer Mehrheit erbitterte Feinde der katholischen Kirche“. Sie führten zwar „keinen direkten Kampf gegen die Kirche, wohl aber durch „Sexualisierung der Jugend“. Es handle sich um „schreckliche Menschen, die Eltern zur Masturbation ihrer Kinder anhalten.“ Den Sex zwischen Männern verglich er mit „einem Kolben, der statt im Zylinder des Motors im Auspuff arbeitet. Das ist eine medizinische und technische Katastrophe. Denn der Wagen bewegt sich nicht, und der Auspuff wird zertrümmert.“ Mit diesen und ähnlich abwegigen Behauptungen zeichnete Professor Oko in seinem Vortrag das Schreckgespenst einer Polen und die menschliche Zivilisation insgesamt zerstörenden Gender-Ideologie.<sup>7</sup>

Der besagte Hirtenbrief, die mangelnde Unterscheidung zwischen gender-studies und Genderismus sowie Äußerungen wie die von Prof. Oko hatten zur Folge, dass die Gender-Problematik in Polens Kirche zu einem beherrschenden Thema wurde und weitgehend irrationale und aggressive Reaktionen hervorrief. So erlebte die Katholische Universität Lublin (KUL) ein „wahres Kesseltreiben, nur weil in ihrem Programm der Terminus „gender“ auftauchte“. Dominikaner, die in ihrem Kloster eine sachliche Gender-Diskussion geführt hatten, sahen sich Angriffen rechtskatholischer Zeitungen ausgesetzt, die ihnen vorwarfen, durch die bloße Diskussion und das Fehlen einer antigenderischen Stellungnahme, „ein trojanisches Pferd in die Kirche gebracht“ zu haben. Und eine besondere Blü-

te dieser Saat ist die Beschwerde von Eltern über eine Katechetin, die beim Krippenspiel die Rolle des Erzengels Gabriel mit einem Mädchen besetzt und damit – so die Eltern – die Gender-Ideologie gefördert habe.<sup>8</sup>

Eine derart kulturkämpferische Auseinandersetzung um die Gender-Problematik verhindert eine sachgerechte Diskussion, zu der die Kirche aufgrund ihrer Sicht der menschlichen Geschlechtlichkeit durchaus positive Aspekte beizutragen hat. Doch angesichts dieser rein negativen und teilweise aggressiven Einstellung erscheint für Polens Kirche weniger der Genderismus, als vielmehr der Antigenderismus die eigentliche Gefahr zu sein.

### In vitro – Ausschluss vom Kommunionempfang

„Wenn ein Katholik für die Zulässigkeit von *in vitro* seine Stimme oder seine Unterschrift gibt, was auch für eine trügerische, den in Polen geltenden Rechtsgrundsätzen widersprechende Formel einer teilweisen Kostenübernahme gilt, dann soll er wissen, dass er sich gegen die Würde der menschlichen Person sowie gegen Gottes Gesetz verhält. Er hat sich dann von der vollen Gemeinschaft der katholischen Kirche gelöst, solange er nicht die Konsequenzen überdenkt, betend erwägt und seinen Standpunkt öffentlich ändert. Bis dahin soll ihm bewusst sein, dass er die Kirche nicht um die Gabe der heiligen Kommunion bitten darf.“<sup>9</sup>

Diese Aussage findet sich in einem *in vitro* gewidmeten Hirtenbrief von Erzbischof Andrzej Dzięba vom 18. November 2012. Seit Jahren stehen die Bemühungen des polnischen Parlaments um eine gesetzliche Regelung der künstlichen Befruchtung unter der Androhung dieser kirchlichen Sanktion. Und dies, obwohl nach neusten Umfragen 79% der polnischen Katholiken die künstliche Befruchtung befürworteten und sich einen Einstellungswandel der Bischöfe wünschen. Nachdem nunmehr am 13. März 2015 das von der Regierung erarbeitete Projekt eines „Gesetzes zur Heilung von Unfruchtbarkeit“ dem Sejm zur Behandlung und Verabschiedung zugeleitet

<sup>6</sup> Michał Olszewski, O czym milczy ambona (Worüber schweigt die Kanzel), Tygodnik Powszechny 1/2014, S. 3.

<sup>7</sup> <http://www.prawy.pl/z-kraju/4799-gender-mainstreaming-wyklad-ks-dr.-dariusza-okno-w-sejmie>.

<sup>8</sup> Maciej Zięba OP, Płeć aniołów (Geschlecht der Engel), Tygodnik Powszechny 2/2014, S. 18.

<sup>9</sup> Michał Olszewski, aaO., S. 3.

worden ist, reagierte das Präsidium der Polnischen Bischofskonferenz am 31. März mit einem vor allem an die praktizierenden Katholiken von Sejm und Senat gerichteten ausführlichen „Appell.“ Dieser listet jene Kriterien auf, von deren Beachtung es abhängt, ob sich die Abgeordneten mit ihrer Entscheidung „in voller Verbundenheit mit der Gemeinschaft der katholischen Kirche sowie in der rechten Verfassung zum Empfang der heiligen Kommunion befinden.“ Damit bestätigt das Präsidium der Bischofskonferenz erneut die Auffassung des Episkopats, dass die Zustimmung zu einem Gesetz, das die Einfrierung befruchteter Eizellen erlaubt, wie im Regierungsprojekt vorgesehen, vom Kommunionempfang ausschließt. Als „unerlässliches Minimum“ eines für katholische Abgeordnete tragbaren Kompromisses gilt dem Präsidium „die Anerkennung der Menschenwürde des Embryos, die Garantie seiner Entwicklung im Organismus der biologischen Mutter, die Stabilität der Verbindung von Mann und Frau als Spender der Eizellen, das Recht des Kindes auf elterliche Fürsorge, das Verbot, Embryonen einzufrieren und zu selektieren sowie die Methode *in vitro* im Falle des Todes eines Elternteil anderweitig anzuwenden.“<sup>10</sup>

Die kirchliche Ablehnung des Regierungsentwurfs erhält durch die Präsidentschaftswahl am 10. Mai eine zusätzliche politische Brisanz. Entschieden wird sie zwischen dem Amtsinhaber Bronisław Komorowski und Andrzej Duda, dem Kandidaten der oppositionellen, rechtskonservativen Partei „Recht und Gerechtigkeit“, der sich im Unterschied zu Komorowski klar gegen den Regierungsentwurf ausgesprochen hat. Damit ist deutlich, wen sich Polens Kirche mit ihrer „Novene um einen guten Präsidenten“ (1. – 9. Mai) in diesem Amt wünscht. In ihrem Rahmen hielt Erzbischof Gądecki am 3. Mai, dem Hochfest Mariens als Königin Polens und gleichzeitig Verfassungstag, eine reichlich mit politischen Akzenten versehene Predigt. So berief er sich - gleichsam als Frontalangriff gegen die Regierung - auf Augustinus: „Eine Regierung, die das göttliche Recht nicht respektiert, wird früher oder später zu ei-

ner Verbrecherbande.“ Ausdrücklich verwies er auf den „Appell“ des Präsidiums der Bischofskonferenz, nach dem Abgeordnete, die den Regierungsentwurf unterstützen, vom Kommunionempfang ausgeschlossen sind. Die Priester ermahnte er, sich zwar für keine konkrete Partei auszusprechen, wohl aber die ethischen Kriterien zu betonen, nach denen sich die Gläubigen bei ihrer Wahl zu halten hätten.<sup>11</sup>

Dabei müsste eigentlich der Kirche daran gelegen sein, dass es endlich zu einer gesetzlichen Regelung von *in vitro* kommt. Schließlich wird diese Methode in Polen ohne jede gesetzliche Auflage und Einschränkung seit 25 Jahren praktiziert. Zudem zeigt der Gesetzentwurf bereits im Titel - auch wenn rechtskatholische Kreise darin eine Mogelpackung sehen - das Bemühen der Regierung, den Forderungen der Kirche ein Stück entgegenzukommen, geht es ihr doch in erster Linie nicht um künstliche Befruchtung, sondern um umfassende Heilung von Unfruchtbarkeit. Entsprechend sieht das Projekt vor, dass erst mit der Methode *in vitro* nach einem Jahr erfolgloser Behandlung ihrer Ursachen begonnen werden darf. Auch ist die Zahl der für eine künstliche Befruchtung vorgesehenen Embryonen auf sechs begrenzt. Zudem soll die Vernichtung entwicklungsfähiger Embryonen mit Freiheitsentzug zwischen sechs Monaten und fünf Jahren bestraft werden. Doch der Dissens mit der bioethischen Auffassung der Kirche bleibt, weil der Regierungsentwurf das Einfrieren von Embryonen vorsieht und ihre Selektion nicht absolut ausschließt.

Zu fragen ist schließlich, ob der Ausschluss vom Kommunionempfang für Abgeordnete gerechtfertigt ist, die trotz der bioethischen Einwände der Kirche dem Gesetzentwurf zustimmen. Sie sind schließlich in ihrem Gewissen dem Gemeinwohl verpflichtet, und das verlangt endlich eine gesetzliche Regelung, um den über zwei Jahrzehnte anhaltenden Zustand der Gesetzlosigkeit und willkürlicher Anwendung von *in vitro* Einhalt zu gebieten. Weil ein Gesetz, das den Kriterien der Kirchen entsprechen würde, angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Parlament keine Chance hat, ver-

<sup>10</sup> Artur Sporniak, Biskupi: *in vitro* - tak, ale nie na tych warunkach (Bischöfe: *in vitro* - ja, aber nicht zu diesen Bedingungen), Tygodnik Powszechny 15/2015, S. 5.

<sup>11</sup> wyborza.pl/1,75478,17855109,Abp-Gadecki-polikowi-nie-wszystko.html

abschiedet zu werden, müssen es sich mit der Kirche eng verbundenen Abgeordnete sehr wohl überlegen, ob sie es verantworten können, dem Regierungsentwurf ihre Stimme zu verweigern und damit das Risiko einzugehen, dass der gesetzlose Zustand weiter anhält.

## Die Krise der Familie – größte Bedrohung des Glaubens

Vor ein paar Jahren wurde der damalige Vorsitzende der Polnischen Bischofskonferenz, Erzbischof Józef Michalik, in einem in Buchform veröffentlichten Interview gefragt, ob Polens Kirche, die so gestärkt aus der Zeit kommunistischer Herrschaft und Unterdrückung hervorgegangen sei, auch dem „neuen konsumtiven, die christlichen Werte ignorierenden Lebensstil widerstehen könne.“ Die Antwort des Erzbischofs: Zwar habe die von vielen prophezeite „Idee des Laizismus und Säkularismus“ in Polen nicht triumphiert, wohl aber gebe es eine Krise der Familie. Sie „höre nämlich auf, der Ort zu sein, an dem der Glaube vermittelt, die Haltung geformt wird und die Werte gepflegt werden. Mütter haben für ihre Kinder schon keine Zeit mehr, weil die Arbeit sie beanspruche, Frauen schämen sich eines vierten oder fünften Kindes.“<sup>12</sup>

In der Tat, die Krise von Ehe und Familie ist offenkundig: Die Scheidungsquote liegt bei 27% und hat sich im Verlauf eines Jahrzehnts verdoppelt. Die Zahl der in einer nichtsakramentalen zweiten Ehe lebenden Katholiken ist entsprechend hoch. Die Geburtenrate liegt bei 1,3 Kindern pro Frau und ist damit eine der weltweit niedrigsten. Jedes fünfte geborene Kind kommt außerehelich zur Welt. Und Polens Kirche steht dieser Entwicklung ziemlich ratlos gegenüber. Ein Grund dieser Ratlosigkeit dürfte die von Erzbischof Michalik zum Ausdruck gebrachte Meinung sein, die „Schlacht mit der Säkularisation gewonnen“ zu haben, wie dies die Überschrift des ersten Kapitels des Rapports behauptet. Diese Fehleinschätzung hat zur Folge, dass sich Polens Episkopat den durchaus vorhandenen Ansätzen einer dialogischen und produktiven Auseinandersetzung mit dem Säkularismus verweigert, selbst aber weder

theologisch noch pastoral über ein auf die säkularen Lebensformen bezogenes Konzept verfügt, sondern das traditionelle, konservative Familienmodell lediglich gegen jede Art von Veränderung verteidigt – ein Kampf gegen Windmühlenflügel.

Wie diese Verteidigung aussieht, lässt sich gegenwärtig in Polens Großstädten beobachten: Auf großformatigen Plakaten sind zwei junge Menschen, Mann und Frau, zu sehen, die sich die Hände reichen, die von einer Schlange als Symbol sexueller Verführung umschlungen sind. „Konkubinat ist Sünde“ springt es einem in großen Lettern in die Augen. Darunter in Kleinschrift: „Du sollst nicht ehebrechen“ – womit unter „Konkubinat“ auch die wieder-verheirateten Geschiedenen gemeint sind. Diese vom Zentrum für Familienseelsorge betriebene Kampagne ist eine Reaktion auf die wachsende Zahl von Lebensgemeinschaften ohne Trauschein. Nach einer Statistik aus dem Jahr 2011 betraf dies 640.000 zumeist junge Männer und Frauen. Ihre Zahl dürfte heute noch um einiges höher liegen. Aber ob diese Plakataktion an dieser Situation etwas zu ändern vermag? Wirkt sie werbend, so dass sie den Betroffenen den Weg zum Traualtar weist? Wohl kaum. Der Mangel an Empathie spricht eher dafür, dass sie Gefühle der Empörung und Abneigung gegenüber der Kirche weckt. So ist auch diese Plakataktion ein weiteres Glied in der Kette kulturkämpferischer Maßnahmen, mit denen Polens Kirche negativ, warnend, drohend und oftmals aggressiv auf Abweichungen vom kirchlichen Moralverständnis reagiert.

Es dauerte nicht lange, bis es zu einer Gegenkampagne seitens der postkommunistischen SLD kam. Ihr Plakat zeigt gleichfalls ein sich die Hand reichendes Paar. Ohne Schlange. Der Slogan lautet: „Konkubinat ist auch Familie“. Dazu die Unterschrift: „Ehre deinen Nächsten wie dich selbst“.<sup>13</sup> Zum Abschluss des ersten Teils der Römischen Sondersynode wertet Erzbischof Gądecki in Radio Vatikan „das Abschlussdokument als ein Abrücken von der Lehre Johannes Paul II.“ Ja er sieht in ihm „Spuren einer Anti-Ehe-Ideologie“. Und er stellt die Grundsatzfrage: „Ist es das Ziel dieser

<sup>12</sup> Józef Michalik, Raport o stanie wiary w Polsce (Rapport über den Stand des Glaubens in Polen), Radom 2011, S. 7f.

<sup>13</sup> Andrzej Draguła, Ewangelia billboardowa (Werbung für das Evangelium), Tygodnik Powszechny 15/2015, S. 28-31.

Synode, die Familie in Schwierigkeiten zu unterstützen, oder geht es um die Behandlung von Sonderfällen?“ Auch wendet er sich gegen die Anwendung des Kriteriums der „Gradualität“ auf das „Konkubinats“, wonach auch diese Form einer Lebensgemeinschaft Werte beinhalten und ein „Weg zur Heiligkeit“ sein könne. Weiter bedauert er, „dass die im Dokument dargelegte Lehre das Thema der Sünde völlig außer Acht lässt. Als habe die Weltsicht gesiegt [...]“. Es scheine, „dass alles akzeptiert werde, wie es ist.“ Auch werde der Eindruck erweckt, „bislang war die Lehre der Kirche unbarmherzig, während sie erst jetzt beginnt, barmherzig zu sein.“<sup>14</sup>

Angesichts dieser Grundeinstellung dürften Polens Bischöfe auf der den „pastoralen Herausforderungen der Familie im Kontext des Evangeliums“ gewidmeten Römischen Sondersynode bestrebt sein, jegliche Reformansätze zu verhindern.

\*\*\*

Theo Mechtenberg

## **Der Fall Lemański**

Im März 2015 wandte sich Adam Michnik, Chefredakteur von Polens auflagenstärksten Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“, gemeinsam mit einem seiner Kollegen in einem offenen Brief an Papst Franziskus. Den unmittelbaren Anlass bildet ihre Sorge um das Schicksal des 55jährigen Pfarrers Wojciech Lemański, der von Erzbischof Henryk Hoser, Ordinarius der Diözese Warschau-Praga, zunächst seines Amtes enthoben, dann suspendiert worden war. Und nun ohne kirchlichen Unterhalt bei seinem Vater lebt. Um sicher zu gehen, dass der Adressat auch Kenntnis von diesem Schreiben erhält, wurde es Anfang April in der italienischen Zeitung „La Repubblica“ veröffentlicht.

Bei der „Gazeta Wyborcza“ handelt es sich um ein Organ, das wegen seiner kirchenkritischen Berichterstattung vom rechtskon-

servativen Teil polnischer Bischöfe und Katholiken als kirchenfeindlich eingestuft und entsprechend attackiert wird. Dagegen betonen die Initiatoren des offenen Briefes, der eine ungetauft, der andere ein nicht praktizierender Katholik, ihre „große Wertschätzung der historischen Rolle der katholischen Kirche“ in Polen. Sie zeigen sich allerdings „beunruhigt über manche Haltungen und Äußerungen des Klerus, die auf die Menschen verletzend wirken und das gesellschaftliche Leben in Polen negativ beeinflussen.“ Eine dieser negativen Auswirkungen kirchlichen Handelns sehen sie in dem Fall des Priesters Lemański, der seit Jahren weit über den kirchlichen Raum hinaus die Öffentlichkeit in Polen beschäftigt.

Was sind die Gründe für den Konflikt zwischen Erzbischof Hoser und dem ihm unterstellten Priester Lemański, der letztendlich zu dessen Suspendierung führte?

## **Den Juden verbunden**

Zum Karfreitag 2001 versah der Danziger Prälat Henryk Jankowski das in den polnischen Kirchen übliche Heilige Grab mit der Inschrift. „Juden ermordeten den Herrn Jesus und die Propheten, und sie verfolgten auch uns.“ Als Kontrast zu diesem Skandal legte Pfarrer Lemański in seiner Kirche die Jesusfigur auf einen verkohlten Strohhaufen und überschrieb die Szene mit dem Wort „Verzeiht“. Am Kreuz befestigte er eine Tafel, auf der lediglich die beiden Buchstaben „Je“ zu lesen waren, die in der Doppelbedeutung „Jesus“ und „Jedwabne“ ergänzt werden konnten und damit auf jenen Ort verwiesen, an dem im Zweiten Weltkrieg Polen ihre jüdischen Nachbarn in einer Scheune bei lebendigem Leib verbrannt hatten. Der Chefredakteur der katholischen Monatszeitschrift „Więź“ sorgte dafür, dass diese Gestaltung des Heiligen Grabes und damit auch Pfarrer Lemański in Polen bekannt wurden.

Seit dieser Zeit ist Pfarrer Lemański immer wieder durch seine positive Einstellung zu den „älteren Brüdern im Glauben“ aufgefallen. Zum 60. Jahrestag der an den Juden in Jedwabne verübten Verbrechen war er einer von lediglich zwei Priestern, die an der Gedenkfeier teilnahmen. In seiner Gemeinde gründete er ein Komitee zum Gedenken an die während des Holocaust in der Umgebung ermordeten Juden. Jeweils am 19. August, dem Tag, an dem 1942 die

<sup>14</sup> <http://pl.radiovaticano/2014/10/13/>

Juden der Stadt, immerhin die Hälfte ihrer Bewohner, aus dem Getto zu ihrer Vernichtung nach Treblinka transportiert worden waren, organisiert er einen Marsch des Gedenkens und des Gebets. Mit derlei Aktivitäten gibt er seinen Landsleuten, zumal Bischöfen und Priestern, ein Beispiel und erteilt ihnen eine deutliche Mahnung, dass es ihre Gewissenspflicht sei, ihrer ermordeten jüdischen Mitbürger zu gedenken. Aufgrund dieser zeugnishaften Verbundenheit mit dem Schicksal der Juden wurde Lemański Mitglied des Polnischen Rats von Christen und Juden und nahm damit landesweit am christlich-jüdischen Dialog teil. Als erstes Anzeichen eines aufkommenden Konflikts kann die 2006 ausgesprochene Versetzung des bisherigen Stadtpfarrers Lemański in das Dorf Jasienica verstanden werden. Jedenfalls werteten seine priesterlichen Mitbrüder diese Entscheidung der Kurie als Strafversetzung. Lemański selbst dagegen sah in ihr einen normalen Vorgang und kam dem Ruf seines Bischofs ohne Widerstreben nach. Auch in seiner neuen Gemeinde setzte er sein christlich-jüdisches Engagement fort, das offenbar zunehmend das Missfallen der Priester des Dekanats fand, die denn auch beim Bischof gegen ihn intrigierten. Die Kurie entsandte eine Kommission nach Jasienica, um die gegen Pfarrer Lemański erhobenen Vorwürfe zu überprüfen. Beanstandet wurde vor allem, dass er seine Kirche mit Elementen der Synagoge ausgestattet habe. Konkret ging es um den „Thron des Wortes Gottes“ zur Aufbewahrung von Lektionar und Evangeliar in Form eines Thoraschreins. Lemański bat daraufhin seinen Ordinarius um eine Entscheidung in dieser Frage, erhielt aber keine Antwort.

Der Konflikt eskalierte, als Lemański Anfang Januar 2010 von Erzbischof Hoser vorgeladen wurde. Thema des Gesprächs war Lemańskis Engagement im christlich-jüdischen Dialog, wobei es grundsätzlich um die Frage ging, inwieweit überhaupt ein solcher Dialog mit den Juden erforderlich sei. Dabei ließ der Erzbischof durchblicken, dass nach seiner Erfahrung derlei Kontakte wenig Sinn machen. Jedenfalls fand er das Engagement seines Pfarrers für weit übertrieben und für einen Priester unangemessen. Lemański hielt dagegen, so dass das Gespräch mit wachsender Emotionalität geführt wurde. Schließlich fragte Erzbischof Hoser seinen Pfarrer rundheraus, ob er be-

schnitten sei. Als dieser die Frage als eines Bischofs unwürdig zurückwies, wiederholte er sie: „Sagen Sie schon, ob Sie beschnitten sind, ob Sie dieser Nation angehören.“ Zutiefst verletzt kehrte Lemański nach Jasienica zurück. Über den Verlauf dieses Gesprächs informierte er unmittelbar danach seinen Vertrauten, den Chefredakteur von „Więź“. Beide wahrten über diesen skandalösen Vorgang Stillschweigen – bis ihn Lemański nach dreieinhalb Jahren auf dem Höhepunkt des Konflikts während eines Radiointerviews öffentlich machte.

### **Amtsenthörung und Suspendierung**

Am 3. Juni 2013 verfügte Erzbischof Hoser per Dekret die Amtsenthebung von Lemański als Pfarrer von Jasienica: „Der Mangel an Wertschätzung und Gehorsam gegenüber dem Diözesanbischof und der Lehre der Bischöfe in Polen bezüglich bioethischer Fragen bewirken, dass ein weiterer Pfarrdienst unter der Amtsausübung des Diözesanbischofs unmöglich wird. Öffentlich geäußerte Ansichten erfüllen nicht die Erfordernisse des Rechts und stiften ernststen Schaden und Verwirrung in der Gemeinschaft der Kirche.“

Das Dekret enthält keinen Hinweis auf den Dissens in Fragen der Einstellung zum Judentum, wenngleich Lemański der Überzeugung ist, dass sein Engagement im christlich-jüdischen Dialog für seine Amtsenthebung mitentscheidend gewesen ist. Auch bleibt Erzbischof Hoser den Beweis schuldig, dass Lemański gegen die bioethische Lehre der Kirche konkret verstoßen hat und belässt es bei einer bloßen Behauptung. Wahr ist, dass Lemański das bioethische Dokument des Polnischen Episkopats kritisiert hat, und zwar öffentlich im Fernsehen. Doch seine Kritik betraf lediglich die für einen durchschnittlichen Leser unverständliche Sprache, ein mangelndes Mitgefühl für Frauen, die unfruchtbar sind, sowie die im Unterschied zu dem in vitro gewidmeten vatikanischen Dokument weit schärfere Verurteilung. Zudem hatte er sich gegen die Äußerung eines Mitglieds des bioethischen Rates der Bischofskonferenz gewandt, der behauptet hatte, dass es „Ärzte gibt, die beim bloßen Anblick eines Kindes bereits wissen, dass es in vitro empfangen wurde; denn es besitzt eine zusätzliche Falte, charakteristisch für einen gewissen



genetischen Defekt.“ Eine Frau, die vor über 20 Jahren als erste Polin der Methode in vitro ihr Leben verdankt, hatte aus Empörung über diese Diskriminierung ihren Kirchenaustritt erklärt, von dem Lemański sie mit den Worten zurückhalten wollte: „Sie haben in der Kirche Ihren Platz. Und erlauben Sie nicht, aus diesem Ort vertrieben zu werden.“

Der zweite Vorwurf betrifft Lemańskis öffentlich geäußerte Ansichten. So kritisierte er beispielsweise ein zu zögerliches Vorgehen gegen Pädophilie unter Priestern oder eine zu große Distanz der Bischöfe vom Alltagsleben der Gläubigen, zumal der Jugend. Doch seine Kritik zielte keineswegs darauf, der Kirche zu schaden, sondern im Gegenteil, Schaden von ihr fern zu halten. Auch wollte er nicht Verwirrung stiften, sondern Klarheit schaffen. Man mag auch darüber streiten, ob es von Lemański klug war, seinen Konflikt mit dem Bischof öffentlich zu machen. Aber dann wäre gleichfalls zu fragen, ob es nicht auch von Seiten seines Ordinarius unklug, ja nicht rechtens war, in welcher Weise und mit welcher Beharrlichkeit dieser den Konflikt mit seinem Priester provoziert hat. Wenn der Erzbischof beispielsweise in einem Interview mit der Zeitschrift „Do Rzeczy“ bedauert, dass Lemański nicht einsieht, wie seine öffentlichen Äußerungen von der laikalen Presse dazu benutzt werden, ihn zu attackieren, dann zeugt dies auch von einem gehörigen Mangel an Selbstkritik. Im Übrigen wurde Lemański selbst zur Zielscheibe übler Angriffe rechtskatholischer Kreise. Auf den ihm verliehenen Titel „Oberrabbiner der Diözese Warschau-Praga“ reagiert er mit einem Augenzwinkern, doch tief verletzt fühlt er sich, wenn man ihn als „verkörpert den Teufel, Beelzebub oder Freimaurer“ bezeichnet.

Es hat in dem Konflikt nicht an Beschwerden und Vermittlungsversuchen gefehlt. So wandte sich der Pfarrgemeinderat von Jasienica an den Nuntius „mit der Bitte, den Erzbischof daran zu erinnern, worauf der Dienst des Bischof im Verhältnis zu den ihm anvertrauten ‚Schafen‘ beruht. In keiner Weise ist er um das Wohl der Gemeindeglieder in Jasienica besorgt und achtet es nicht.“ Eine Woche nach Erlass des Dekrets mühte sich der Chefredakteur von „Więź“ in einem persönlichen Gespräch mit dem Erzbischof um eine versöhnliche Lösung des Konflikts. Vergeblich. Am 22.

August 2014 entschloss sich Erzbischof Hoser dazu, den Konflikt auf seine Weise zu beenden; er suspendierte Lemański wegen anhaltenden Ungehorsams und untersagte ihm ausdrücklich, priesterliche Kleidung zu tragen und als Priester in Erscheinung zu treten. Gegen diese Entscheidung legte Lemański beim Apostolischen Stuhl Berufung ein und übt – zum Ärger der Kurie – bis zu dessen Entscheidung weiterhin priesterliche Funktionen aus, so als Konzelebrant beim Requiem für den kürzlich verstorbenen Bartoszewski.

Ob die Intervention des Chefredakteurs der „Gazeta Wyborcza“ und seines Kollegen bei Papst Franziskus Erfolg hat? Ob es auf den offenen Brief überhaupt eine Antwort gibt? Wird sich Papst Franziskus des Falls Lemański annehmen und den von seinem Ordinarius suspendierten Priester rehabilitieren, der – wie die Initiatoren des offenen Briefes betonen – gegen „Konformismus und Schmeichelei“ immun ist und ganz dem Bild entspricht, das der Papst in seinem Apostolischen Schreiben „Evangelii Gaudium“ von einem wahren Priester entworfen hat?

Benutzte Literatur: Michnik i Mikołajewski do Franciszka: „Ojczy Świąty, piszemy do Ciebie w sprawie ks. Lemańskiego i Kościoła w Polsce“ (list otwarty), <http://12,75478,17707183>, Michnik-i-Mikołajewski-do-Franciszka. Ksiądz Lemański ma głos, Tygodnik Powszechny 30/2013, S. 16-18. Zbigniew Nosowski, Kalendarium katastrofy, Tygodnik Powszechny 29/2013, S. 3-5.

\*\*\*

*Osorno ist eine Provinzhauptstadt in Süd-Chile, etwa 980 km von der Hauptstadt Santiago entfernt. Nach 1850 und nach den beiden Weltkriegen haben sich hier viele Europäer niedergelassen, u.a. auch eine große Zahl von Armeniern, die 1915 vor dem gegen ihr Volk gerichteten türkischen Vernichtungsfeldzugs geflüchtet waren. Seit 1956 ist Osorno Bischofssitz. Die bisherigen Bischöfe haben sich zusammen mit den in der Diözese tätigen deutschen Ordens- und Fidei-Donum-Priestern in seelsorglichen und sozialen Fragen immer sehr fortschrittlich verhalten. Diese Politik ist durch die Neubesetzung des Bischofsstuhls*

*nun ernsthaft gefährdet. Im Kreuzfeuer der Kritik steht aus diesem Anlass vor allem der Erzbischof von Santiago und Primas der chilenischen Kirche, Kardinal Ricardo Ezzati.*

Alvaro Ramis

## **Kardinal Ezzati fordert Papst Franziskus heraus**

Übersetzung: Ursula Lehan

In der katholischen Kirche erleben wir widersprüchliche Zeiten. Papst Franziskus ist eine der meist geachteten und populärsten internationalen Persönlichkeiten. Dagegen muss sich Kardinal RICARDO EZZATI, Primas der chilenischen Kirche, derzeit einer Reihe öffentlicher Untersuchungen stellen und stößt (aus aktuellem Anlass) vor allem in Osorno auf eine praktisch einmütige und nie erlebte Ablehnung. Gläubige gehen auf die Straße, um gegen die Ernennung (und "Inthronisation") von JUAN BARROS (zum neuen Bischof von Osorno) zu protestieren, weil dieser sich im Falle des Priesters FERNANDO KARADIMA (verurteilt wegen Kindesmissbrauch) angeblich mitschuldig gemacht hat.

Gleichzeitig herrscht an der Katholischen Universität von Santiago helle Aufregung über die Entlassung des Theologen und Jesuiten JORGE COSTADOAT. Alles deutet darauf hin, dass es sich dabei um das Ränkespiel ultrakonservativer Kräfte handelt, die sich den Reform-Impulsen von Papst Franziskus widersetzen.

### **Die Schlacht von Osorno**

Im Unterschied zu Valdivia und Puerto Montt ist Osorno, ohne die Tradition sozialer Kämpfe oder kultureller Streitereien anderer südchilenischer Städte, eine beschauliche Stadt – eine ländliche Stadt, die Wert auf ihre Ruhe und Stabilität legt. Diese Eigenschaften lassen den Unmut verstehen, den die Bischofsernennung von JUAN BARROS MADRID losbrechen ließ. Aufgrund verschiedener Zeugenaussagen war Barros der rechte Arm und Liebingsschüler von FERNANDO KARADIMA, Pfarrer

der Kirche Sagrado Corazon (= Herz Jesu; d.Ü.) in Santiago El Bosque. Dieser wurde vom Vatikan wegen sexuellen Missbrauchs verurteilt.

Niemand hatte eine so starke öffentliche Reaktion gegenüber dieser Ernennung erwartet: Eine Kathedrale, übervoll von (schwarz gekleideten; d.Ü.) Menschen mit schwarzen Luftballons, ihren Abscheu hinausschreiend, machten klar, dass die Bürger BARROS nicht annehmen wollten. Barros seinerseits musste sein Bistum Castro (große Insel noch weiter im Süden; d.Ü.) angesichts beginnender Missachtung seiner Person durch militärische Autoritäten aufgeben.

Diese internen Querelen haben allerdings ihre ganz eigenen Wurzeln, die es aufzudecken gilt, um das Panorama, in welchem sie sich abspielen, zu verstehen.

Warum wird ein Bischof in ein neues Bistum berufen, obwohl ihn der lokale Klerus und die Gläubigen von Osorno ablehnen? Eine Antwort darauf gibt das Machtgeflecht, in welchem Barros eine Schlüsselrolle spielt. Karadima hatte Barros und anderen jungen Leuten, die sich ihm anschließen und den Priesterberuf wählen würden, eine steile Karriere und gesellschaftliches Ansehen versprochen, wie sie es von ihren Herkunftsfamilien gewohnt waren. Für Söhne von Geschäftsführern oder Großunternehmern war dieses Versprechen ein Magnet ohnegleichen. In einer Gesellschaft, die so klassenbewusst wie die chilenische ist, erlaubte dieses Versprechen den jungen Aspiranten, dass sie auf kirchlichem Feld die gleichen Privilegien für sich erreichen könnten, wie sie eine Elite ihrer Familien genießen.

So wuchs die Zahl der "Jünger" von Karadima sehr schnell, und eine ganze Reihe von ihnen wurden Bischöfe. HORACIO VALENZUELA in Talca; ANDRÉS ARTEAGA, Weihbischof in Santiago; TOMISLAV KOLJATIC in Linares; FELIPE BACARREZA in Los Angeles. Mit anderen Worten: die ca. 40 Mitglieder von Karadimas "Pia Unión Sacerdotal" (Fromme Priestervereinigung - d.Ü.) haben inzwischen alle einflussreiche Kirchenämter inne und sind mit hohen Kreisen der Politik und des Finanzwesens verbandelt.

Verlöre Barros seine Stellung, würde das bedeuten, dass alle jene ihre Karriere vergessen könnten, denn für die ganze Gruppe

von El Bosque würde ein nie dagewesener Präzedenzfall eintreten. Wenn aber nun Barros in eine neue Diözese käme, dann würde auch (siehe Missbrauchsskandal Karadima; d.Ü.) etwas viel Vorteilhafteres herauskommen: Alle Schuld würde eingeschränkt auf Karadima, seine Gefolgsleute würden aller Verantwortung enthoben. Es entstünde ein Wall zwischen Karadima und seiner Pia Unión.

Alles weist darauf hin, dass diese Gruppe mit der direkten Stütze des Apostolischen Nuntius, IVO SCAPOLO, rechnen darf. Er steht ihnen bei vor dem Kreuz- und Angelpunkt in diesem Prozess, dem Präfekt der Kongregation für die Bischöfe, MARC OUELLET, eines der "papabiles" im letzten Konklave, wo er dem Argentinier Jorge Bergoglio unterlegen war. Ouellet ist Frankokanadier, konservativ, steht dem Opus Dei nahe sowie dem Kardinal ANGELO SODANO, Nuntius in Chile während der Diktatur (Pinochet; d.Ü.). Diese Verbindungen zeigen, dass die Palastränke des Nuntius Scapolo mit der Unterstützung von Sodano rechnen können. Dieser wiederum bevormundet aus der Distanz den chilenischen Episkopat und versucht so, dessen ideologisches und politisches Tun weiter unter Kontrolle zu halten.

## Der Fall Costadoat

Die Welle der Ablehnung, die der Rauschmiss des Jesuiten Jorge Costadoat auslöste, ist dem Protest gegen Barros hinzuzufügen. Der Professor hatte den Lehrstuhl für Christologie inne. Dieser Fall passierte unmittelbar nach dem vorher beschriebenen. Ezzati beschloss, diesem Akademiker die "kanonische Autorisation" nicht zu erneuern, weil er im Verlauf des vergangenen Sommers (Dez. 2014 - Feb. 2015; d.Ü.) an einem strittigen Briefwechsel mit Kardinal JORGE MEDINA teilgenommen hatte. Der erschien in der Tageszeitung El Mercurio (bedeutendste Tageszeitung Chiles; d.Ü.). Thematisch ging es um den höchst umstrittenen Gegenstand, der derzeit auf der von Papst Franziskus einberufenen Familiensynode behandelt wird. Costadoat verteidigte die päpstliche Position im Hinblick auf die Überarbeitung der traditionellen Lehrmeinung, welche Geschiedene vom Kommunionempfang ausschließt. Medina hingegen argumentierte von der konservativen Position aus. Man darf vermuten, dass sich

der Kurienkardinal in seinem Stolz verletzt fühlte, weil ihn Costadoat argumentativ in die Enge getrieben hatte. Medina ist als „Rachengel“ bekannt.

Aber ganz abgesehen von dieser "leidenschaftlichen" Begründung ist anzunehmen, dass Ezzati ein Zeichen der Strafe setzen wollte gegen die Jesuiten, die aus ihrer Kritik an der konservativen Kirchenpolitik des Erzbischofs von Santiago nie einen Hehl gemacht hatten. Mit der Entfernung Costadoats aus der PUC (Pontificia Universidad Católica; d.Ü.) wurde gleichzeitig eine sehr beliebte Initiative der Jesuiten, das Theologische Zentrum Manuel Larrain, ihrer Leitung beraubt. Dieses steht über die Alberto-Hurtado-Universität mit der theologischen Fakultät der PUC in Verbindung. Dort werden Debatten angestoßen, die die großen interdisziplinären Fragestellungen unserer Zeit betreffen.

Wenn man das globale Panorama betrachtet, zeichnet sich Ezzati durch offenen Konflikt mit der Gesellschaft Jesu aus. Seine Anschuldigungen gegen andere Jesuiten wie z.B. Felipe Berrios und José Aldunate und das angespannte Verhältnis zum Rektor der Uni, FERRANDO MONTES, zeigen, dass Ezzati sich in direkten Widerspruch zu dem Orden, aus dem Papst Franziskus hervorgeht, gesetzt hat. Es ist seine Absicht zu verhindern, dass die neuen Richtlinien und Kriterien, die JORGE BERGOGLIO anstößt, in Chile Wurzeln schlagen. Er hat bereits in verschiedenen Bereichen seinen Willen, jede Debatte zu ersticken, durchgesetzt. Im Jahr 2014 fegte er mal so eben das Katecheten-Heim (Hogar Catequístico), eine Einrichtung mit langer Geschichte in der Lehrerausbildung, hinweg. Außerdem steht er gerade für die willkürliche Amtsenthebung des Akademikers für Sozialarbeit und Theologie in der PUC, PATRICIO MIRANDA, weil der ihm für seinen bischöflichen Geschmack zu "sozial" und "kritisch" war. Miranda fasst den augenblicklich herrschenden Geist an dieser Universität unter Ezzatis Einfluss mit den Worten zusammen: "Wenn Papst Franziskus an der Católica Professor wäre, würde man ihn hinaus." Ezzati scheint unfähig, die kritischen Stimmen zu hören, die ihn auf sein intolerantes und autoritäres Abdriften aufmerksam machen könnten.

Es ist zu befürchten, dass er seinen Nachfolgern eine sterbensranke Kirche vererbt,

die den außergewöhnlichen Moment der Öffnung zum Wechsel verpasst, den Papst Franziskus so sehr fördert. Mit so viel Starrköpfigkeit könnte er das erreichen.

*(Der Artikel erschien in „Punto Final“ - Ausgabe vom 3. April 2015. Die Übersetzung aus dem Spanischen besorgte Ursula Lehan, die sich seit vielen Jahren für das Bistum Osorno engagiert).*

\*\*\*

Horst Hohmann

## Heulen und Zähneknirschen

Vom Verfolgungswahn der „Rechtgläubigen“

Es war bestimmt nicht einfach nur in Anerkennung seiner weltweit erworbenen, unbestreitbaren Verdienste um ein solidarisches Miteinander armer und reicher Ortskirchen, dass das 1947 gegründete Hilfswerk „Kirche in Not“ im Herbst 2011 per Dekret in eine „Stiftung Päpstlichen Rechts“ umgewandelt wurde. Denn wer in die „Star-Riege“ des Papstes aufgenommen wird, durfte vor allem während der Pontifikate von Johannes Paul II. und Benedikt XVI. davon ausgehen, dass er fortan in „höherem Auftrag“ unterwegs ist und – wo immer es von Papst und Kurie für notwendig erachtet wird – als treuer Söldner zur Verteidigung von Glauben und christkatholischer Moral in den Kampf ziehen muss. Keines der anderen kirchlichen Hilfswerke in Deutschland – weder die Bischöflichen Hilfswerke „Misereor“ und „Adveniat“ (beide von Anfang an mit befreiungstheologischen Sympathien!) noch das Internationale Katholische Missionswerk „missio“ (mit seinen Niederlassungen in München und Aachen) und das Osteuropa-Hilfswerk Renovabis – hätten sich vermutlich von den auf „Gleichschaltung“ bedachten römischen Strategen in der gewünschten Form instrumentalisieren lassen.

Die 2011 vollzogene Neustrukturierung von „Kirche in Not“ ist ein ausgesprochenes Fallbeispiel für die verzweifelten Versuche restaurativer Kräfte, kirchenintern „Boden zurück zu gewinnen“. Benedikt XVI. durfte vor 4 Jahren selbstsprechend davon ausgehen, dass ein internationales Hilfswerk mit einem bereits bestens funktionierenden und über alle Kontinente gespannten Beziehungsnetz der ideale „Partner“ und das geeignete „Werkzeug“ für ein derartiges Unterfangen ist.

Er ernannte 2011 seinen alten Busenfreund und damaligen Präfekten der Kleuskongregation, den erzkonservativen Kardinal Mauro Piazensa, zum Chef des Stiftungsrates, über dessen wahre Kompetenzen bei „Kirche in Not“ nur hinter vorgehaltener Hand gesprochen wird – „Gedrucktes“ haben wir jedenfalls bis jetzt noch nicht zu Gesicht bekommen.

Immerhin war es 2011 Piazensa, der von Rom aus gleich die wichtigsten Posten beim umgetauften Hilfswerk verteilte. Er ernannte Johannes Freiherr Heereman zum geschäftsführenden Präsidenten des Werkes mit Sitz in Königstein/Taunus, und er berief Pater Martin Barta von der reichlich obskuren Priestervereinigung „Werk Jesu des Hohenpriesters“ zum geistlichen Assistenten von „Kirche in Not“. Dass den Mannschaften in Königstein und in den weltweit verstreuten 21 „Nationalen Sektionen“ ausgerechnet aus der genannten Priestervereinigung, in deren Reihen eine geradezu krankhafte „Mystifizierung des Priestertums“ gepflegt wird, geistliche Nahrung verabreicht wird, ist nicht nur höchst aufschlussreich, sondern besorgniserregend.

Es muss hier aus Gründen der Fairness unmissverständlich daran erinnert werden, dass es bei allen Hilfswerken in der Vergangenheit immer eine der wichtigsten Regeln der „Vergabe-Politik“ war, niemals und unter gar keinen Umständen, „Hilfsgelder als ideologische Waffe“ einzusetzen. Die Antragsteller, so betonte man in den Zentralen der Hilfswerke stets, seien mit allergrößtem Respekt zu behandeln, und selbst der Anschein „neokolonialen Gebarens“ müsse bei den Zuschuss-Verhandlungen vermieden werden.

Wenn man jedoch Gelegenheit hatte, über viele Jahre hinweg die Beziehungen zwischen armen und reichen Ortskirchen zu

studieren und aus persönlichen Gesprächen mit den Oberinnen mozambikanischer und indischer Frauenorden sowie mit Bischöfen aus Burma und Paraguay weiß, wie demütigend „leere Kassen“ für die Genannten häufig sind, versteht man manchmal nur allzu gut, warum die Armen (in vorausweisendem Gehorsam) den reichen „Verwandten“ aus Europa oft sehr schnell und gekonnt von den Lippen ablesen, was selbige gerne hören möchten. Mit anderen Worten: nichts ist in diesen Beziehungen zwischen Arm und Reich (auch in der Kirche) selbstverständlich. Alles ist höchst delikat, und Vertreter von Hilfswerken müssen sich folglich sehr wohl immer genau überlegen, mit welchen Worten und mit welchen Gesten sie den Empfängern unserer „Überschüsse“ begegnen.

Leider, so muss hier mit aller Deutlichkeit gesagt werden, hat „Kirche in Not“ mit der Umstrukturierung von 2011 den „Tugendpfad“ definitiv verlassen und muss inzwischen zu den sehr traurigen Altlasten des Pontifikats von Benedikt XVI. gerechnet werden, welcher in seiner Amtszeit als „Glaubenshüter“ und als Papst ungezählte Male bewies, dass ihm außereuropäische Kulturen, Denkweisen und Empfindlichkeiten fremd geblieben sind.

Ich nenne 3 Gründe für meine Schlussfolgerung.

Erstens: „Kirche in Not“ ist (durch einen klassischen Akt von Amtsmissbrauch) zu einem „verlängerten Arm“ von Papst und Kurie umfunktioniert worden, um das rückwärts gewandte Kirchenverständnis von Ratzinger (über dessen Amtsperiode hinaus) zu propagieren und die Anliegen einer Reihe von „Trittbrettfahrern“ unter europäische und außereuropäische Kirchenfolk zu bringen – als da u.a. sind: der Päpstliche Rat für die Familie; die Päpstliche Akademie für das Leben; der Päpstliche Rat zur Förderung der Neuevangelisierung. Zweitens: Mit den sogenannten „Nationalen Sektionen“ (mittlerweile 21 in 5 Kontinenten) hat „Kirche in Not“ den jeweiligen regionalen Bischofskonferenzen „Beobachter“ vor die Nase gesetzt, um indirekt keinen Zweifel daran zu lassen, dass bei „missliebigem Verhalten“ in Liturgie und Seelsorge oder ganz allgemein bei der Interpretation der Glaubens- und Sittenlehre „die Überschüsse schon mal etwas dürftiger ausfallen könnten“.

Drittens: „Kirche in Not“ hat sich in den vergangenen 4 Jahren atemberaubend schnell zu einer regelrechten „Plattform ultra-konservativer Kräfte“ entwickelt und vergisst ganz offensichtlich mehr und mehr, dass ein Hilfswerk ausschließlich „Sprachrohr der Armen“ ist und nicht Speerspitze kulturkämpferisch und kirchenpolitisch motivierter Kirchenfraktionen.

Wie stark „Kirche in Not“ inzwischen auf Abwege geraten ist, hat der vom Hilfswerk organisierte Kongress „Treffpunkt Weltkirche“ illustriert, der vom 12. bis 15. März dieses Jahres in Würzburg stattfand.

Ähnlich wie bei den Kongressen des fundamentalistischen „Forums deutscher Katholiken“ legten auch die Kongress-Organisatoren von „Kirche in Not“ großen Wert darauf, dass als „offizielle Medienpartner“ des viertägigen Treffens ausschließlich konservative Zeitungen, Sender und Nachrichtenagenturen geladen wurden – z. B. das militant-katholische Internet-Portal kath.net, das jedes Jahr einen festen finanziellen Zuschuss (irgendwo zwischen 10.000 und 20.000 Euro!) von „Kirche in Not“ erhält. Die rechts-katholische „Tagesspost“ aus Würzburg. Der weltweit operierende Fernsehsender EWTN, auf dem der „im Hotel wohnende“ Papst Franziskus jeden Tag sein Fett abkriegt, sowie K-TV. Und schließlich noch Radio Horeb.

Ebenso einseitig waren die Diskussionsrunden von „Treffpunkt Weltkirche“ besetzt – einschließlich natürlich des groß angekündigten Podiums „Gegen den Strom von Meinungsdictatur und Political Correctness“ (unter besonderer Berücksichtigung der sogenannten „Gender-Ideologie“). Der aus Kroatien stammende neue Apostolische Nuntius für Deutschland, Nikola Eterovic, der am Podium teilnehmen sollte, hatte sich wohl noch rechtzeitig von Kritikern aus der Bischofskonferenz überzeugen lassen, dass er als Vertreter des Papstes in Würzburg fehl am Platz wäre. Als Grund für seine „Absage“ gab er die Einführungs-Zeremonie für den neuen Erzbischof von Hamburg an. Zumindest ersparte er sich selbst und uns allen damit den peinlichen Moment, sich als Repräsentant des so optimistischen argentinischen Papstes mit einer total depressiv gestimmten Teilnehmerrunde in Würzburg solidarisieren zu müssen.

Es war einfach der „Verfolgung“ zu viel, die da in den Statements der Podiumsgäste und vor allem in den nervigen Suggestivfragen der als Moderatorin fungierenden Chefin der deutschen Sektion von „Kirche in Not“, Karin Maria Fenbert, beschworen wurde.

Statt zusammen mit Kardinal Gerhard Ludwig Müller unentwegt über die „Pogromstimmung“ zu jammern, die allüberall gegen die Kirche erzeugt werde – wo man in öffentlichen Diskussionen schon nicht mehr seine Meinung sagen dürfe und regelrecht „niedergemacht“ werde; wo von den Zeitungen fast überhaupt nicht über den gegen die „Fehlentwicklungen beim schulischen Sexualkundeunterricht“ gerichteten „Marsch für alle“ berichtet wird; wo es einer „schamlosen Lügenpresse“ gelingt, „zwei Bischöfe und zwei Bundespräsidenten“ aus dem Amt zu drücken; wo christliche Glaubenswahrheiten und Symbole durch den Schmutz gezogen werden – sollten wir, so meine Meinung, beim Umgang mit einer kritischen Öffentlichkeit einfach wieder die simple Lebensweisheit beherzigen, dass sich erst „beim Gang durchs Feuer die Qualität eines Edelmetalls zeigt“.

Im Übrigen war es schon immer falsch zu meinen, dass in den Zeitungs- und Fernsehredaktionen „kaum noch Leute sitzen“, die sich im Katholischen Katechismus und auch sonst bei „Mutter Kirche“ auskennen. Ich jedenfalls kann mich mit sehr vielen Ex-Kollegen (Zeitungs-, Rundfunk- und Fernsehredakteure) noch immer stundenlang und auf sehr hohem Niveau über Gott und die Welt sowie über Jesus und seine Kirche unterhalten.

Generell, so finde ich, sollte man sich tunlichst davor hüten, unbedacht und polemisch gleich von „Meinungsdiktatur“ zu reden, wenn jemand mal (zufällig) anderer Meinung ist und uns wissen lässt, dass er unsere Gedanken für reichlich abwegig hält.

Andererseits darf natürlich auch nicht unerwähnt bleiben, dass Journalisten bisweilen mächtig über die Stränge schlagen und berufsethische Regeln grob verletzen. Johannes B. Kerner hat das zweifellos getan, als er seine Ex-Kollegin Eva Hermann in seine inzwischen abgesetzte Talkshow einlud, sie zusammen mit den anderen Gästen tüchtig „verprügelte“ und ihr dann noch vor Ende der Sendung sagte: „Du kannst jetzt gehen!“

Schade eigentlich, dass „Kirche in Not“ bei der Vorbereitung auf den Würzburger Kongress nicht auf den Gedanken gekommen ist, dass man dort ja einem Johannes B. Kerner und anderen gelegentlichen „Meinungsdiktatoren“ auf die sanfte Tour zeigen könnte, wie man’s macht?! Dass man – immer die innerkirchliche Meinungsvielfalt und die Komplexität der Forschungsinhalte im Blick - aus einem Kreis von mindestens 50 angesehenen katholischen Moraltheologen, die sich gegenwärtig mit Gender-Fragen beschäftigen und dabei nicht selten zu sehr viel differenzierteren Ergebnissen kommen als zum Beispiel die von ganzen Bischofskonferenzen und von vatikanischen Stellen als „Expertin“ hochgejubelte Gabriele Kuby mit ihrem Buch „Die globale sexuelle Revolution“, zwei ausgewiesene Fachleute zusätzlich einlädt, um es bei der Podiumsdiskussion (auch im Interesse eines wissbegierigen Publikums) zu einem echten „Schlagabtausch“ kommen zu lassen.

Stattdessen hat man sich einmal mehr damit begnügt, in einem „geschlossenen Kreis von Rechtgläubigen“ immer wieder dieselben unausgegorenen „Glaubenssätze“ zu wiederholen und immer wieder dieselben Ängste zu artikulieren, um dann schließlich (trauriges Ergebnis eines solchen „Inzucht“-Verhaltens) ehrenwerte und aufrichtige katholische Theologen, die sich seit Jahren um Aufklärung und neue Erkenntnisse in Sachen menschlicher Sexualität und Gender-Gleichberechtigung bemühen, als „Terroristen“ abzustempeln und mit „Nazis und Kommunisten“ in einen Sack zu stecken.

Wenn man bei „Kirche in Not“ glaubt, „Meinungsdiktatur“ geißeln zu müssen, die wir ja alle (da, wo sie wirklich existiert!) zutiefst verabscheuen, hätte man in Würzburg ehrlicherweise ruhig auch über die systematische Unterdrückung der Meinungsfreiheit in der Kirche sprechen können: über die Kriege zum Beispiel, die wir zu diesem Zweck allenthalben untereinander auch in der Kirche anzetteln und führen (vgl. das Apostolische Schreiben von Papst Franziskus *Evangelii Gaudium* Nr. 98-191). Über den amerikanischen Dominikanerpater Thomas Doyle, der seit nunmehr 30 Jahren in aufopfernder Weise in den englisch-sprachigen Ländern der Weltkirche Tausenden von Kindern und Ju-

gendlichen, die in kirchlichen Einrichtungen sexuell missbraucht wurden, hilft und darüber, warum der gelernte Kirchenrechtler als „Lohn“ dafür in allen Bistümern der USA als „persona non grata“ behandelt wird und nirgendwo mehr in der Pfarrseelsorge tätig sein darf?! Oder auch über meine Kollegen in der Kirchenpresse (Uwe Renz, Chefredakteur der Kirchenzeitung des Bistums Rottenburg-Stuttgart, der 1999 – „imprimatur“ berichtete darüber – vom damaligen Ortsbischof Walter Kaspar wegen „Ungehorsams“ sang- und klanglos entlassen wurde; Comboni-Pater Alex Zanotelli, der 1987 als Chefredakteur der Monatszeitschrift „Nigrizia“ seinen Hut nehmen musste, weil er die Verwicklung Italiens in den Waffenhandel denunziert hatte und weil der damalige Präfekt der „Kongregation für die Evangelisation der Völker“, Kardinal Josef Tomko, seinen Kommentar für „unanständig“ hielt. Pater Eugenio Melandri, Chef der Missionszeitschrift der Xaverianer („Missio Oggi“), der zwei Jahre später, also 1989, ebenfalls auf Betreiben des mächtigen Kurien-Kardinals Josef Tomko fristlos entlassen und in die Wüste geschickt wurde.

Über den unvergesslichen Moraltheologen Bernhard Häring, den die Amtskirche auch auf seine alten Tage noch wie einen dummen „Schuljungen“ behandelte und ihm verbot, kritische Anmerkungen zur weltweit umstrittenen Enzyklika „Humanae Vitae“ zu machen?!

Bestimmt kann man sich bei „Kirche in Not“ noch daran erinnern, dass „Stiftungsvater“ Joseph Ratzinger (als „Glaubenshüter“ und später dann auch als Papst) immer wieder heftig gegen die sogenannte „Diktatur des Relativismus“ wettete, wenn es jemand gewagt hatte, seine und seines Vorgängers Verlautbarungen kritisch zu hinterfragen.

Zum Schluss geht von hieraus noch die bescheidene Bitte nach Königsstein, doch künftig nicht mehr darüber zu klagen, dass mit unseren Steuergeldern „pornografische Sexualaufklärung“ in deutschen Schulen bezahlt und überhaupt der „Untergang des Abendlandes“ beschleunigt wird. Denn im gleichen Atemzug müssen wir umgekehrt wegen der Spendengelder nachhaken, die von „Kirche in Not“ für den Druck einer kostenlos verteilten „Gender-Broschüre“ (Auflage über 100.000) verwendet wurden.

Hat man da nicht, mit Verlaub, Spendengelder zum Fenster rausgeworfen?!

\*\*\*

Horst Hohmann

## Aus einem sehr traurigen Anlass

Brief an einen Freund, dem Kenia zur zweiten Heimat geworden war

---

Lieber Jupp, es hat in unserer Kindheit immer gewaltigen Eindruck auf mich gemacht, wenn sich an schwülen Sommermittagen im „Neuhöfer Loch“ diese schwarz-grünen Gewitterwolken mit den gelben Schlieren drin auftürmten und – wie von einem unsichtbaren, mächtigen Turbo beschleunigt – dann rasend schnell auf unser kleines Dorf zukamen. Erschrocken zuckten wir hinter den angelaufenen Fensterscheiben jedes mal zusammen, wenn die Blitze niederfuhren und der Donner krachte - so als wäre gleich neben uns eine Kriegsbombe hochgegangen. Kannst Du Dich noch an das Gefühl von Ohnmacht und Angst erinnern, das uns Kinder in jenen Momenten packte, weil wir den Naturgewalten so hilflos ausgeliefert waren? Wie wir manchmal minutenlang den Atem anhielten und auf den nächsten „Einschlag“ warteten?

Als in der Karwoche die schreckliche Nachricht vom Massaker der islamistischen Al-Shabaab-Milizen auf dem Campus der Universität der nordostkenianischen Stadt Garissa kam, bei dem 148 Studenten im Kugelhagel der Glaubensfanatiker den Tod fanden, habe ich an diese Unwetter während unserer Kindheit denken müssen - wie sie oft „aus dem Blauen“ über uns hereinbrachen, wie wir zusammengekauert auf einer Eckbank saßen, wie uns das Lachen jedes mal schlagartig verging und wie wir in stummen Stoßgebeten hinterher immer dafür dankten, mal wieder mit dem Leben davon gekommen zu sein.

Du, lieber Jupp, wirst die Hiobsbotschaft aus Kenia vor allem deshalb als einen neu-

erlichen Dolchstoß empfunden haben, weil die Steinwüsten und Savannenlandschaften Kenias und auch die Dornensteppen, die sich von Garissa nach Osten bis zur somalischen Grenze und nach Norden bis nach Äthiopien endlos erstrecken, zu Deiner zweiten Heimat geworden waren. Weil Du die Menschen dort in Kenia – ganz gleich, ob sie Muslime, Christen oder Anhänger einer traditionellen Bantu-Religion waren – einfach nur als ein lebenslustiges und sinnenfrohes Volk in Erinnerung hast. Menschen, die feiern können. Menschen, die selbst bei schwerer Feldarbeit oder bei der mühsamen Suche nach neuen Weidegründen für ihr Vieh noch ein Lied auf den Lippen haben. Menschen, die sich oben am Turkano-See genauso wie am Fuß des Kilimanjaro auf Kisuaheli mit einem herzlichen „Habari ghani - wie geht´s?“ begrüßen und mit einem freudigen „Salama tu“ bekunden, dass sie mit sich selbst und mit ihren Mitmenschen „im Frieden“ leben – ohne in ihrem Herzen Groll, Rachegeanken oder gar kriegerische Absichten zu hegen.

Für diejenigen, die Dich nicht kennen, mein lieber Freund, darf ich hier kurz erwähnen, dass Du als erfahrener Architekt für die AGEH, eine Misereor-Tochtergesellschaft, 1978 nach Kenia gegangen bist, um in der „Nyanza Building Cooperation“, einer genossenschaftlich organisierten Bau-firma junge Männer für die verschiedenen Sparten des Bauhandwerks auszubilden oder, wie Du immer sagtest, „damit Matinda und Juma irgendwann mal beruflich auf eigenen Füßen stehen können“. Bei keinem Deiner späteren Mitarbeiter hast Du nach dem Taufschein gefragt oder wissen wollen, an welchen Gott er glaubt. Ja, und nicht mal im Traum wäre es Dir eingefallen, Führungsaufgaben beispielsweise von der Zugehörigkeit zum Volksstamm der Luo oder der Kipsigis abhängig zu machen.

Es freut mich, lieber Jupp, dass Du als sogenannter „Entwicklungshelfer“ (trotz aller selbstkritischen Einwände) nie verschwiegen hast, wie viele schlaflose Nächte Dich der beschwerliche Einstieg in die Sprachen und in die Kultur Deiner kenianischen Freunde gekostet hat. Wie Dich immer wieder heftige Malaria-Attacken ans Bett fesselten und wie Du in Deinem Pacheco-Geländewagen bei einer oft unerträglichen Hitze Tausende von Kilometern

auf staubigen Schotterstraßen zurückgelegt hast, um neue Bauaufträge reinzuholen und an den oft weit verstreuten Großbaustellen von Lagerhallen und Brücken „nach dem Stand der Dinge zu sehen“.

1997 musstest Du schließlich – krankheitsbedingt – nach Deutschland zurückkehren, musstest Dir eine kaputte Niere entfernen lassen und dann sehr schnell erkennen, dass an eine Rückkehr nach Kenia nicht mehr zu denken war.

Was Dich, lieber Jupp, zusammen mit unserem Freund Hans Burgmann, der sich - 82-jährig - noch immer unermüdlich für die Straßenkinder von Kisumu einsetzt, oder auch zusammen mit Deiner Cousine Therese Vogel, die oben am Mount Elgon seit über 30 Jahren als Ordensfrau und Krankenschwester tätig ist, von den fundamentalistischen Eiferern der Al-Shabaab unterscheidet, hat die brutale Zweckentfremdung Deines ehemaligen Dienstwagens durch die Mörder von Garissa gezeigt, als sie ein Jahr nach Deinem Abschied aus Kenia Deinen unter der Hand erworbenen Pacheco mit Sprengstoff beluden und in einer Selbstmordaktion das Strandhotel einer jüdischen Familie nördlich von Mombasa in die Luft jagten. Die Killer der Al-Shabaab (wie übrigens auch der IS-Milizen im Nahen Osten und die Boka-Haram-Terroristen in Westafrika) kommen nicht, um Kranke zu heilen, um Kindern eine gediegene Schulausbildung zu geben oder um Arbeitsplätze zu schaffen. Sie kommen als selbsternannte Scharfrichter mit fertigen Todesurteilen in der Tasche. Sie stürmen die Hör- und Schlafsäle ahnungsloser Studenten in Garissa und erschießen 148 künftige Lehrer, Verwaltungsfachleute, Techniker und Krankenpfleger, weil sie in ihrem christlichen Elternhaus keine muslimischen Gebete gelernt hatten.

Wir wissen, mein lieber Jupp, dass vielen unserer muslimischen Freunde in Kenia und im benachbarten Tansania genauso wie uns nach dem blutigen Überfall von Garissa noch immer blankes Entsetzen im Gesicht steht. Und wir sind uns mit ihnen einig, dass wir uns von niemandem – egal welcher weltanschaulichen Couleur – für „Glaubenskriege“ instrumentalisieren lassen.

Dort, wo sich unsere Vorfahren in der nordkenianischen „Wiege der Menschheit“



seit über 3 Millionen Jahren im „aufrechten Gang“ übten (weil sie des „Kriechens“ überdrüssig geworden waren), müssen im Kampf gegen den religiösen Extremismus neue Allianzen geschlossen werden.

Kardinal John Njue von Nairobi, mit dem Du, lieber Jupp, seit über 30 Jahren befreundet bist, hat zu Recht davor gewarnt, in Kenia von einer „Christenverfolgung“ zu sprechen. Wichtig sei vielmehr, so forderte er, zusammen mit den Muslimen gegen jede Art von menschenfeindlichem „Dschihad“ entschlossen Front zu machen.

Beste Grüsse aus dem fernen Curitiba, Dein Horst!

PS. John Njue hat übrigens in seinem Krisen-Statement eigens hervorgehoben, dass neben der Seuche des religiösen Extremismus auch die verheerende Seuche der Korruption mit vereinten Kräften bekämpft werden müsse.

*Joseph „Jupp“ Reith (74) ist Architekt und ehemaliger AGEH-Entwicklungshelfer. Er lebte und arbeitete zusammen mit seiner Frau Brigitte 20 Jahre in Kenia.*

\*\*\*

Paul Glotter

## Ehre, wem Ehre gebührt

Der Herbert-Haag-Preis 2015 ging an Regina Ammicht Quinn und an die Zeitschrift Concilium

Selbstverständlich wären auch wir liebend gerne nach Luzern gefahren, um den Herbert-Haag-Preis 2015 zusammen mit diesem „hübschen kleinen Taschengeld von 10.000 Euro“ entgegenzunehmen. Doch weil wir unsere Begierlichkeit schon immer zu zügeln wussten und es uns ansonsten in den vergangenen 47 Jahren einfach nur Spaß machte – sozusagen „mit Pfeil und Bogen“ – für ein bisschen mehr „Freiheit in der Kirche“ zu kämpfen, erklären wir heute neidlos und von ganzem Herzen: „Ehre, wem Ehre gebührt!“

*Concilium*, die 1965 gegründete Internationale Zeitschrift für Theologie, sowie *Regina Ammicht Quinn*, die aus Stuttgart stammende Theologin und Ethikerin haben nach unserem bescheidenen Dafürhalten den diesjährigen Preis der Herbert-Haag-Stiftung hoch verdient.

Wir vermuten mal, dass der legendäre Alttestamentler Herbert Haag (1915-2001), der u.a. mit seinem 1969 erschienen Buch „Abschied vom Teufel“ Furore machte, 1985 nochmal heftigst über sich selbst und seine Absicht erschrak, eine Stiftung für „Freiheit in der Kirche“ ins Leben zu rufen. Aber zusammen mit ihm waren auch wir damals längst zu der bitteren Erkenntnis gekommen, dass es unter Johannes Paul II. und unter seinem umtriebigen Glaubenshüter Joseph Ratzinger mit der Freiheit in der Kirche zunehmend den Bach runterging, und dass die Zeit für energischen Einspruch gekommen war.

Nicht umsonst hat denn auch die junge Vorarlberger Theologin und Sozialethikerin Petra Steinmair-Pösel bei der Preisverleihung in Luzern in ihrer Laudatio auf die Redaktion und die Herausgeber von *Concilium* hervorgehoben, dass der Freiheitsentzug mit abschätzigen und skandalösen Urteilen namhafter Vertreter der Amtskirche übers Zweite Vatikanische Konzil einherging. Schon 1975, also gerademal 10 Jahre nach Konzilsende, habe Joseph

Ratzinger erklärt: „Wer heute auf das Zweite Vatikanische Konzil zurückschaut, wird kaum noch auf den Gedanken kommen, darin ein zweites Pfingsten zu sehen“. Steinmair-Pösel hätte ergänzend noch daran erinnern können, dass derselbe Ratzinger 1985 in einem Zeitschriften-Interview (dann bereits als Präfekt der Glaubenskongregation) mit kaum zu überbietender Arroganz die Jahre nach dem Konzil als „verlorene Jahre“ bezeichnet hatte. *Concilium*, so Steinmair-Pösel in ihrer Laudatio, habe in diesen angeblich „verlorenen Jahren“ bewundernswerte Stärke und Beharrlichkeit bewiesen, als es in einer „winterlichen Zeit“ darum ging, die von den Konzilsvätern geforderten Reformen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. *Concilium* sei trotz aller Anfeindungen eine unverwüstliche und „prophetische Stimme“ geblieben und habe über die Jahre hinweg konsequent ihr weltkirchliches Profil ausgebaut. Die österreichische Theologin erklärte sodann: „Mehr denn je brauchen wir heute eine in der Erfahrung und in der Praxis, in Mystik und Politik verwurzelte und geerdete Theologie; eine universelle, überkonfessionelle und interreligiös geweitete Theologie, eine für das Randständige sensibilisierte Theologie – auch wenn diese manchmal unbequem, vielleicht sogar lästig erscheint“.

In seiner Dankadresse unterstrich der derzeitige Präsident des internationalen Herausgebergremiums von *Concilium*, der indische Befreiungstheologe Felix Wilfred, „dass der theologische Diskurs die Frucht eines Dialogs mit Völkern und Kulturen und ihren vielfältigen Erfahrungen sein muss“. Zeichenhaft für die neue Ausrichtung von *Concilium* stehe u.a. die Tatsache, dass das Sekretariat der Zeitschrift bereits 2007 von Nijmegen in den Niederlanden nach Chennai (Madras) in Indien verlegt wurde. Anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Zeitschrift finde im Mai 2015 in Rio de Janeiro (Brasilien) ein internationales Symposium rund um die Befreiungsthematik statt.

Die Laudatio auf die zweite Preisträgerin, die in Tübingen lehrende Theologin und Ethikerin Regina Ammicht-Quinn, hielt die Regenburger Kirchenrechtlerin Sabine Demel. Sie stellte gleich zu Beginn ihrer Rede fest, dass noch immer fast alle mit amtskirchlichem Misstrauen rechnen müssten, die über „Liebe, Lust und Leidenschaft“

forschen. Weil Frau Ammicht-Quinn dies nun schon seit über 20 Jahren auf ihre bekannt herzerfrischende und streitbare Art tue, stehe auch sie unter Generalverdacht. Demel sagte: „Solche kraftvollen Menschen – insbesondere wenn sie Frauen sind – mit einer so lebensfreundlichen und zugleich überzeugenden Theologie haben es leider Gottes seit jeher und bis heute schwer, in der Kirche und in der vom kirchlichen Lehramt abhängigen Wissenschaftsdisziplin, der Theologie, Fuß zu fassen – überhaupt dort einen Fuß auf den Boden zu bekommen.“

Immerhin sei der Preisträgerin zweimal als Erstplatzierte auf einer Berufungsliste zur Professorin das sogenannte Nihil-obstat vom kirchlichen Lehramt verweigert worden, und ungezählte Male hätten sie Berufungsausschüssen in „vorausgehendem Gehorsam“ gar nicht erst auf die Liste gesetzt. Außerdem sei sie oft zu wichtigen Fachkongressen nicht eingeladen worden, oder die von ihr mitverantworteten Tagungen dürften in kirchlichen Räumen nicht stattfinden.

Zusammen mit Sabine Demel kann man eigentlich nicht oft genug daran erinnern, dass jemand stark im Nehmen sein muss, um die amtskirchlichen Gehässigkeiten und die damit verbundenen weitreichenden beruflichen und persönlichen Folgen gelassen wegzustecken und nicht zu verbittern. Ja, und Regina Ammicht-Quinn lässt sich offensichtlich ganz bewusst nicht aus der Fassung bringen oder dazu verleiten, die kleinkarierten „Spielchen“ der offiziellen kirchlichen Sittenwächter sonderlich ernst zu nehmen. Sie ist auch in Luzern bei ihrer Replik wieder mal sehr humorvoll und geistreich gewesen – souverän, wie sich’s für einen Profi gehört.

Sie sprach fast amüsiert und doch auch ein wenig traurig von den Menschen im geschützten „Innenbereich“ der Kirche, die wegen jedem kleinen Luftzug reklamieren und eifertig Fenster und Türen schließen und so auf ihre sehr penetrante Art dazu beitragen, dass Leute wie die angesehene Ethikerin selbst sich immer wieder „draußen“ fühlen müssen – umgeben von einem Hauch von „Exil, Emigration, Flucht, Vertreibung, Ausbürgerung und Berufsverbot“. Ammicht-Quinn legte in ihrer sehr guten Rede eigens Wert darauf, die sogenannten „kleinen Unterschiede“ nicht zu verweisen, als sie sagte: „In meinem Fall und in

anderen Fällen bezieht sich all das nur auf Beruf, Karriere und Identität“. Es gehe nicht wie bei den mehr als 50 Millionen Menschen, die heute auf der Flucht sind, ums Leben und Überleben zwischen „innen“ und „außen“.

Die Tübinger Ethikerin gesteht, dass das „Draußensein“ nicht nur schmerzhaft sei, sondern gelegentlich auch als ein „erkenntnistheoretisches Privileg“ betrachtet werden könne, das einem u.a. helfe drei besonders „wunde Punkte“ im wohlbehüteten Innern der Kirche („vor Zugluft geschützt“) auszumachen: den Körper, die Sexualität und die Genderfragen.

Ammicht-Quinn erinnerte an das lange kultur- und religionsgeschichtliche „Misstrauen gegen den Körper“, an das „Auseinanderklaffen von Leib und Seele“ sowie an den „Kriegszustand zwischen beiden“. Sie zeigte, wie das Misstrauen gegen den Körper dazu führte, die menschliche Sexualität als etwas Unreines anzusehen, und wie dann beispielsweise in den Bußbüchern des Mittelalters Eheleuten ausführlich vorgeschrieben wurde, wann sie keinen Geschlechtsverkehr haben durften.

\*\*\*

Horst Hohmann

## Wann kommt die Enzyklika übers „Hinstehen“?

Vor 30 Jahren starb Heinrich Böll

---

Da hatte der Günther Grass schon recht, als er nach dem Tod des von mir sehr geschätzten Heinrich Böll in der ZEIT meinte, dass der Kölner ein sicheres Opfer der Inquisition gewesen wäre, hätte er drei oder vier Jahrhunderte früher gelebt. Sie hätten ihn öffentlich verbrannt oder um einen Kopf kürzer gemacht, weil er unaufhörlich gegen Papst und Kirche stänkerte, weil er am Rhein und anderswo zum Widerstand gegen diese „ewig grinsenden Bischöfe“ aufrief, weil er unter Protest aus der Kirche austrat und vor „unschuldigen Kindern“ erklärte, dass man auch ohne die Kirche zur ewigen Seligkeit gelangen könne.

Böll hat sein ganzes Leben lang praktiziert, was die Schwaben mit dem wunderschönen Wort „hinstehen“ umschreiben. Er hat Ross und Reiter beim Namen genannt, wenn politische und kirchliche Würdenträger ihr Amt missbrauchten. Er hat Verlegern die Leviten gelesen und sie offen der Ausbeutung der schreibenden Zunft beschuldigt. Er hat zeitlebens aufrechten Menschen Beifall gespendet und ihr mutiges Handeln zur Nachahmung empfohlen: Leuten wie der streitbaren Italien-Korrespondentin des Bayerischen Rundfunks, Franca Magnani. Leuten wie dem katholischen Journalisten und Arbeiterführer Nikolaus Gross, der von den Nazis hingerichtet wurde und während seiner gesamten Haftzeit vergeblich auf den Besuch eines Bischofs wartete. Leuten auch wie Bonhoeffers Oma Julie, die sich lauthals weigerte, ein von jüdischen Freunden geführtes Lebensmittelgeschäft zu boykottieren, und den Ortsgruppenführer der NS anschrie: „I kauf mei Butter, wo I mei Butter immer kauf!“

Für Heinrich Böll stand fest, dass „Widerstand“ nicht einfach nur mit dem 20. Juli 1944 zu tun hat und mit dem Versuch, blutrünstige Tyrannen ins Jenseits zu befördern. Widerstand, so betonte er unermüdlich, sei vielmehr auch gegen die Verführer unserer Zeit erforderlich, gegen die „falschen Fuffziger“ ganz allgemein, gegen die Werbung, die versklavt und uns zu Mitläufern macht, gegen die sogenannte „schweigende Mehrheit“, die sich mit billigen Sprüchen abspesen lässt und beim Bier auf den nächsten Truppenaufmarsch wartet.

Widerstand – den verband Böll mit Momenten wie damals Ende der 1980er Jahre im schwäbischen Mutlangen, als amerikanische GIs durch den Zaun der Kaserne hindurch Kassiber an ihn und seine gegen den sogenannten Nato-Doppelbeschluss demonstrierenden Freunde rausreichten, auf denen geschrieben stand: „Don´t yield – Nicht weichen!“

Ich bin sicher, es hätte Heinrich Böll wütend gemacht, hätte man jenen Widerstand als harmlos belächelt, weil die Teilnehmer der Sitzstreiks und Protestmärsche keine Waffen im Gürtel trugen, oder weil sich ein Konstantin Wecker bei Kundgebungen der Friedensbewegung einfach nur ans Klavier setzte und seine „Ballade von den zertrüm-

merten Wirklichkeiten“ sang!  
 Widerstand, so wie ihn Böll predigte, kommt zwar auch „aus dem Bauch“ und hat fast immer was „Archaisches“ an sich, muss aber stets ein „intelligenter“ Widerstand sein – wo die Frauen, Männer und Jugendliche, die sich den Mächtigen in den Weg stellen, wissen, worum es geht, weil sie sich in „Sachen Rüstung“ zum Beispiel kundig gemacht haben und auf vielen Informationsveranstaltungen der Frage nachgegangen sind, was Menschen so „beruhigend“ daran finden, auf einem atomaren Pulverfass zu sitzen und tatenlos auf den großen Knall zu warten?!

Genau wie Heinrich Böll, der katholisch aufgewachsen ist und mächtig stolz darauf war, dass sein Vater die Kirchenbänke und die großen Sakristeischränke der altherwürdigen Pfarrkirche St. Maternus in Köln geschreinert hatte, habe auch ich es in meiner frühen Kindheit für eine Auszeichnung gehalten, als Ministrant einmal im Jahr schwere Kirchenfahnen von unserem Dorf nach Fulda ans Grab des „Apostels der Deutschen“, des Heiligen Bonifatius, zu schleppen und mindestens zweimal die Woche das lateinische Confiteor ins hohe Kirchengewölbe zu plärren und am Ende der Liturgie das dicke Messbuch nochmal von rechts nach links auf den Altar rüber zu tragen für´s sogenannte „kleine Evangelium“. Mich hat es später dann immer köstlich amüsiert, wenn ich bei Fußball- oder Eishockeyspielen in Bölls Heimatstadt Zuschauer neben mir sagen hörte: „Die spielen jetzt nur noch das kleine Evangelium“, mit anderen Worten „Da wird gleich abgepfiffen!“

Böll hat sich im Sommer 1985 von unserem Planeten verabschiedet, und ich muss ihm heute, wo das auch schon wieder 30 Jahre her sind, leider sagen, dass wir noch immer vergeblich auf eine päpstliche Enzyklika übers „Hinstehen“ und über „qualifizierten Widerstand“ warten. Zuviel verlangt? Eigentlich nicht, wenn man bedenkt, wie hartnäckig sich die Kirche auf den Mann aus Nazareth beruft, der ja schließlich nicht friedlich in einem Bett, sondern als „Volksaufwiegler“ an einem Kreuz gestorben ist. Er hatte sich „hingestellt“ und den Hohenpriestern gesagt, dass sie ein Haufen gottverdammter Heuchler sind.

\*\*\*

## Die (späte) Seligsprechung

### Erklärung der Christlichen Initiative Romero

*Münster, 20. Mai 2015* Am kommenden Samstag, 23. Mai 2015, wird der ermordete Erzbischof Oscar Arnulfo Romero in seiner Heimat El Salvador selig gesprochen. Die entwicklungspolitische Organisation Christliche Initiative Romero (CIR) trägt seinen Namen, weil sie seinen Einsatz für Entrechtete und Unterdrückte fortsetzen will. Romero war ein Mensch mit einem klaren Sinn für Gerechtigkeit und erhob seine Stimme für die Stimmlosen – allen Widerständen und Todesdrohungen zum Trotz. Seine Forderung „Stoppt die Unterdrückung“ ist heute so aktuell wie damals, nicht nur in seinem Heimatland.

*„Wenn der liturgische Akt der Seligsprechung dazu führt, dass sich mehr Gläubige weltweit verstärkt für die Einhaltung von Menschenrechten engagieren, begrüßen wir von der Christlichen Initiative Romero dies sehr“,* sagt Anne Nibbenhagen, Vorstandsvorsitzende der CIR. *„Die potenzielle Vereinnahmung des Bischofs seitens konservativer Kreise in Kirche und Politik mit der Absicht, die Figur Romero zu verwässern, sehen wir jedoch sehr kritisch.“*

In El Salvador wird Romero, der vor 35 Jahren im Auftrag rechtsgerichteter Kreise während einer Messe erschossen wurde, ohnehin eher als prophetischer Mahner gegen eine skrupellose und übermächtige Obrigkeit, denn in seiner Funktion als Erzbischof geachtet.

Romeros Überzeugungen spiegeln sich auch wider in dem täglichen und oftmals schwierigen Einsatz für Frauen- und Menschenrechte der salvadorianischen Partnerorganisation der CIR, FUNDAHMER. Die CIR unterstützt die von FUNDAHMER organisierten Feierlichkeiten am 23. Mai für die einfachen Leute El Salvadors. Denn obwohl Romero zeit seines Lebens ein Mann des Volkes war, und für dies auch sein Leben gab, will die Kirchenhierarchie El Salvadors den Festakt unter Ausschluss der Bevölkerung begehen.

*Die Christliche Initiative Romero e. V. gründete sich 1981, kurz nach dem Attentat auf*

*Romero, und setzt sich seither im Sinne ihres Namensgebers gegen Menschenrechtsverletzungen und Ungerechtigkeitsverhältnisse ein – insbesondere in Mittelamerika.*

\*\*\*

Karl Josef Wendling

## **Gedanken eines Pfarrers zum 50. Jahrestag seiner Weihe**

Predigt von Pfarrer Karl Josef Wendling am 26.04.2015 in Wadgassen

Liebe Gemeinde,  
heute, wo ich den 50. Jahrestag meiner Priesterweihe mir Ihnen feiern darf, möchte ich über meinen Beruf/meine Berufung zu Ihnen sprechen, ganz persönlich, nicht allgemein. Wenn ich zurückschaue, kann ich sagen: Es war und ist mein Traumberuf. Ich bin am 3. April 1965 in Trier von Bischof Matthias Wehr zum Priester geweiht worden. Wie kam es dazu?  
Ich bin in Saarbrücken aufgewachsen in der Pfarrei St. Michael mit damals rund 9.000 Katholiken. In unserer Familie war das Leben mit der Kirche selbstverständlich. Ich war Messdiener und Jugendführer. Wir hatten damals einen Pastor und zwei Kapläne. Die ersten Kapläne nach dem Krieg waren alle Soldaten, die mehr oder weniger blessiert heimgekehrt waren. Diese Kapläne haben sich viel Zeit für uns genommen. Wir haben sie erlebt am Altar, in der Schule, in Zeltlagern und bei Hausbesuchen. Es war einfach schön, zu dieser katholischen Kirche und zu dieser Jugend zu gehören. Der Wunsch, Priester zu werden, meldete sich. ...  
Nach dem Abitur entschloss ich mich zunächst, an die Universität in Saarbrücken zu gehen. Ich wollte Latein und Griechisch studieren für das Lehrfach an Gymnasien. Der Wunsch, Priester zu werden, war noch stark. Aber die Scheu vor dem Zölibat war auch stark. In unserer Jugend gab es auch viele Mädchen, und die waren mir nicht gleichgültig. Also lieber vorsichtig. Die War-

tezeit war gut. Nach einem halben Jahr war ich mir ziemlich sicher: Meine Zukunft lag im Priesterberuf. Der Ruf war stärker als die Bedenken. So habe ich mich im Priesterseminar in Trier angemeldet und mein Theologiestudium begonnen. Wir haben zu 10 angefangen, ein sog. Zwischensemester. Alle haben vorher etwas anderes studiert: Jura oder Mathe oder Medizin oder wie ich Sprache. Wir waren ein bunter, interessanter Haufen. So war das im ganzen Priesterseminar, das damals noch zum Bersten voll war. Wir haben in unserem Studium das Konzil erlebt. Das war Wahnsinn und wir waren richtig stolz auch unsere Kirche. ...

Ich wurde Kaplan in Weißenthurm am Rhein und erlebte, wie der Pfarrbrief eingeführt wurde, natürlich viel primitiver als heute. So etwas gab es früher nicht. Dann kam der Pfarrgemeinderat auf. Zuerst hieß er Pfarrausschuss. Mein damaliger Pastor wollte nicht so recht. Aber die Entwicklung hat ihn überrollt. Und es ging noch weiter. Als ich Pfarrer wurde in Illingen, kam die Gemeindekatechese auf. Kinder wurden von Eltern, von sog. Katechetinnen und Katecheten auf die Erstkommunion und die Firmung vorbereitet. Es war die „Stunde der Laien“. ... Deswegen erschrecke ich manchmal, wenn ich sehe, wie junge Seminaristen nicht früh genug den Gipskragen ankiegen, um zu demonstrieren, dass sie was Besonderes sind. ...

Das wird immer zum Berufsbild des Priesters gehören. Das ist das Geheimnis jeder Seelsorge: Die Begegnung mit den Menschen. Der Pfarrer muss das Leben „seiner“ Menschen kennen – nicht aus Vorwitz, sondern um sie besser zu verstehen. ... Der Pfarrer muss Zeit haben für das Gespräch mit Gott, aber er muss auch „geredet“ sein. Das Leben ist ja nicht so, wie es in den Büchern steht. Es ist ungeheuer verflochten und kompliziert. Und wer den Menschen gerecht werden will, der muss ihr wirkliches Leben kennen, der muss auch Zeit haben, mal ein Bier mit ihnen zu trinken und sie zu erleben, wenn sich die Zunge löst und manches sich hervortraut, was immer zurückgehalten wurde. Für mich waren deswegen auch ein ganz wichtiger Teil der Seelsorge die Hausbesuche. Pfarrer sein ist ein spannender und vielseitiger Beruf. Im Auftrag Jesu und in Anlehnung an ihn Hirte zu sein. Verantwortung für eine Gemeinde zu übernehmen, für sie

dazusein. Einer von ihnen und doch auch ihr gegenüberzustehen. Solidarisch mit ihr zu sein, aber sie auch kritisch anzuschauen, sie zusammenzuhalten und auch sie zu führen.

Natürlich hängt nicht alles von den Pfarrern ab. Wir haben andere kirchliche Berufe mit und ohne Weihe, eine Frucht des Konzils und des Priestermangels: unsere Diakone, die GemeindereferentInnen und die PastoralreferentInnen. Sie sind gut ausgebildet und machen gute, engagierte Arbeit. Aber der Beruf des Pfarrers ist schon für unsere Kirche von besonderer Bedeutung. Und der Mangel an Pfarrern, der immer noch zunimmt, ist ein großes Problem. Bischof Kamphaus, der frühere Bischof von Limburg, bemerkt dazu: „Viele sagen heute: schafft doch den Zölibat ab, dann ist das Problem erledigt. Ob das so einfach ist? Ich bin überzeugt, es wird auch in Zukunft ehelos lebende Priester geben“. Ich bin auch überzeugt, dass es in Zukunft noch ehelos lebende Priester geben wird. Warum auch nicht? ... Ich muss ein großes Ideal haben, dem ich mich ganz widme. Nur vom Verzicht kann kein Mensch leben. Aber ich weiß auch, dass die Verpflichtung zur Ehelosigkeit viele vom Beruf des Pfarrers abhält, die durchaus eine Berufung dazu verspüren, Und ich weiß, wieviele gute Leute wir dadurch schon verloren haben. Da widerspreche ich jedem Bischof! Lehren nicht unsere evangelischen Mitchristen uns, dass man auch mit einer Familie von der Leidenschaft für Gott erfüllt sein kann, dass eine Frau an der Seite auch den Beruf ihres Mannes mittragen kann. Und lehren uns das nicht auch unsere verheirateten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen! Ja aber, wenn dann eine Pfarrerehe geschieden wird? Dann hätte unsere Kirchenleitung schon längst eine andere Lösung gefunden, wie sie mit geschiedenen und wiederverheirateten Eheleuten umgeht!

Das mit dem Zölibat zu ändern, liegt in der Entscheidung der Bischöfe und des Papstes. Unter den Gläubigen ist da schon lange eine breite Zustimmung vorhanden. Aber auf das Kirchenvolk hören die Bischöfe kaum. Der aufgezwungene Zölibat ist ein großes Leid. Und der nicht ehrlich gelebte, der nicht durchgehaltene Zölibat vieler Priester schadet der Glaubwürdigkeit der Kirche ungemein. Kann man sich nicht

verheiratete und ehelos lebende Priester nebeneinander vorstellen?

Bei dem Thema Pfarrer fällt mir bei der heutigen Situation noch manches ein. Das will ich zum Schluss nur streifen. ... Ich kann mir auch vorstellen, dass Diakone, die sich dazu berufen fühlen, im reiferen Alter mit ihrer Berufserfahrung zum Priester geweiht werden und so die Eucharistiefeier nicht nur verzieren, sondern auch leiten können. Muss jeder Pfarrer ein vollständiges theologisches Studium haben? Und ein ganz ketzerischer Gedanke, den ich bei den evangelischen Mitchristen entliehen habe: Eine Frau als Pfarrerin?!

Unsere Bischöfe wollen das Problem anders angehen. Nach meinem Kenntnisstand will unser Bischof bis zu 70 Priester aus Indien, nach entsprechender Vorbereitung, kommen lassen und anstellen. Nichts gegen gelegentliche ausländische Priester. ... Aber in diesem Umfang?! Das finden sogar die nicht gut. Damit können wir unsere kirchlichen Probleme nicht lösen. Das sind Ausweichmanöver. In den Missionsländern setzen wir auf einheimische Kräfte, und bei uns praktizieren wir das Gegenteil!

Wenn heute ein junger Mann zu mir käme und würde mich fragen: Meinen Sie, ich sollte, ich könnte...? Ich würde ihm sagen: Überleg es dir gut! Für mich war es der Beruf meines Lebens. Wenn du den Mut hast für das Abenteuer mit Gott und den Menschen, wag es! ... Hoffe aber nicht auf die Aufhebung des Zölibates. ... Wenn eine junge Frau käme, würde ich sagen: Schade, du bist zu früh geboren. Ich hätte noch viel zu sagen, aber es reicht!

\*\*\*

Werner Müller

## **Buchbesprechung zu: Michael W. Higgins: Thomas Merton. Der geerdete Visionär**

Stuttgart: Verlag Katholisches Bibelwerk 2015, 160 Seiten

„Der Trappistenmönch Thomas Merton (1915 – 1968) ist einer der einflussreichsten christlichen Mystiker neuerer Zeit. Sein Einsatz für Frieden und Menschenrechte machte ihn weltweit bekannt. Seine Bücher wurden internationale Bestseller“, so heißt es im Werbetext für ein anderes, sich mit seinem zentralen Anliegen Kontemplation auseinandersetzendes Werk zu Mertons 100. Geburtstag (W. Müller, D. Cuntz (Hgg.), *Kontemplativ leben, Vier Türme* Verlag 2014, mit Beiträgen heutiger spiritueller Autoren). Während vor einem halben Jahrhundert, als die heutige Rentner-Generation (Theologie) studierte, Thomas Merton durchaus ein Begriff war und während in den USA nach wie vor eine wahre Merton-Begeisterung, auch über den römischen Katholizismus hinaus, festzustellen ist, ist davon in Deutschland wenig zu spüren. Anlässlich des Geburtstagsjubiläums scheint sich dies etwas zu ändern. Die beiden genannten Bücher, eine deutsche Neuauflage seines wohl bekanntesten Werks „Der Berg der sieben Stufen“ und einer Textsammlung mit Gedichten vor wenigen Jahren sowie Artikel zum Jahrhundert-Jubiläum in kirchlichen und kirchennahen Zeitschriften (z.B. „Paulinus“ vom 1. Februar 2015) zeugen davon; in den „weltlichen“ Medien war Merton m.W. jedoch kein Thema.

Das hier vorzustellende Buch ist durchaus geeignet, Interesse für den Mönch, Dichter, Mystiker, Essayisten und Intellektuellen (neu) zu wecken. (Eine „Kundenrezension“ bei Amazon – wo unsereins natürlich nur nachschaut, aber nie und nimmer kauft! – hält genau dies als Lesefrucht fest: „... in mir das Interesse geweckt, mehr über ihn und seine Werke zu erfahren“). Das vom Verlag Katholisches Bibelwerk – der normalerweise auf Biblica spezialisiert ist – sehr gut ausgestattete Buch (Hardcover, Lesebändchen) bietet eine kurze biographische Einführung, ein chronologisch geordnetes Lebensbild Mertons aus der Feder des kanadischen Journalisten Michael W. Higgins. Er beansprucht nicht, eine Biographie im eigentlichen Sinn zu liefern, zitiert aber ausführlich – meist - amerikanische Biographien.

In 7 Kapiteln, die jeweils auch die vorherrschende existentielle Thematik der einzelnen Lebensabschnitte herausstellen, wird

der Lebensweg Mertons abgeschritten, von der Geburt in Prades (Frankreich) als ältester von zwei Jungen einer amerikanischen Mutter und eines neuseeländischen Vaters bis zum Tod in Bangkok, auf einer längeren Asienreise, um die östliche Mystik kennenzulernen, unmittelbar nach einem Gastvortrag vor Ordensoberen und Kloostervorstehern über „Marxistische und monastische Perspektiven“. Am Ende dieses Vortrags soll er gesagt haben, so berichten die Biographen: „So, jetzt trete ich von der Bildfläche ab und alle können eine Cola oder etwas anderes trinken“ (145). Dieses letzte Wort und verschiedene eigenartige Umstände des Todes – der offiziell als Unfalltod infolge eines Stromschlags durch einen defekten Ventilator in seinem Hotelzimmer deklariert wurde – ließen Spekulationen über eine Selbsttötung oder einen Mord durch die CIA entstehen. Higgins tendiert – so ganz klar positioniert er sich nicht – zur Deutung als Zen-Tod mittels des östlich-mystischen Topos „Tod des Meisters“: „Der Meister versammelt seine Schüler um sich; er veranstaltet etwas Eigenartiges mit Brot und Wein; er sagt, das sei sein Leib und Blut; und dann stirbt er am Tag danach“ (151). Der sich nahelegende Vergleich mit Jesus wird zwar zurückgewiesen, aber Higgins hält fest: „Sollte ich es in eine kurze Formulierung über ihn fassen müssen, so würde ich sagen: Er war eine Ikone der Ganzheit, eine Ikone christlicher Ganzheit“ (153).

Zwischen Geburt und Tod mit 53 Jahren lag natürlich ein zwar nicht besonders langes, aber sehr bewegtes Leben. Es kann hier nicht im Einzelnen nachgezeichnet werden. Das tut Higgins durchaus anschaulich, indem er Weggenossen, Korrespondenzpartner, die Tagebücher auswertende Biographen, Mitbrüder aus dem Orden u.a. zu Wort kommen lässt. Man sollte aber, um angesichts eines streckenweise unangenehmen „Name-dropings“ (US-amerikanischen Namen, Orte, Colleges, Universitäten, Klöster usw.), das deutschen Lesern zumindest keinen Erkenntnisgewinn bringt, den roten Faden nicht zu verlieren, den Wikipedia-Artikel zu Merton im Hintergrund haben.

Higgins betont immer wieder, dass die angesprochene Ganzheit einem „randvoll mit Paradoxen gefüllten Leben“ (140) abgerun-

gen wurde; eingangs charakterisiert er Merton als „Bündel von Widersprüchen“ und sein Leben als Abfolge permanenter Krisen, bis hin zur letzten, der Liebe des weltweit bekannten Mönch-Eremiten zu einer 30 Jahre jüngeren Krankenschwester, die halb-heimlich gelebt wurde. Mertons starker Freiheitsdrang, den er während des Studiums in Cambridge und New York recht exzessiv ausgelebt zu haben scheint, führte ihn – paradoxerweise – ins Trappistenkloster Gethsemani in Kentucky, USA, (1941) und setzte sich dort in ständigen Auseinandersetzungen mit den klösterlichen und kirchlichen Autoritäten fort. Diese Konflikte haben sicherlich dazu beigetragen, dass sich Merton von einem engen, exklusiv römisch-katholischen Gläubigen zu einem weiten ökumenischen religiösen Denker entwickelte. Nachwirkungen davon sind bis heute zu spüren, etwa indem der Orden, als Rechteinhaber, die Veröffentlichung von Texten, z. B. seiner Liebesgedichte, nicht gestattet (vgl. Anm. 68 des Übersetzers, S. 159).

Kritisch anzumerken ist zum einen – formal – eine „indirekte Methode“: dass ausufernd und oft redundant wörtlich aus Quellen zitiert wird, statt diese zu einer eigenen Darstellung zu verarbeiten. Sodann, dass die Werke Mertons als solche, mit Ausnahme von „Der Berg der sieben Stufen“, nicht inhaltlich vorgestellt werden, sondern nur ihr jeweiliger Lebenskontext. Es ist gewiss nicht einfach, mystische Texte paraphrasierend zusammenzufassen, so aber kommt zu kurz, was das Besondere der mystischen Spiritualität Mertons ausmacht. Sie basiert auf eigenen Lebenserfahrungen, an denen er die Leser teilhaben lässt, statt nur, wie so manche Erfolgsautoren heute, spirituelle Lehren zu verbreiten. „Momentan ... ist weit und breit kein spiritueller Autor innerhalb des Katholizismus zu sehen, der dieses Format eines Thomas Merton hat“, urteilt Christian Modehn. Higgins Buch, dessen deutsche Übersetzung von einem ausgewiesenen Merton-Kenner und –Übersetzer stammt, der aber hier leider nur eine noch stark am Ausgangstext klebende Rohübersetzung abgeliefert hat (wo bleibt der Lektor?), gelingt es nur ansatzweise, dieses besondere Profil Mertons deutlich zu machen, es weckt nur

Interesse dafür - was aber ja auch nicht wenig ist.

\*\*\*

Lutz Lemhöfer

## **Crime time in Imprimatur: „Messiaskomplex“**

Der Roman „Kains Opfer“ von Alfred Bodenheimer

Vor über 50 Jahren, nämlich 1964, erschien in den USA erstmals der Roman „Am Freitag schlief der Rabbi lang“ von Harry Kemelman. Das war der Auftakt zu einer Serie von 10 Bänden, die den Rabbi David Small durch sein ganzes Berufsleben als Rabbiner begleiten, und das mit immensen Auflagen; allein vom ersten Band wurde in Deutschland eine Viertelmillion Exemplare verkauft. Der Rabbi, der Rechtsgelehrte der Gemeinde, stolpert zuerst als selbst Verdächtiger in einen Kriminalfall; später löst er Fälle, in denen ein Mitglied seiner Gemeinde beschuldigt wird. Er tut es klug, unaufdringlich und in immer besserer Zusammenarbeit mit dem zuständigen Inspektor, einem irisch-stämmigen Katholiken; die Freundschaft der beiden bietet die Chance zu vielen erläuternden Dialogen über Judentum und Christentum. Trotz dieses Erfolges blieb meines Wissens diese Konstellation – es gibt nicht nur einen jüdischen Ermittler, sondern einen Rabbi, der ermittelt – ein Unikat. Bis im letzten Jahr der Basler jüdische Religionsgeschichtler Alfred Bodenheimer einen Zürcher Rabbiner zum Ermittler machte. Der Einstieg erscheint banal, fast zufällig. Nachum Berger, beliebter Lehrer an der jüdischen Schule, ist in seiner Wohnung tot aufgefunden worden. Rabbiner Gabriel Klein erfährt davon durch den Anruf der zuständigen Kommissarin Karin Bänziger; sie bittet ihn, eine Reihe hebräischer mails zu übersetzen bzw. zusammenzufassen, die an den „unter Gewaltanwendung“, wie sie sagt, Verstorbenen gerichtet waren. Die amtliche Hebräisch-Übersetzerin ist krank; es ist eilig; der Rabbi gilt als vertrauens-



würdig. Und schon steckt er mitten in einem Fall, der ihn bis in den Schlaf verfolgt und sein Gewissen heftigen Turbulenzen aussetzt. Eine circa einen Monat alte mail mit dem Absender ‚gilag‘ lautet: „Nachum, dies ist ein Hilferuf! Eine Warnung für dich! Josef hat deine SMS gelesen. Er hat mich geschlagen (...) Er hat gedroht, dich umzubringen! Nachum, ich habe kein Handy mehr, und er hat die Telefone mitgenommen, nur meinen alten Computer hat er vergessen. Ich fürchte mich für dich, mein Geliebter“.

Offenbar hat der Endfünfziger, über dessen Leben als Single sich schon mancher das Maul zerriss, eine heiße Affäre gehabt. Und der Rabbi glaubt auch zu wissen, mit wem: mit der Ehefrau von Josef Gut, dem Besitzer eines Ladens für koschere Lebensmittel. Ein streng orthodoxer Jude, der genauegenommen der innerjüdischen Konkurrenzgemeinde angehört. Mehr als bei den Liberalen ist innerhalb dieser Gemeinde ein Ehebruch nicht nur ein Tabu, sondern eine soziale Katastrophe. Das überlegt Rabbi Klein, während er auf dem Weg zur Polizei ist: *„In dem Moment, als Klein aus dem Haus trat, setzten unvermittelt seine Gewissensqualen ein. Schaut ihn euch an: Der brave Soldat Klein marschiert zur Frau Kommissarin und lässt frisch-fröhlich den Josef Gut hochgehen. Der kleine Denunziant Klein ist mächtig stolz, dass er in der Fremdsprache Hebräisch eine mail gefunden hat, das (sic) er der Bänziger vorlegen kann. Gut gemacht, mein lieber Klein, wird sie sagen und deinen jüdischen Bruder festnehmen, schon sitzt er in der Kiste!“*. Die Enthüllung dieser mail vor der Polizei führt zur vorläufigen Verhaftung des Koscherhändlers. Die Gewissensbisse wachsen. Ist er nicht als Rabbiner auch für das Wohl von Josef Gut und vor allem seiner jetzt zwischen allen Stühlen sitzenden Ehefrau verantwortlich? Das Dilemma bringt er, der Sprachgewandte, nicht auf den Punkt, wohl aber kann das seine lebenskluge Frau Rivka: *„Du denkst, du hättest die Sache vertuschen sollen. Oder diesen Mail-Ausdruck zum Verschwinden bringen. Das hätte keiner gemerkt.“* Dass er den Ausdruck, den ihm die Polizei anvertraut hatte, tatsächlich einfach hätte entfernen und vernichten können, war ihm nicht einmal in den Sinn gekommen, bis jetzt zumindest nicht. Das war seine verdammte Geradlinigkeit, mit der er schon manches

*vermasselt hatte. - ‚Dir tut es gar nicht um den Gut leid, ob er es nun gewesen ist oder nicht, sondern um seine Frau. Hab ich recht?‘ - ‚Irgendwie wohl schon. Und um die Kinder.‘ - ‚Und nun möchtest du den großen Helfer spielen, um zu retten, was zu retten ist.‘ Er schaute sie resigniert an. ‚So wird es wohl sein.‘ - ‚Und gleichzeitig bist du noch ein kleiner Detektiv, der so ein bisschen auf eigene Faust ermitteln will, weil die Bänziger dich nicht ranlässt.‘* Und Rivka schlussfolgert hellsichtig: *„Ist das mal wieder dein Messiaskomplex?“* Offenbar hat sie recht, denn der Rabbi versucht jetzt beides: Er ermittelt auf eigene Faust, und er versucht die Folgen der Ermittlung zu steuern, wenn Gemeindemitglieder betroffen sind. Tatsächlich ist er in dieser Doppelrolle zeitweise der Kommissarin um einen Schritt voraus. Er kriegt spitz, dass ausgerechnet derjenige Lehrerkollege des Getöteten, der ihn in dessen Wohnung gefunden hat, einen heftigen Streit mit ihm hatte. Es ging um einen hohen Kredit, den er abstottern wollte und plötzlich auf einen Schlag zurückzahlen sollte. Weiter findet Klein durch Telefonate bis in die USA heraus, dass der Getötete, der sich immer als ‚geschieden‘ bezeichnet hatte, tatsächlich eine Ehefrau in Israel zurückgelassen hatte, der er die Scheidung hartnäckig verweigerte, wohl um Unterhaltszahlungen zu entgehen; deshalb hatte er erst in den USA und dann in der Schweiz Arbeit gesucht. Nach rabbinischem Eherecht, das in Israel auch Staatsrecht ist, kann nur der Mann die Scheidung einreichen; die verlassene Ehefrau blieb also über Jahrzehnte gebunden, konnte ihrerseits nicht wieder heiraten und bekam kein Geld. Sind hier Spuren zu einem anderen Täter, einer anderen Täterin als Josef gut zu finden? Klein folgt diesen Spuren ungeachtet der skeptischen Mahnung der Kommissarin: *„Herr Rabbiner Klein“, sagte sie und blickte ihm in die Augen, ich kann verstehen, dass Sie den Fall gelöst sehen möchten. Aber glauben Sie, das wollen wir auch. Und wir haben einige Erfahrung in solchen Dingen. Wir sind dankbar, wenn Sie uns bei der Arbeit unterstützen. Aber bitte eröffnen sie nicht Ihr eigenes Polizeibüro.“*

Aber genau das tut Rabbi Klein –und zugleich verführt ihn sein Helfersyndrom oder sein Messiaskomplex, in den Gang der Dinge einzugreifen bis hin zur bewusst falschen Übersetzung einer hebräischen Post-

karte, die noch am Tatort gefunden wurde. Die Karte, die er als jüdischen Weisheitspruch übersetzt, enthält bei genauem Hinsehen Hinweise auf einen bisher unbekanntes Besucher am Todestag – womöglich den Täter? Das Verschweigen dieses Inhalts gegenüber der Polizei redet sich Klein selbst schön: „Ich will die Sache zuerst selbst abklären; ich will die Lösung selber finden und dann die besten Konsequenzen ziehen, bis ich zur Polizei gehe.“ Tatsächlich kann er jetzt den Täter ausfindig machen und konfrontiert ihn im Gespräch mit einem ausgetipfelten vermeintlichen Lösungsvorschlag. Und darauf ist der Rabbi mächtig stolz. *„Er schlug den Kalender auf und schrieb in den noch freien Platz des heutigen Tages mit einem roten Filzschreiber in hebräischen Lettern die sechs hebräischen Wörter: ‚Unsere Hände haben dieses Blut nicht vergossen.‘ Er hatte seiner Pflicht als Rabbi der Stadt genügt. Er hatte den Fall gelöst.“*

Allerdings, wie es fast zu erwarten ist: Diese Lösung funktioniert nicht. Einzelheiten nenne ich jetzt nicht, um die Spannung nicht zu nehmen. Nur so viel: Am Ende hat der Rabbi zwar den richtigen Täter gefunden, aber niemandem geholfen. Und er hat sich selbst angreifbar, ja erpressbar gemacht. Denn unerwartet ist die gesundete amtliche Hebräisch-Übersetzerin der Polizei zurückgekehrt; er hat also den privilegierten Zugang zu den in der Asservatenkammer ruhenden hebräischen Texten verloren, und jederzeit kann sein wohlthätig gemeinter Betrug auffliegen. Der Spagat zwischen Ermittler und Erlöser ist krachend missglückt. Was das für den Rabbiner persönlich und beruflich für Folgen haben wird, bleibt am Ende des Buches offen. Aber so viel wird klar: Der Messiaskomplex hat sich als Irrweg erwiesen. Das ist ein markanter Unterschied zu dem Auftreten geistlicher Ermittler bei anderen Autoren. Die berühmten Ermittler wie Rabbi Small bei Kemelman vermeiden solche Fallen. Erst recht gilt das für den geistlichen Ermittler schlechthin, Chestertons Father Brown. Zum einen kommt der geradezu mit einer leisen Unfehlbarkeit daher, scheint von Anfang an die richtige Lösung im Kopf, wenngleich noch nicht auf der Zunge zu haben. Zum einen mischt er sich nicht in die Polizeiarbeit ein, sondern bringt lieber die Täter dazu, sich selbst zu

stellen. Was ihm auch meist gelingt. Damit wird natürlich höchst elegant der Rollenkonflikt zwischen Ermittler und Seelsorger vermieden. Genau dieser Rollenkonflikt ist aber hinter der Krimi-Handlung ein zentrales Thema dieses Buches. Das andere zentrale Thema ist das zeitgenössische Judentum. Ich zitiere aus dem Internet-Portal *buecherrezensionen.org*: *„‘Kains Opfer‘ ist ein auf anspruchsvolle Weise unterhaltsamer, intelligenter Kriminalroman mit Mehrwert. Denn mindestens so neugierig wie die Mordaufklärung macht uns, was Alfred Bodenheimer über jüdisches Leben zu berichten weiß. Als wolle der Autor, Professor für jüdische Kultur, das populäre Genre als Vehikel nutzen, flicht er in die Handlung eine Fülle an Fakten und Farben ein, die das Judentum in seiner ganzen Bandbreite authentisch vermittelt. Der kulturelle Einblick in eine mehr oder weniger verschlossene Parallelwelt gestaltet sich leichtfüßig und kurzweilig. Rabbi Klein, zwar nicht Ich-Erzähler, aber doch unsere Identifikationsfigur, erlaubt es dem Autor, aus dem Vollen zu schöpfen, ist er doch ebenso unvoreingenommen und aufgeschlossen wie dieser. Die althergebrachte strenge Orthodoxie, zutiefst und ausschließlich in der Religion verwurzelt, in kompromisslosem Gehorsam gelebt, uneindrückt gegen alle Anfeindungen verteidigt, erleben wir ebenso wie die modernen Ausprägungen des Glaubenslebens in der Großstadt Zürich und anderswo in der Welt.“*

Wer also dem zeitgenössischen Judentum ebenso viel Interesse entgegenbringt wie der Mordermittlung, ist mit diesem Roman gut bedient.

*Alfred Bodenheimer: Kains Opfer. Kriminalroman. Nagel & Kimche 2014. 224 S.*

## Fundsachen

In Irland hat man nicht vergessen, dass die englische Königin Victoria mitten in der legendären Hungersnot 1845 Schiffe mit Hilfsgütern des osmanischen Sultans Abdulmecit abfangen ließ. 1 Million Iren starben in der Hungersnot. 2 Millionen wanderten aus.

-----

Die Bürger Sienas jagten bereits im 14. Jahrhundert jeden Bischof aus Amt und Würde, der sich nicht „für die Schönheit der Stadt und das Wohlergehen ihrer Bewohner einsetzte“.

-----

Auf einem der traditionsreichsten Friedhöfe von Rio de Janeiro, dem legendären „Cemitério de São João Batista“ ist in den sogenannten „besseren Lagen“ der Quadratmeter-Preis mittlerweile auf umgerechnet 51.000 Euro gestiegen. Der Quadratme-

ter-Preis für ein Apartment im Prominentenviertel Leblon beträgt dagegen rund 7.000 Euro.

-----

Kriegsplaner überlassen auch heutzutage nichts dem Zufall und berechnen u.a. die „Zerstörungskosten pro Quadratkilometer“. Ergebnis: 2 Millionen US-Dollar bei einem konventionellen Waffengang; 700 US-Dollar bei einem Atomschlag; 30 US-Dollar bei einer Chemie-Attacke.

\*\*\*

## **Weltweit 1,25 Milliarden Katholiken**

Das neue, im Vatikan erstellte „Statistische Jahrbuch“ der Kirche für die Jahre 2005 bis 2013 gibt die Zahl der Katholiken in aller Welt mit 1,25 Milliarden an. In dem dokumentierten Zeitraum wuchs diese Zahl um 139 Millionen. Hierbei gab es in Asien einen Zuwachs von 3,2 %, den größten in Afrika von 34 % (bei einem Bevölkerungszuwachs von 2 %). Trotz des in Europa nur geringfügigen Bevölkerungswachstums nahm die Zahl der Katholiken um 6,5 Millionen auf 287 Millionen zu. Lediglich in Deutschland nahm die Katholikenzahl ab, vor allem wegen der auf Grund der hiesigen Skandale massiven Kirchenaustritte (2012: 118.000; 2013: 179.000). Deutlich ist jedenfalls, dass die weitaus meisten Katholiken außerhalb Europas und auch der Westlichen Welt leben. Dies wird mit der Zeit zwangsläufig zu anderen inkulturierten Theologien und Praktiken im Katholizismus führen und auch die bisherigen Organisationsformen verändern.

## **Streit ums Alte Testament**

An der Berliner Humboldt-Universität kam es vor kurzem zur Neuauflage einer fast hundert Jahre alten These des bekannten Kirchenhistorikers Adolf von Harnack durch den derzeit an der Evangelisch-Theologischen Fakultät lehrenden Dogmatiker Notger Slenczka. Dieser hat die Forderung erhoben, in den evangelischen Kirchen die kanonische Geltung des Alten Testaments abzuschaffen, was nicht als Geringschätzung dieses Buches interpretiert werden dürfe. Da das Alte Testament kein christliches Buch sei, dürfe man es auch nicht zur christlichen Heiligen Schrift rechnen.

Von Harnack hatte 1921 an der gleichen Fakultät der Humboldt-Universität in seinem Buch über Marcion, der um das Jahr 150 den Gott des Alten Testaments ablehnte, eine ähnliche, aber deutlich differenziertere Meinung vertreten. Er äußerte Verständnis dafür, dass die Alte Kirche diese These vom bösen Gott des Alten Testaments bekämpfen musste und dass das Anliegen in den Wirren der Re-

formation leider nicht verwirklicht werden konnte, Er meinte aber, dass die Zeit mittlerweile reif sei, dies nachzuholen.

Notger Slenczka hat in seiner Fakultät und in der Evangelischen Kirche zu Recht einen schweren Stand. Es ist zu hoffen, dass seine Forderung bald in Vergessenheit gerät und nicht Motiv eines neuen Antijudaismus wird.

## **Theologen immer weniger gefragt**

Nach dem 2. Vatikanischen Konzil habe die Theologie in der Kirche permanent an Bedeutung verloren. Diese Auffassung vertrat die in Chur/Schweiz lehrende Theologin Eva-Maria Faber in einem Gespräch mit der Zeitung „Südostschweiz“. Sie bedauerte, dass die „strukturelle Verbindung zwischen Theologie und Kirchenlehre“ zunehmend verkümmere. Oft frage man sich, wo bei der Abfassung von kirchenoffiziellen Verlautbarungen die Theologen gewesen sind. Noch auf dem 2. Vatikanischen Konzil, so Faber, habe jeder Bischof seinen theologischen Berater gehabt.

**Tagung zum Reformationsjubiläum 2017**

Auf einer Tagung des Deutschen Ökumenischen Studienausschusses der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Deutschland, die unter dem Motto „Heillos gespalten? Segensreich er-neuert?“ vom 23.-25. April 2015 in der Katholischen Akademie München stattfand, forderten evangelische, katholische, freikirchliche und orthodoxe Theologen einen „multilateralen Blick“ auf die Reformation aus der jeweiligen Sicht der verschiedenen Konfessionen.

Bereits früh habe sich auf internationaler Ebene das Bemühen gezeigt, das Gedenken an die Reformation gemeinsam zu begehen, unterstrich Bischof Feige, Ökumene-Beauftragte der Deutschen Katholischen Bischofskonferenz. Es sei eine große Chance, im Jahr 2017 das gemeinsame Bekenntnis zu Jesus Christus und die einende Grundlage der Bibel zu stärken und mehr ins Bewusstsein der Kirchen und der Gesellschaft zu rücken.

Die baptistische Kirchenhistorikerin Andrea Strübind (Osnabrück) kritisierte ein „Pathos der Freiheit“ im Zusammenhang mit dem Reformationsjubiläum. Denn auch die Geschichte der Reformation kenne Intoleranz und Unfreiheit, was sie am Umgang der Reformatoren mit den Täufern verdeutlichte. „Die Freiheitsgeschichte der Reformation kam nicht ohne ein Feindbild der Papstkirche aus“, unterstrich Strübind. Wer die Freiheit als Motiv der Reformation verwende,

müsse sich dieser Sicht bewusst sein. Sie plädierte daher für eine „fruchtbare Entmythologisierung“ der Reformationsbewegung.

**Frauen appellieren an Synodenteilnehmer**

In einem gemeinsamen Schreiben an den Papst und an die übrigen Synodenteilnehmer fordern die deutschsprachigen katholischen Frauenverbände erneut mit großem Nachdruck eine engagierte Debatte über die „Menschenrechtsverletzungen an Frauen“ sowie über die „Gewalt in Familien“. Die Frauenverbände wünschen sich im Verlauf der Familien-Synode 2015 mehr Offenheit und Realitätssinn auf Seiten der Bischöfe, wenn es um die „Sexualität von nicht-verheirateten Paaren“ geht.

Die Empfängnisverhütung, so betonen sie, dürfe in Zukunft nicht mehr exklusiv „auf sogenannte natürliche Methoden“ reduziert werden. Sodann müsse mit der Ausgrenzung von wieder-verheirateten und geschiedenen Katholikinnen und Katholiken endlich Schluss sein.

**Nicht erst am Sankt Nimmerleinstag.**

**Frauen begehen den „Tag der Diakonin“**

Schon seit drei Jahren begehen die katholischen Frauenverbände (KDFB, kfd) zusammen mit dem Zentralrat der deutschen Katholiken und dem „Netzwerk Diakoniat der Frau“ am 29. April, am Festtag der Kirchenlehrerin Katharina von Siena, bundesweit den

„Tag der Diakonin“. Noch darf es sie nicht geben in der katholischen Kirche, die sakramental geweihte Diakonin, aber Frauen feiern sie jetzt schon, statt nur zu warten auf die kirchenrechtliche Genehmigung ihrer Brüder im Lehramt. Obwohl die Kirche von Jesus her einen diakonischen Auftrag erhalten hat, Frauen im diakonischen Dienst den diakonischen Charakter stärker zum Leuchten brächten und Frauen sich berufen fühlen zu diesem Amt, lässt die katholische Kirche seit dem II. Vatikanischen Konzil nur verheiratete Männer zum ständigen Diakoniat zu. Dieses Amt auch für Frauen zu öffnen, hatten die Konzilsväter damals nicht den Mut. Nun hat sich Erzbischof Robert Zollitsch 2013 mit Berufung auf Kurienkardinal Walter Kasper für ein Diakonenamt für Frauen ausgesprochen, Kasper will für die Berufung einer solchen „Gemeindediakonin“ allerdings nur eine Segnung zulassen.

In diesem Jahr hieß das Motto der Zentralveranstaltung in Hannover „Du hast mich gerufen!“ Frauen erzählten (zusammen mit Männern) ihre persönliche Berufungsgeschichte und pochen damit genauso wie die Männer auf eine Berufung zu diesem Dienstant. Sie mahnen damit eindringlich die römisch-katholische Kirche, die Berufung von Frauen ernst zu nehmen und endlich, ausgehend von einer erneuerten Theologie partnerschaftlicher Seelsorge, den sakramentalen ständigen Diakoniat für Frauen einzuführen.

## Islam auf der Überholspur

Bis 2050 wird es weltweit genauso viele Muslime wie Christen geben. Dies geht aus einer Langzeitstudie des US-amerikanischen Forschungs-Instituts PEW hervor. Indien wird gegen Ende dieses Jahrhunderts bereits mehrheitlich muslimisch sein. In Afrika werden 2050 insgesamt 40% aller Christen leben.

Die Weltbevölkerung wird innerhalb der nächsten 35 Jahre von derzeit 7,3 Milliarden auf 9,3 Milliarden ansteigen. Die Zahl der Christen wächst von momentan 2,12 Milliarden auf 2,92 Milliarden in 2050. Die Zahl der Muslime steigt im selben Zeitraum von 1,6 Milliarden auf 2,76 Milliarden. Der Anteil der Hindu bleibt mit 15% der Weltbevölkerung konstant. Die Zahl der Buddhisten und der Anhänger der sogenannten Naturreligionen wird sich bei jeweils 500 Millionen einpendeln.

## USA: 85-jährige Nonne aus Haft entlassen

Nach fast drei Jahren Haft ist die 85-jährige Ordensfrau und Anti-Atom-Aktivistin Megan Rice aus dem Gefängnis entlassen worden. Rice war 2012 zusammen mit zwei weiteren Mitgliedern der US-amerikanischen Friedensbewegung in den Hochsicherheitstrakt der Urananreicherungsanlage von Oak Ridge/Tennessee eingedrungen und hatte mehrere Gebäude der Anlage mit Anti-Kriegs-Parolen besprüht. Die Nonne hatte 42 Jahre als Lehrerin in Nigeria und in Ghana gear-

beitet und gehörte seit Mitte der 1980-er Jahre der Friedensbewegung ihres Heimatlandes an.

Mitte Mai 2015 ordnete ein Berufungsgericht in Cincinnati die Freilassung von Megan Rice sowie der beiden anderen Aktivistinnen an, weil sie „keine Gefahr mehr für die Nationale Sicherheit“ darstellten. Die Ordensfrau war nach früheren Protestaktionen bereits zweimal inhaftiert worden.

## Neuer Präsident von Caritas Internationalis

Auf der 20. Generalversammlung von Caritas Internationalis, die im Mai 2015 in Rom stattfand, ist der Erzbischof von Manila, Kardinal Luis Antonio Tagle, zum neuen Präsidenten des Dachverbandes von insgesamt 165 nationalen Caritasverbänden und von anderen katholischen Wohlfahrtsorganisationen gewählt worden. Der Dachverband Caritas Internationalis, in dem sich der Vatikan zuletzt „erweiterte Mitspracherechte“ ausbedungen hatte, koordiniert Hilfsaktionen und Entwicklungsprogramme auf weltkirchlicher Ebene.

Vorgänger von Tagle im Präsidentenamt war der hondurensische Kardinal Oscar Rodriguez Maradiaga.

## Heftige Kritik an Familien-Erklärung des ZdK

In einer am 9. Mai 2015 in Würzburg einstimmig verabschiedeten Erklärung mit dem Titel „Zwischen Lehre und Leben Brücken bauen – Familie und Kirche in der

Welt von heute“ hat das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) Vorschläge für die Herbst-Synode 2015 gemacht und u.a. gefordert, künftig auch „nicht-eheliche Formen von verbindlich gelebter Partnerschaft und von Generationen-verantwortung“ als Familien zu respektieren. Die Vertreter der katholischen Verbände und Laien-Gremien empfehlen eine Neubewertung der Methoden der künstlichen Empfängnisverhütung, neue liturgische Formen für die Segnung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften sowie neuer Partnerschaften von Geschiedenen, die Zulassung von kirchlich engagierten Geschiedenen und Wiederverheirateten zu den Sakramenten sowie eine klare Positionierung gegen die noch immer bestehenden Ausgrenzungen und Abwertungen homosexueller Menschen.

Inzwischen hat nicht nur der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, einige der Empfehlungen des ZdK als „unvereinbar mit der traditionellen kirchlichen Lehre“ zurückgewiesen. Heftige Kritik haben auch die Bischöfe aus Passau, Görlitz, Eichstätt, Regensburg, Passau, Würzburg und Trier an der ZdK-Erklärung geübt, weil das Laien-Komitee „Brücken zum Einsturz bringe, statt Brücken zu bauen“.

## Vatikan: Kampf gegen Sklaverei

Auf ausdrücklichen Wunsch von Papst Franziskus hat die Päpstliche Akademie für Sozialwissenschaften vor kurzem die Abschaffung des

Menschenhandels, der modernen Arbeitssklaverei und des Organhandels zu einem der wichtigsten „Milleniumziele“ der kommenden Jahrzehnte erklärt.

Die derzeitige Chefin der renommierten vatikanischen „Denkfabrik“, die Britin Margaret Archer, erinnerte im Anschluss an eine Tagung der Akademie daran, dass nach Expertenschätzungen pro Jahr mindestens 150 Milliarden US-Dollar beim Menschenhandel umgesetzt würden. 70 Prozent der von moderner Sklaverei und vom Menschenhandel Betroffenen seien Frauen.

### **Bischöfe ändern kirchliches Arbeitsrecht**

Die katholischen Bischöfe

Deutschlands haben Anfang Mai 2015 mehrheitlich für eine Neufassung des kirchlichen Arbeitsrechts gestimmt. Künftig sollen sogenannte „Loyalitätsverstöße“ nicht mehr mit der gleichen Strenge geahndet werden wie früher. Zudem wurde der bisherige „Kündigungsmechanismus“ außer Kraft gesetzt.

Nach den neuen Verordnungen erhalten die Gewerkschaften ein Mitspracherecht bei der „Gestaltung kirchlicher Arbeitsbedingungen“. Die Bischöfe betonen jedoch, dass der „kirchliche Dienstgeber keine Tarifverträge mit den Gewerkschaften abschließen wird“. Die neuen Regelungen treten nur in Kraft, wenn ein Bischof sie für seine Diözese übernimmt – was nicht

überall der Fall sein dürfte.

### **Vatikan anerkennt Palästinenser-Staat**

Zwischen dem Vatikan und der Palästinensischen Autonomiebehörde soll in Kürze ein Grundlagenvertrag unterzeichnet werden. Während die Ankündigung auf israelischer Seite scharf kritisiert wurde, hat der Jerusalemer Patriarch für die lateinischen Katholiken, Fouad Twal, das Abkommen als einen wichtigen Schritt für den Frieden im Nahen Osten begrüßt. Er wies außerdem darauf hin, dass zum ersten Mal die Bezeichnung „Staat Palästina“ in einem bilateralen Abkommen zwischen der katholischen Kirche und den Palästinensern verwendet würde.

\*\*\*

### **Die Glosse**

Mai 2015

Lieber Sepp,

ich hätt mir das nicht vorstellen gekonnt, was jetzt durch eine Befragung herausgekommen ist, dass nämlich nur jeder zweite katholische Priester sich wieder für ein Leben im Zölibat entscheiden tät, d.h. doch: die Hälfte würd lieber heut als morgen den Zölibat hinschmeißen. Wie muss das den Priestern in den Ohren klirren, wenn ihr Bischof ihnen weiterhin vom „Gottesgeschenk“, der „Gnade“, dem „Segen“ des Zölibates vorschwärmt! Also Pfeifendeckel, denkt jeder Zweite: Der Zölibat bringt für die Hälfte von uns pures Elend.

Also, der Zölibatär ist für die Bischöfe eindeutig bequemer zu handhaben als wie ein verheirateter Priester es wäre, und darum wird der Zölibat auch weiter in verführerischen Tönen gepriesen, egal, was die Befragung an den Tag gebracht hat.

Wenn die Kirchenleitung die Hälfte ihrer Leut aus dem Zölibatsschlamassel retten

wollt, das hat der Pater Gescheitle mir geraten, könnt sie den Zölibat mit einem Federstrich freigeben.

Übrigens ständen sie dann erst in der direkten Nachfolge Jesu. Jesus selber hat meines Erinnerns den Apostel Petrus, obwohl der regulär verheiratet war, am Zölibat vorbei zum obersten von den Aposteln, also zum Papst gemacht. Und seine Schwiegermutter hat er besucht.

Die Bockigkeit der Bischöfe irritiert mich. Grundsätzlich sind die ähnlich gestrickt wie der Claus Weselsky von der GDL. Sie nutzen ihre Machtposition ohne Rücksicht auf Verluste. Dem Gewerkschaftsboss - Sepp, alter Gewerkschafter, das musst Du Dir gesagt sein lassen- scheint der Ärger der stehen gelassenen Zugnutzer, das Entsetzen über die gestiegenen Unfallopfer unter denen, die wo in Rage aufs Auto umsteigen müssen, der Verdross über die Luftverschmutzung durch den zusätzlichen Verkehr auf den Straßen schnurzegal zu sein, gradso lassen die Bischöfe die verelendeten Gemeinden, das Lebensglück der wider ihren Willen in der Ehelosigkeit ka-

---

sernierten Priester, die Frauen, denen der Geliebte verboten wird, kalt. Ich tät drauf wetten, dass die Wut auf den Weselsky wie die auf die Bischöfe wächst. Da gibt's kein Kohlsches Aussitzen! Und eine Schlichtung lehnen beide rigoros ab, weil *sie* wissen, wie sie ausginge. Also geht's nach meiner Ansicht mit Weselsky wie mit den Bischöfen ungebremst ins Debakel.

Sepp, der Pater Gescheitle hat mir den Teufel an die Wand gemalt: Kämen die Frauen durch die Aufhebung des Zölibats erst ins Pfarrhaus, wären die nicht mehr zu halten. Schnell täten sie merken, ich bin mit dem Mund geschickter als mein priesterlicher Mann. Oder: wenn die Messe eine Mahlfeier ist, wieso kann ich als Frau und Mutter ihr nicht ebenso gut vorstehen wie mein Mann, der in unserem Haushalt nicht einmal den Tisch ordentlich decken kann? Und der Damm gegen die zum Priestertum strebenden ehrgeizigen Weiber wäre gebrochen. Oder glaubst Du wirklich, die Frauen lassen sich auch in Zukunft vom Priestertum abhalten, vor allem, wo die sehen, dass es Frauen in der evangelischen Kirche bis zur Ratsvorsitzenden bringen können.

Das hat mich beeindruckt. Erst wie ich wieder daheim war, ist mir eingefallen:

Das Sterben der Pfarreien ist, bei Licht besehen, doch tausendmal schlimmer als wie eine Frau am Altar.

Mach Dir Deine Gedanken bis zum Stammtisch am Donnerstag. Ob wir unsere Meinung nicht dem Kardinal Marx schreiben sollen?

Es grüßt Dich Dein Komplize

Joseph

P.S.: Übrigens, mir ist aufgefallen, dass unser Namenspatron, der heilige sankt Joseph, der ideale Zölibatär genannt werden kann. Das steckt schon in seinem Titel, Nähr- und Pflegevater. Und dann hat er auf jeden Wink von oben bereitwillig gehorcht. Auf den Wink eines Engels hat er flugs seinen Esel gesattelt, die Mutter samt dem Kind draufgehievt und ab gings nach dem fremden, fernen Ägypten. Ob eine derartige Anweisung von Gott selber aus dem Himmel oder von seinen Stellvertretern auf Erden aus dem Bischofspalais gegeben wird, ist für den Zölibatär, wie ihn sich die Bischöfe vorstellen, nicht von Belang. Die Hauptsache ist, dass eine Anweisung von „oben“ kommt.

\*\*\*